Nr. 223 Montag, den 26. September 1910 17. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telephon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

Der Ausschuß des Nationalliberalen Landesvereins beschloß in einer Sitzung in Dresden selbständiges Vorgehen bei den nächsten Reichstagswahlen.

•

In der Versicherungsordnungskommission des Reichstags produzierte sich der nationalliberale Abgeordnete Semler als Handlanger der Berufsgenossenschaften.

•

Der finnische Landtag hat es abgelehnt, in die Beratung der Finnlands Autonomie aufhebenden Gesetzentwürfe einzutreten.

Endlich!

Leipzig, 26. September.

Der Parteitag von Magdeburg ist der wichtigste Kongreß, den die deutsche Sozialdemokratie seit Erfurt gehabt hat. Er brachte die Erlösung von manchen mißmutigen Zweifeln und seine Entscheidung fiel so aus, daß sie von der unendlich überwiegenden Masse der Parteigenossen mit einem aus tiefstem Herzen kommenden: endlich! begrüßt werden wird.

Jetzt, wo der Parteitag gesprochen hat, kann man es sagen: es war hohe Zeit, es war die höchste Zeit, daß dem revisionistischen Spuk energisch zu Leibe gegangen wurde. Die Arbeitsfreudigkeit und das Vertrauen zur Partei begann gerade in den Kreisen leise zu schwanken, die am freudigsten und selbstlosesten in der Partei aufgingen. Die ewige Rücksichtnehmerei, das Ausnahmerecht, das die Revisionisten zu ihren Gunsten durchgesetzt hatten, und die mangelnde Entschiedenheit, mit der die Gesamtpartei unter Führung des Parteivorstands den unaufhörlichen Provokationen des rechten Flügels entgegentrat, erweckte in vielen Genossen die lähmende Sorge, daß der Spiritus zum Teufel gegangen und das Phlegma geblieben sei, daß die Aushöhlungstheorie, von der die Revisionisten so viel reden, zwar nicht der kapitalistischen Gesellschaft, wohl aber der Partei gegenüber in die Praxis umgesetzt wurde. Und wenn die Revisionisten einen neuen Parteiskandal inszeniert hatten, so zuckte man schon hier und da in radikalen Kreisen die Achseln: Was wird's nützen? Viel Geschrei und wenig Wolle! Die Leute machen ja doch, was sie wollen!

Diesen nagenden Sorgen ist durch Magdeburg ein Ende bereitet worden. Mit einer Entschiedenheit und gleichzeitig mit einer Majorität wie nie zuvor, hat der Parteitag die Verurteilung des Revisionismus ausgesprochen. Und er hat noch mehr getan. Er hat beschlossen, daß gegen jeden, der sich diesen Parteitagsbeschlüssen nicht fügt, das Ausschlußverfahren einzuleiten ist. Damit ist endlich klipp und klar zum Ausdruck gebracht, daß für Disziplinbrecher kein Raum in der Partei ist und daß die Gesamtpartei es satt hat, mit ihren eignen Beschlüssen von einer winzigen Minorität Schindluder spielen zu lassen. Die Revisionisten wissen jetzt, woran sie sind und werden sich danach zu richten wissen.

Mit dieser klaren Entscheidung, die nicht genug begrüßt werden kann, wird ein erneutes Gefühl der Freude und der Zuversicht in die Reihen der Partei eindringen; denn man verhehle sich die Wichtigkeit des Magdeburger Kongresses nicht: was in Magdeburg durch Zermalmen kritisiert wurde, das war nicht die bloße Frage der Budgetbewilligung, das war die ganze revisionistische Gedankenwelt, für die die Frage der Etatbewilligung nur die äußere Erscheinungsform gebildet hatte. Man gehe doch die ganze Budgetdebatte durch. Ueber die Frage selber wurde am allerwenigsten gesprochen. „Es gibt Elemente in der Partei, die die Sozialdemokratie nationalliberal machen wollen", sagte Bebel in seinem Referat, und hierum drehte sich in Wahrheit die Diskussion. Und gerade weil die Debatte über den engen Rahmen der eigentlichen Budgetfrage hinauswuchs und zu einer Frage für oder wider den Revisionismus wurde, gerade deshalb ist die wuchtige Entscheidung des Parteitags in dieser Frage so wichtig. Sie hat in schärfster Form mit größter Majorität erwiesen, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, sich in eine revisionistische Reformpartei zu verwandeln, daß sie ihre unversöhnliche Todfeindschaft der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber nicht im geringsten abschwächt. Diese Stellung der Partei den bürgerlichen Parteien gegenüber entspricht nur der Stellung der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Ordnung. Sie ist nicht das Hetzprodukt einiger besonders zähnefletschender Wortradikalinskis, wie die bürgerliche Presse sich immer einbildet, sondern nur das Spiegelbild wirtschaftlicher Tatsachen. So lange die Arbeiterklasse das allgemeine Lasttier ist, von deren Ausbeutung die Gesellschaft lebt, so lange muß die Arbeiterpartei dieser ausbeutenden Gesellschaft in Todfeindschaft gegenüberstehen. Wir wüßten in der Tat nichts, was einfacher und selbstverständlicher wäre. Und wenn die revisionistische und auch die bürgerliche Presse so sehr über den scharfen Ton in der radikalen Parteipresse klagen so mag ihr gesagt sein, daß die Stimmung in den Arbeitermassen noch viel schärfer ist, als selbst in dem radikalsten Parteiorgan zum Ausdruck kommt.

Wir begrüßen die Entscheidung des Parteitags deshalb mit besonderer Freude, weil sie erfolgt ist in einer Situation, in der die schwersten Kämpfe für die Partei heraufziehen. Wir stehen nicht nur vor den Reichstagswahlen, deren Ergebnisse noch unabsehbare Konsequenzen mit sich führen können, wir stehen auch vor der Verschärfung des preußischen Wahlrechtskampfes, von dem Bebel in seinem Referat sagte: er kostet Arbeit, er kostet Mühe, er kostet Schweiß, er kostet vielleicht noch mehr! In einem solchen Augenblick, wo die Stirn der Partei dem Feinde zugewendet ist, ist es doppelt nötig, daß sie vorher Ordnung im eignen Hause geschaffen hat. Die Parteigenossen sind sich nun nicht mehr im Unklaren darüber, daß die Partei bleibt, was sie war. Das wird die Kampffreudigkeit in den Reihen stärken, das wird auch jene Genossen zu neuer Arbeit begeistern, die der vielen Worte satt waren und an entschiedene Taten nicht mehr recht glauben wollten, das wird, mit andern Worten, das Selbstgefühl der Radikalen, auf denen allein die Stärke und die Zukunft der Partei beruht, kräftigen und ihnen auch für die Zukunft die Sicherheit geben, bei eventuellen neuen Vorstößen des Revisionismus rascher noch und gründlicher ihn niederzuwerfen. Aber auch auf die revisionistische Minderheit wird die Lehre von Magdeburg von heilsamer erzieherischer Wirkung sein. In Magdeburg entpuppte er sich als eine Bewegung von Generälen ohne Soldaten. Ganz Nordbayern, mit Einschluß von Nürnberg, die Pfalz, ganz Württemberg, große Teile aus Baden und Hessen verurteilen den Revisionismus aufs entschiedenste. Was bleibt da übrig? Mit München und Karlsruhe allein kann man die Welt nicht erobern. Dieses Bewußtsein seiner hoffnungslosen Minorität, die in Wirklichkeit noch viel größer ist, als auf dem Kongreß zum Ausdruck kam, wird dem Revisionismus in Zukunft hoffentlich jenes Maß von Zurückhaltung auferlegen, das seiner numerischen wie politischen Schwäche entspricht.

Und nun vorwärts, dem Feinde entgegen!

Die sächsische Gewerbeinspektion 1909.

II.

Die Wirkungen der nur ganz allmählich sich bessernden wirtschaftlichen Konjunktur, die in den Zahlen über die beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sich ausdrücken, treten natürlich auch in den Angaben der Gewerbeinspektoren über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung scharf hervor. Besonders in der ersten Hälfte des Berichtsjahres machten sich Arbeitslosigkeit, Verdienstausfall, Arbeitszeitbeschränkungen sehr fühlbar. So berichtet der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Zittau, daß dort die Gesamtarbeiterzahl gegen 1907 um 734 niedriger war. Die Textilindustrie zählte am 1. Mai 1909 gegen das Vorjahr 576, gegen 1907 aber 1637 Arbeitskräfte weniger. In Chemnitz I ging die Gesamtzahl der Arbeiter um 575 zurück, dagegen stieg die Zahl der Jugendlichen um 149 und zwar entfällt diese Zunahme in erster Linie auf die Textilindustrie. In der Kreishauptmannschaft Chemnitz (die die Aufsichtsbezirke Annaberg und Chemnitz I und II umfaßt) fiel die Zahl der erwachsenen Arbeiter um 322 gegen das Vorjahr; die Metallindustrie allein beschäftigte 1926 Arbeiter weniger, wogegen die Textilindustrie um 2179 männliche Erwachsene zunahm. Da im gleichen Zeitraum die Gesamtzahl der über 16 Jahre alten weiblichen Beschäftigten um 2483 zunahm, fiel die Prozentziffer der männlichen Arbeiter, gemessen

Feuilleton.

Das Heimweh.

5] Erzählung von Julius Mosen.

Der gute, alte Rittmeister hatte mit seiner Tochter die Blume seines Lebens verloren. Er war bis zum Tode verstimmt. Er ging auch nicht mehr täglich in die Stadt und zu dem Wirte in das Deutsche Haus, um dort seinen Stelzfuß in das Loch, welches er getreten hatte, tiefer hineinzubohren und eine Flasche Tokayer auszustechen, zumal auch seine Maria Theresia seit dem jähen Abschied kränkelte. Vielleicht wäre er gar nicht mehr in die Stadt gekommen, wenn er nicht wenigstens zweimal wöchentlich auf der Post nach Briefen von seiner Tochter gefragt hätte, obschon er wußte, daß keiner dort liegen blieb, denn er belohnte den Briefträger jedesmal mit einem Zwanzigkreuzer außer dem Porto dafür. Den ersten Brief erhielt er aus Bremen, wo sich Notham nach Amerika eingeschifft hatte; Johanna schrieb vergnügt, sie müßte sich ganz glücklich fühlen. Im Herbste darauf kam ein zweiter aus Neuyork, in welchem sie sich über die dortigen Menschen, Sitten und Gebräuche lustig machte. „Sie laufen alle herum wie Noten, die mit den fünf Linien nicht zufrieden sind und dafür einen Strich durch den Kopf bekommen." So schrieb sie; unter anderm erwähnte sie auch Notham mit kurzen Worten: „Ich bin sein Papagei, den er mit Zuckerwerk füttert und mit dem er sich spaßeshalber unterhält, wenn er aus seinem Kontor abgestanden hereinkommt! Er läßt sich kratzen und beißen, ich bleibe doch immer sein Joli!" Dreimal hatte sie denselben Satz geschrieben: „Im nächsten Frühjahr kommen wir wieder zu Ihnen, mein herzlieber Papa und meine gute Frau Mama! — denn was Notham verspricht, das hält er!" Auch schilderte sie mit der prächtigsten Laune der Welt eine Gesellschaft von Sägeböcken und Haubenstöcken, welche sie bei sich gesehen hätte. „Ich habe dir eine Langeweile, die noch über das französische ennui hinausgeht. Wenn nicht das bissel Musik wäre, stürb ich daran."

Einige Tage später hatte sie den Brief fortgesetzt. Sie beschrieb darin einen Schaukelstuhl, welchen ihr Notham angeschafft habe und worin sie sich den ganzen Tag wiege wie ein Kind; — „denn denken Sie nur, Papa, die Qual! ich darf gar nichts arbeiten als nähen; mit der Nähnadel soll ich mich durch die lange, lange Zeit durchfechten; essen kann ich, soviel ich will, und davon werde ich Hamsterbacken bekommen, wie die Leute hier haben. Auch mein Mann ist so ein bißchen Hamster mit; was der knurrig sein kann im Hause umher! Doch zu mir ist er immer freundlich, wie Hirsemus mit zerlassener Butter und Pfefferkuchen darauf. Wer doch die Mannsleute auskennen lernte! Wenn ich ihn nur draußen in Gera habe, da muß er mir wieder ein Mensch werden: Jetzt will er mich fromm machen, gestern hat er mich die Psalmen lesen lassen, heute kommt das hohe Lied Salomonis dran. Hab ich dir schon gesagt, daß ich dem alten Kantor in Gera für die Arien, welche er mich singen gelehrt, noch im Grabe danken werde? Kauf ihm doch feines, schwarzes Tuch zu einem Rock und Samt zu einer Weste, bring es ihm selbst und grüß ihn schönstens von mir. Die Arie, die wir zusammen gesungen und wovon wir nur den ersten Vers auftreiben konnten, will ich weiter machen, daß ich Platz darin habe. Da mag alles drinnen sein, was mich zu Ihnen zieht, außer Sie und Mama; denn ich muß zu viel weinen, denke ich an meine Eltern, und da ist es mit der Reimerei ganz vorbei. Wenn ich doch mein Reimbüchelchen da hätte! Es muß in meinem Puppenschranke bei den Noten liegen. Schick mir doch alles herüber!"

Das war das Wesentlichste, was in diesem Briefe stand. Der alte Rittmeister las ihn so oft vor, bis er ihn auswendig wußte. Er bestellte auch gewissenhaft den Auftrag bei dem Kantor. So schwer ihm das Schreiben wurde, doch saß er täglich in seinem Lederpolster am Pulte und berichtete getreulich seinem lieben Kinde über das Weltmeer hinüber von den wichtigen Vorfällen im reußischen Vogtlande. Er vergaß selbst dabei nicht, daß der Fuchs ihre Lieblingshenne, die schwarze mit der weißen Mütze, geholt habe; nur von der Krankheit ihrer Mutter, welche täglich bedenklicher wurde, schrieb er nichts, um Johanna nicht zu betrüben.

Im März bekam er wieder Nachricht; aber eine so sonderbare, daß er einmal über das andre den Kopf schüttelte. Sie schrieb:

„Grüß Sie Gott, Herr Vater und Frau Mutter! Da schicke ich für Sie und den Kantor das Lied, das alles sagt, was ich freilich länger und breiter schreiben könnte; denn ich gehe nun Notham mit Tränen Tag und Nacht an, mich in meine Heimat zu bringen, wie er versprochen hat. Es müßte keinen Gott mehr im Himmel und kein redliches Herz auf Erden geben, wenn er sein Wort brechen sollte. Das Kind, das sich unter meinem Herzen regt, soll, so Gott will, kein amerikanischer Hamster werden. Es ist, als wenn tausend Hände hinter den Tannenwäldern herüber über das Meer aus den Wolken heruntergriffen und mich in die Heimat zurückzögen. Nun, da hast du mein Lied und mein Leid! Es geht nach der Melodie des Kantors, ein Vers wie der andre:

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte, von 60,45 auf 59,36 Prozent. Die Zeit ist hier nicht mehr allzufern, wo die weiblichen und die jugendlichen Arbeitskräfte den männlichen die Wage halten. In der Kreishauptmannschaft Zwickau, wo die Textilindustrie noch stärker dominiert als im Chemnitzer Regierungsbezirk, ist dieser Zustand schon fast erreicht; hier stehen 78 082 erwachsenen männlichen Arbeitern 56 072 erwachsene Arbeiterinnen und 15 733 Jugendliche gegenüber. Die kapitalistische Zerstörung von Familie und Ehe präsentiert sich hier in schönster Blüte. Uebrigens zeigte sich in der Leipziger und Dresdner Kreishauptmannschaft dieselbe Erscheinung wie in der Chemnitzer: die Zahl der männlichen Arbeiter ging zurück, während die der Arbeiterinnen stieg. In Leipzig waren 1908 101 444 Arbeiter beschäftigt und 1909 nur noch 100 051, dagegen stieg die Zahl der weiblichen Erwachsenen um 1087, auf 42 418.

Der Bericht enthält an verschiedenen Stellen Angaben über die ungünstige Einwirkung der wirtschaftlichen Krise auf die Einkommensverhältnisse der Arbeiter. Diese Wirkung wurde noch verschärft durch die hohen Lebensmittelpreise und — besonders für die Tabakarbeiterschaft — durch das glorreiche Werk des Schnapsblocks, genannt Reichsfinanzreform. Wie ein roter Faden ziehen sich durch die Berichte der einzelnen Beamten die Bemerkungen, daß infolge des neuen Tabaksteuergesetzes die Arbeitszeit verkürzt und Feierschichten eingelegt, sowie Arbeiter entlassen werden mußten. Ja, verschiedenfach wurden die Betriebe zeitweise ganz stillgelegt oder monatelang nur halbtägig gearbeitet. Der Aufsichtsbeamte für Döbeln schätzt den durchschnittlichen Lohnausfall der Zigarrenmacher auf 30 Prozent. In dem Bericht für den Aufsichtsbezirk Dresden II (Dresden links der Elbe und Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt), wo die Zigarettenindustrie dominiert, heißt es:

In der Zigarettenindustrie, die über 5000 Personen, darunter 85 Prozent Arbeiterinnen beschäftigt, ist infolge der Steuergesetzgebung der Verdienst gesunken. Mehrere Fabriken haben eine größere Anzahl Arbeiterinnen entlassen, andre einer Entlassung aber dadurch vorgebeugt, daß sie die Arbeitszeit verkürzten und den im Stücklohn Beschäftigten weniger Arbeit zuwiesen.

Und über die noch bevorstehenden Wirkungen der Schnapsblocksteuerkunst berichtet die Beamtin in der Kreishauptmannschaft Dresden:

Die von der Beamtin geförderten Zweigniederlassungen der Zigaretten- und Strohhutindustrie in besonders notleidenden Teilen des Erzgebirges haben sich allenthalben gut entwickelt. Die Zigarettenfabrikanten befürchten aber, daß unter dem Einfluß der erhöhten Banderolensteuer eine starke Zunahme der mit Maschinen hergestellten Zigarette eintreten werde, die zurzeit noch 41 Prozent der Erzeugung ausmacht. **Die zunehmende Maschinenarbeit werde viele Arbeiterinnen entbehrlich machen.**

Ueber die **andauernde Steigerung aller Lebensmittel** wurde allenthalben lebhafte Klage geführt.

Es ist danach kein Wunder, daß, so dürftig diese Angaben auch sind, von den Gewerbeinspektoren fast überall konstatiert werden muß, die Lage der Arbeiter habe sich wenn nicht gar direkt verschlechtert, so doch auch nicht gebessert. Um nur ein einziges Beispiel anzuführen, so wird im Bericht für den Leipziger Aufsichtsbezirk (Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig) ausgeführt:

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Berichtsjahr ist im allgemeinen nicht als besonders günstig zu bezeichnen. Mit der in der zweiten Hälfte des Jahres sich bessernden Geschäftslage der Industrie stellte sich auch eine Steigerung der Lebensmittelpreise ein. Das reichliche Angebot von Arbeitskräften zog auch mehrfach Lohnherabsetzungen nach sich.

Auf eine andre Wirkung der Lebensmittelpreissteigerung weist die Zwickauer Beamtin hin: die stärkere Inanspruchnahme der kindlichen Arbeitskraft. Nicht nur die Zahl der beschäftigten Kinder stieg unter der Einwirkung dieses Faktors, sondern auch die Dauer ihrer Arbeitszeit. Aehnliches wußte im Vorjahr auch die Chemnitzer Beamtin zu berichten; sie stellte fest, daß die ungünstigeren Erwerbsverhältnisse der Familienväter eine Zunahme der gewerblich beschäftigten eigenen Kinder — also in der Heimarbeit — zur Folge hatten. Die Not zwingt die Eltern zur Ausbeutung der Arbeitskraft ihrer Kinder — trotz Kinderschutzgesetz.

Bei dieser Gelegenheit sei zugleich auf die Berichte der Aufsichtsbeamtinnen über ihre Erfahrungen bei der Kontrolle der Kinderarbeit eingegangen. In dem diesjährigen Bericht ist — soweit wir übersehen können, zum erstenmal — versucht worden, die Resultate dieser Kontrolle in Tabellen übersichtlich darzustellen, eine Forderung, die von dem Genossen Goldstein im Landtag entschieden vertreten worden war. Allerdings sind solche Tabellen nur in den Berichten der Leipziger und Zwickauer Beamtin enthalten, in den drei andern fehlen sie. Hoffentlich wird in späteren Berichten überall so verfahren. Es ist nun charakteristisch, daß, obwohl das Kinderschutzgesetz bereits seit dem 1. Januar 1904 in Kraft ist und in gewissem Umfange die gewerbliche Beschäftigung von Kindern auch schon früher verboten war, die Zahl der Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen noch immer außerordentlich groß ist. Soweit es sich um leichtere Verstöße handelt, wie sie in der Heimarbeit bei der Beschäftigung eigener Kinder vorkommen, sind die Verstöße begreiflich, da die Bestimmungen trotz der Aufklärungsarbeit der sozialdemokratischen Presse, sowie der Gewerkschaftskartelle und Kinderschutzkommissionen noch immer nicht überall bekannt sind. Bei den Inhabern gewerblicher Betriebe aber sollte man die Kenntnis der Schutzgesetze nun endlich voraussetzen dürfen. Um nur einige grobe Verstöße zu nennen, so sei erwähnt, daß die Zwickauer Beamtin in 16 Fabrikbetrieben 25 Schulkinder antraf, die Leipziger Assistentin stellte Kinderarbeit in 13 Motorwerkstätten fest, die Chemnitzer Beamtin fand in 17 Fällen 30 Schulkinder in Fabrikbetrieben vor. Insgesamt sind für ganz Sachsen 194 Verstöße, die 302 Kinder betreffen, nachgewiesen, wobei zu beachten ist, daß die viel zahlreicheren Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz hier nicht mitgezählt sind. Die Chemnitzer Beamtin teilt mit, daß sie allein 13 Unternehmer feststellte, die in den Ferien Kinder 10 Stunden und noch länger beschäftigten. Solche fortgesetzten groben Zuwiderhandlungen sind nur möglich, weil die Bestrafung der gegen die Schutzgesetze verstoßenden Unternehmer regelmäßig lächerlich gering ausfällt. „Strafen" von 1—5 Mk., wenn es hoch kommt, von 20 bis 30 Mk., sind die Regel. So schreibt beispielsweise die Chemnitzer Beamtin:

Die Bestrafungen wirken nicht immer abschreckend. In einem gewerblichen Betriebe wurde festgestellt, daß bereits seit zwei Jahren ein fremdes Kind unter zwölf Jahren in unzulässiger Weise beschäftigt worden war. Das Kind wurde vor dem Schulunterricht von 6 oder 7 Uhr morgens und nach dessen Beendigung im ganzen bis zu 8 Stunden, **während der Ferien sogar 10—11 Stunden täglich ohne Gewährung der vorgeschriebenen Pausen** beschäftigt. Auf die von der Beamtin erstattete Anzeige wurde der Arbeitgeber zu **3 Mk. Geldstrafe** verurteilt. Ein halbes Jahr später erfuhr die Beamtin von demselben Kind, daß sein Vater das Arbeitsverhältnis gelöst habe, nachdem es vom Arbeitgeber auch nach erfolgter Bestrafung in gleicher Weise noch einige Monate beschäftigt worden war.

Bei solchen „Strafen" kann man sich wirklich nicht wundern, wenn die Ausbeuter kindlicher Arbeitskräfte die Sache höchst profitabel finden und auf die Schutzgesetze pfeifen. Zur Verhinderung der Durchführung des Kinderschutzgesetzes trägt zweifellos auch bei, daß der Schutz nur für gewerblich beschäftigte Kinder gilt; in der Landwirtschaft, sowie in häuslichen Diensten, als Aufwartemädchen usw., können schulpflichtige Kinder beliebig lange ausgebeutet werden, ohne daß ein Hahn danach kräht. Das führt dazu, daß, wie auch die Leipziger Assistentin bemerkt, die Durchführung des Gesetzes in Ortschaften mit ausschließlich landwirtschaftlich tätiger Bevölkerung außerordentlich erschwert wird. Die Bäcker und Gastwirte in solchen Ortschaften wollen einfach nicht begreifen, daß das Semmelaustragen am frühen Morgen oder das Kegelaufsetzen am Sonntag nachmittag verboten sein soll, während die Kinder in den gleichen Tagesstunden bei den Bauern ja viel angestrengter schuften müssen. Und die Beamtin berichtet über ihre Beobachtungen noch weiter:

Wiederholt sind Volksschullehrer über ihre Erfahrungen betreffs der gewerblichen Kinderarbeit befragt worden. Sie teilten mit, daß gewerblich tätige Kinder nicht so häufig zu Klagen Anlaß gäben. **Bei den landwirtschaftlich beschäftigten sei dies aber fortgesetzt der Fall.**

Diese Ausführungen, die sich aus früheren Berichten beliebig ergänzen ließen, sind die denkbar schärfste Kritik an der in Deutschland beliebten Gesetzesmacherei. Die ländliche Kinderausbeutung wurde seinerzeit von der Unterstellung unter das Kinderschutzgesetz ausgeschlossen, weil man den Agrariern die billigen Arbeitskräfte nicht rauben wollte, obwohl bekanntermaßen gerade auf dem Lande die Ausnützung der kindlichen Arbeitskraft am skandalösesten betrieben wird. Es wird wahrlich die höchste Zeit, daß endlich einmal mit der agrarischen Gesetzesmacherei gebrochen wird.

Aus den Reichstagskommissionen.

In der Justizkommission des Reichstags kam es am Donnerstag und Freitag zu Erörterungen über die Todesstrafe. Von unsern Genossen war beantragt worden, in der Strafprozeßordnung zu sagen, daß die Todesstrafe nicht vollstreckt werden darf. Die Freisinnigen und der Regierungsvertreter betonten demgegenüber, daß diese Frage nur im Strafgesetzbuch geregelt werden kann, nicht in der Strafprozeßordnung. Der Antrag wurde deshalb abgelehnt. In der Freitagssitzung brachten die Freisinnigen dann einen Antrag zum § 407 ein, der verlangt, daß Zuschauer, die kein berechtigtes Interesse an der Hinrichtung haben, bei der Hinrichtung nicht zugelassen werden dürfen. Ferner soll die vollzogene Hinrichtung nicht mehr öffentlich bekannt gemacht werden. Unsre Genossen beantragten, daß dem Todeskandidaten nur der gewünschte Geistliche geschickt wird, des weiteren soll die Bestimmung gestrichen werden, nach der der Hingerichtete nur einfach und ohne jede Feierlichkeit bestattet werden darf. Unser Genosse wies darauf hin, daß von der Härte jener Bestimmung auch ein „Hochverräter" getroffen werden könnte, der doch wahrhaftig kein ehrloser Mensch zu sein braucht; denn immer, wenn der Hochverrat gelungen ist, wurde er als eine verdienstliche Tat gehalten. Diese simple Wahrheit brachte einige nationalliberale und konservative Herren gewaltig auf. — Die Regierungsvertreter wendeten sich gegen die Anträge. Nach längerer Debatte wurden alle weitergehenden Anträge mit knapper Mehrheit abgelehnt und nur beschlossen, daß außer dem Geistlichen und dem Verteidiger nichtamtliche Personen bei der Hinrichtung nicht zugelassen werden dürfen.

Ein Antrag Gröber forderte die Einschaltung eines § 471 a, der folgenden Wortlaut hatte:

Gegen Mitglieder gesetzgebender Versammlungen des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats darf während der Sitzungsdauer der Versammlung nur mit deren vorheriger Genehmigung eine Freiheitsstrafe in Vollzug gesetzt werden.

Jede gegen ein Mitglied solcher Versammlungen vor deren Zusammentritt begonnene Vollstreckung einer Freiheitsstrafe wird auf Verlangen der Versammlung für die Dauer der Sitzungsperiode ausgesetzt.

Die Regierungsvertreter wiesen auf die schon frühere Erörterung dieser Frage hin, bei der der Bundesrat dazu eine ablehnende Stellung eingenommen habe. Die Stellung des Bundesrats dürfte jetzt noch dieselbe sein, so daß an eine Annahme dieses Paragraphen nicht gut zu denken sei. Im übrigen greife dieser Antrag in die Materie der Verfassungsbestimmungen ein und könnte die Frage in der Strafprozeßordnung nicht geregelt werden. — Unsre Genossen traten diesen Einwänden aufs entschiedenste entgegen, und sie forderten auf das energischste die Erfüllung dieser selbstverständlichen Forderung. Diesem Verlangen der sozialdemokratischen Mitglieder schloß sich der freisinnige Abg. Träger voll und ganz an, während die Nationalliberalen wieder allerlei formale Bedenken geltend machten und so um eine klare Stellung herumkamen. Die Konservativen waren natürlich auch dagegen. Zur Ergänzung „warnte" noch der Staatssekretär Lisco vor der Annahme des Antrags Gröber, der event. das ganze Gesetz gefährden würde. **In der Abstimmung wurde der Antrag Gröber mit 14 Stimmen gegen 11 angenommen.** Dafür stimmten die Zentrumsabgeordneten, der Pole, die Freisinnigen und unsre Genossen, dagegen Konservative, Nationalliberale und der Antisemit.

Die Beratung der Reichsversicherungsordnungskommission begann in der Freitagssitzung mit der prinzipiell wichtigen Neuerung, die § 582 bringt. Es handelt sich um die Beschränkung der kleinen Renten auf eine gewisse Zeitdauer. Der Paragraph sieht vor, daß die Berufsgenossenschaften das Recht haben sollen, Renten bis zur Höhe von 20 Prozent zeitlich zu beschränken. Gegen die Festsetzung der Zeit steht dem Rentenempfänger kein Einspruch zu. Mit dieser Neuerung kommt die Vorlage, wie Genosse Molkenbuhr ausführte, Wünschen entgegen, die von nationalliberaler Seite und vom Zentrum im preußischen Landtag geäußert worden sind, und deren Erfüllung ihnen seinerzeit von Podbielsky zugesagt wurde. Die Rechtsprechung bei der Versicherung hat zur Folge gehabt, daß jetzt schon Renten unter 10 Prozent nicht mehr gewährt werden. Künftighin will man nun auf dem Umweg über die zeitliche Beschränkung die Renten bis zu 20 Prozent ganz loswerden. Die Sozialdemokraten beantragen deswegen, den Paragraphen

---

Wo auf hohen Tannenspitzen,
Die so dunkel und so grün,
Drosseln gern verstohlen sitzen,
Weiß und rot die Moose blühn,
Zu der Heimat in der Ferne
Zög ich heute noch so gerne!

Wo ins Silber frischer Wellen
Schaut die Sonne hoch herein,
Spielen heimlich die Forellen
In der Erlen grünem Schein,
Zu der Heimat in der Ferne
Zög ich heute noch so gerne!

Wo tief unten aus der Erde
Eisenerz der Bergmann bricht
Und die Zither spielt am Herde
In der kurzen Tagesschicht,
Zu der Heimat in der Ferne
Zög ich heute noch so gerne!

Wo die Hirtenfeuer brennen,
Durch den Wald die Herde zieht,
Wo mich alle Felsen kennen,
Drüber hin die Wolke flieht,
Zu der Heimat in der Ferne
Zög ich heute noch so gerne!

Wo so hell die Glocken schallen
Sonntags früh ins Land hinaus,
Alle zu der Kirche wallen,
In der Hand den Blumenstrauß,
Zu der Heimat in der Ferne
Zög ich heute noch so gerne!

Doch mein Leid ist nicht zu ändern;
Zieht das Heimweh mich zurück,
Hält mich doch in fremden Ländern
Unerbittlich das Geschick!
Zu der Heimat in der Ferne
Zög ich heute noch so gerne!

Aber ich will mit dem Geschicke schon fertig werden, als nach dem armen Vogel die Flügel ganz lahm geworden sind, daß er nicht mehr den Weg durch die Luft zu seinem Neste machen kann. Jeanette."

Dies war der letzte Brief, welchen der gute, alte Rittmeister von seiner Tochter lesen sollte. Als er ihn seiner kranken Maria Theresia vorgelesen hatte und sie nichts darauf sagte, leuchtete er mit der Lampe in das Bett. Sie lag darin mit gefalteten Händen und einem seltsam verklärten Gesichte. Sie war eingeschlafen, um hier nicht wieder aufzuwachen. Der Rittmeister fuhr ihr mit der flachen Hand über das Gesicht; es war marmorkalt. Er warf sich lautlos über sie und lag so eine Stunde lang fast sinnlos, dann sammelte er sich zum Gebete, welches endlich zu vernehmbaren Worten ward:

„Barmherziger Gott, hier liegt vor dir ein alter, zerschossener Kriegsknecht und dankt dir für alle Gnade, welche du ihm in Standquartier und Kampagne geschenkt hast. Ich hatte mit meiner Bravour, die ich zu verschiedenen Malen zu beweisen Gelegenheit hatte, nur meine Pflicht getan, du aber hast mir das alles, ja selbst die Sünde meiner Jugend, zum mérite angerechnet und mein Lebensglück mit der seligen Maria Theresia so recht grundgut an den Hals geworfen, und da ich beinahe an ihr ein Halunk geworden wäre, mir das Bein wegschießen lassen und mich armen Krüppel hierher nach Leimnitz kommandiert, um Weib und Kind zu finden und auf meinen Lorbeeren mit gloire und pension auszuruhen. Lieber Gott, mein allmächtiger Kommandeur, warum hast du mich nun den Meinen als Quartiermeister nicht vorangehen lassen? Bedenke ich da in meiner Niedrigkeit, daß bei dir mein bißchen alter Adel und mein Offizierspatent dummes Zeug sein mögen, wie denn auch dem Hauptmann von Kapernaum nur sein Glaube half, so wirst du es wohl auch jetzt mit dem Rittmeister von Leimnitz gut gemeint haben; denn ich habe wohl noch in meinem alten Mantelsack ein Paketchen alter Sünden, die du mit dem besten Willen mir nicht ganz vergeben kannst, es müßte denn eine so gute, reine Seele, wie meine selige Maria Theresia, mir hinter dem göttlichen Kriegsgericht Pardon auswirken. So gehe denn hin, meine Maria Theresia, und bitte nur das eine, daß der alte Rittmeister von Leimnitz bei dir sein darf; denn du hast doch eine Stätte im Paradies. Kannst du für mich bei Petrus, der am besten weiß, wie es kommt, daß man darein haut, ein übriges tun, so laß mich im Leben nur noch einmal unsre Johanna sehen! Und hilft das alles nicht, so mag mich mein Herrgott lieber ein bißchen in die Hölle Ordonnanz reiten lassen, wenn nur das liebe Kind dabei glücklich wird."

Nachdem sich der Rittmeister ausgeweint hatte, pochte er Knechte und Mägde auf und schickte zur Leichenfrau und zu seinen Nachbarn, damit der eine oder der andre mit ihm die traurige Nachtwache teile.

Solange die Leiche sich im Hause befand, behielt der alte Rittmeister noch ziemlich seine Fassung; nachdem er aber die drei Hände voll Ende auf ihren Sarg geworfen hatte, überkam ihn eine so namenlose Sehnsucht nach seiner Tochter, daß er von Tag zu Tag einem ruhelosen Schatten immer ähnlicher wurde. Man hörte ihn bei Tage mit seinem hölzernen Beine treppauf, treppab, hinaus vor das Tor und in das Haus stampfen, ohne jemand Rede zu stehen. Nur zuweilen sagte er wie im Irrsinn: „Wir müssen sie holen, ja, ja!" — Er war auch nicht imstande, ihr die Todesnachricht zu melden, sein Freund, der Kantor, schrieb für ihn den Trauerbrief.

In der Zwischenzeit war das Verhältnis zwischen Notham und Johanna immer gespannter geworden. Wie er immer mehr den flüchtigen Gedanken der Rückkehr nach Europa aufgab, desto heftiger drängte ihn Johanna, bis er endlich ungeduldig wurde und ihr einmal und für immer erklärte, daß um so weniger daraus werden könne, je mehr ihre hoffnungsreichen Zustände es ihr verböten.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

zu streichen. Außer den Sozialdemokraten sprechen sich gegen den Paragraphen die Vertreter des Zentrums und der Freisinnigen aus. Nur der Zentrumsabgeordnete Irl, der bei allen reaktionären Anschlägen dabei ist, hätte Lust, dafür zu stimmen. Nachdem sich auch die Vertreter der Polen und der Christlichsozialen gegen die Bestimmung ausgesprochen haben, wird der Paragraph abgelehnt und in Konsequenz dessen auch der folgende § 583. **Nur die Konservativen und Nationalliberalen stimmen für die Regierungsvorlage.**

Die §§ 584—592 beziehen sich auf die Berechnung des für die Rentenfestsetzung maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes. § 584 enthält die einschneidende Bestimmung, daß der Lohn über 1500 Mk. nur mit einem Drittel angerechnet wird. Die Sozialdemokraten beantragen, diesen Paragraphen zu streichen. In der Begründung verweist Genosse Molkenbuhr besonders darauf, daß seit der Festsetzung dieses Maximaljahreslohns die Wertverhältnisse sich bedeutend verschoben haben. Heute sind nominell die Löhne wesentlich gestiegen, aber auch alle Lebensbedürfnisse teurer geworden. Es rechtfertigt sich nicht, die 1500 Mk. übersteigenden Löhne bei der Rentenberechnung nicht in Ansatz zu bringen. Eventuell wenn dieser sozialdemokratische Antrag abgelehnt würde, müßte die Summe wenigstens auf 2500 Mk. erhöht werden. Der Nationalliberale Semler beantragt, diesen Paragraphen nicht in Anwendung zu bringen, wenn es sich um höhere Betriebsbeamte handelt, die wegen erlittenen Unfalls entschädigt werden müssen. — Hitze (Zentr.) will die Festsetzung eines höheren Jahresarbeitsverdienstes als Maximalsumme den Berufsgenossenschaften überlassen, die solche höheren Sätze durch die Statuten festlegen könnten. (!) — Die Regierung erklärt sich gegen alle Anträge. Sie will, wie in der Sitzung Ministerialdirektor Caspar wiederholt erklärte, **keinerlei Erweiterungen der Leistungen der Unfallversicherung zulassen.** Bei dieser Novelle zur Unfallversicherung soll jedwede Erweiterung der Leistungen ausgeschlossen sein, es soll sich lediglich um eine neue Organisation und um gewisse Erweiterungen im Personenkreise handeln. Die Nationalliberalen wie auch Hitze ziehen darauf ihre Anträge zurück; die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt.

Sodann werden eine ganze Anzahl Paragraphen ohne wesentliche Diskussionen und Aenderungen nach der Regierungsvorlage angenommen. Zu § 601 beantragt Semler, den Berufsgenossenschaften ein unmittelbares Strafrecht zu geben. Der Antrag wird abgelehnt. Auf sozialdemokratischen Antrag wird ein neuer § 603 eingeschaltet, der bestimmt, daß, wenn nach Ablauf der 13. Woche ein Unfall festgestellt wird, für die vorhergegangene Zeit die Entschädigung der Krankenkasse über das Maß der Arbeitsunfähigkeit maßgebend ist. § 607 regelt die Höhe der Unterstützungssätze für die Hinterbliebenen eines infolge Unfalls Getöteten. Die Vorlage sieht vor, daß für die Witwe und für jedes Kind ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes bezahlt werden soll, für die Kinder bis zum 15. Lebensjahre. Hierzu beantragen die Sozialdemokraten, daß der Witwe ein Drittel des Jahresarbeitsverdienstes gewährt wird und die Kinder, auch uneheliche, bis zum 18. Lebensjahre unterstützungsberechtigt sein sollen. Die Regierung lehnt diese Anträge aus dem angegebenen Grunde, daß jede Erweiterung ausgeschlossen sein soll, von vornherein ab. Auch der Zentrumsabg. Becker erklärt sich namens des Zentrums gegen die sozialdemokratischen Anträge, weil er angeblich das Zustandekommen des Gesetzes nicht durch zu große Belastung erschweren will. Außerdem ist er der Meinung, daß die Rentengewährung für Kinder bis zu 18 Jahren selbst den Arbeitern zu viel sein würde. (!) Abgelehnt werden alle sozialdemokratischen Anträge bis auf den, der die unehelichen Kinder den ehelichen gleichstellt. Gegen diese Gleichstellung stimmen Konservative, Nationalliberale und vom Zentrum die Abgg. Herold und Irl. Ein § 600 bestimmt, daß, wenn ein Unfallverletzter erst nach dem Unfall heiratet, die Witwe keinen Anspruch auf Rente hat. Die Sozialdemokraten beantragen, den Paragraphen zu streichen oder doch zu bestimmen, daß der Anspruch erlischt, wenn der Tod innerhalb des ersten Jahres der Ehe eintritt. Der Antrag wird abgelehnt.

§ 612 regelt die Renten für Hinterbliebene aufsteigender Linie. Nach der Vorlage soll die Rente höchstens ein Fünftel des Arbeitsverdienstes betragen. Die Sozialdemokraten beantragen zwei Fünftel, wenn beide Eltern zu unterstützen waren. Der Antrag wird abgelehnt. Nach § 614 soll die Gesamtrente an die Hinterbliebenen drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen. Die Sozialdemokraten beantragen, statt dessen zu setzen, den vollen Arbeitsverdienst. Der Zentrumsabg. Becker erklärt sich sehr energisch auch gegen diesen sozialdemokratischen Antrag, da die Familie eines durch Unfall Getöteten ja sonst einen direkten Vorteil vom Unfall des Ernährers habe. Der Pole Kulerski beantragt zu setzen, vier Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes. Beide Anträge werden abgelehnt.

Die Konservativen beantragen, einen § 614a einzuschieben, nach dem die Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich im Auslande aufhalten, keinen Anspruch auf Rente haben sollen. Die Sozialdemokraten wenden sich scharf gegen diesen Antrag, er wird aber nach lebhafter Debatte **mit Unterstützung des gesamten Zentrums und der Nationalliberalen angenommen.** Gegen den Antrag stimmen nur Sozialdemokraten, Fortschritt und der Pole. Gegen skandalöse Verschlechterungen haben die Regierungsvertreter nichts einzuwenden, nur wenn es sich um Verbesserungen zugunsten der im Dienste des Kapitals verunglückten Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen handelt, ertönt ihr schroffes Unannehmbar.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Generalaussperrung in der Metallindustrie.

Die Metallindustriellen sind bereits daran, den Beschlüssen des Verbandsausschusses Geltung zu verschaffen und den Arbeitern die Kündigung in Aussicht zu stellen. So teilte die Maschinenfabrik von Voith in Heidenheim (Württemberg) dem Arbeiterausschuß mit, daß am 1. Oktober 600 Arbeitern gekündigt würde, damit sie am 8. Oktober entlassen werden können. Die Firma beschäftigt etwas über 1000 Mann. In Saalfeld a. d. Saale wurde in 18 Metallwarenfabriken durch Anschlag die Aussperrung zum 8. Oktober angekündigt. Zwei große Firmen, die Mitteldeutschen Elektrizitätswerke und Paul Auerbach erklärten, daß sie sich an der Aussperrung nicht beteiligen.

Daß sich die Metallarbeiter eine Aussperrung von 60 Prozent ihrer Mitglieder nicht ruhig gefallen lassen, beweist schon der Beschluß der Leipziger Metallarbeiter. Auch die Metallarbeiter in Hannover beschlossen, für den Fall, daß die Aussperrung von 60 Prozent durchgeführt wird, in den gesperrten Betrieben die Arbeit vollständig niederzulegen.

•

In bürgerlichen Blättern wird ein Briefwechsel zwischen dem Generalsekretär des Verbandes Deutscher Metallindustrieller und dem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß nächsten Montag nachmittag um 5 Uhr in Berlin die Vertrauenskommission des Industriellenverbandes mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes zu Verhandlungen zusammentritt. Die Verhandlungen haben den Zweck, eine Einigung über den Werftarbeiterstreik herbeizuführen und die Aussperrung der anderen Metallarbeiter zu verhindern.

Leipzig und Umgebung.

Tarifbewegung der Tabakarbeiter.

Die organisierten Tabakarbeiter Leipzigs stehen seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung, um ihre traurige Lage nach Möglichkeit zu verbessern. Leider war es noch nicht möglich, mit den nachstehend verzeichneten Fabrikanten einen Lohntarif abzuschließen: Viktor Wallrot-Leutzsch, Alfred Franke und Schmidt in Wahren, Willi Vogt in Lindenau, Merseburger Straße 77. Diese Herren erklärten der Kommission, sie bezahlten ihre Arbeiter sehr gut und hätten nicht nötig, einen Tarif abzuschließen. Diese Ausrede ist sehr merkwürdig, denn wenn jemand seine Arbeiter so bezahlt, wie es der Tarif vorschreibt, dann braucht er sich nicht zu weigern, auch den Tarif anzuerkennen. Es wird Sache der gesamten Arbeiterschaft sein, ihr Urteil über diese Ausrede abzugeben. Die Arbeiterschaft hat alle Veranlassung, die Kategorie von Arbeitern zu unterstützen, die den Druck der Finanzpolitik am ärgsten spürt, die aber mit großem Eifer bemüht ist, ihre Interessen nach jeder Richtung hin zu wahren. Jetzt wird es mit dem Abschluß von Tarifverträgen versucht. Wenn sich die Unternehmer weigern, Tarifverträge abzuschließen, dann muß ihnen klargemacht werden, daß das kaufende Publikum, das sich zum größten Teil aus Arbeiterkreisen rekrutiert, nicht Lust hat, ihren um ihre Existenz ringenden Klassengenossen in den Rücken zu fallen. Mit folgenden Geschäften sind Tarife abgeschlossen: Karl Schulze, Leipzig, Brüderstraße 8; Heinr. Jahn, L.-Reudnitz, Eichoriusstraße 19; Hillmann & Co., L.-Stötteritz, Schmuckplatz; Stolze & Dähnert, L.-Stötteritz, Rudolf-Hermann-Str. 29; Ernst Krübler, Plagwitz, Zschochersche Str.; E. Ulbricht, Lindenau, Aurelienstraße 10; Frau Thieme, Eutritzsch, Theresienstr. 13; Max Kleinert, Kleinzschocher, Elisabethallee 59; Camillo Geißler, Mockau; Bruno Eiselbaum, Gohlis, Breitenfelder Str. 36; Karl Winkler, Schönefeld; Wilh. Horn, Schönefeld.

Die Lohntarifkommission der Tabakarbeiter.
Zahlstelle Leipzig.

•

Gärtner-Lohnbewegung in Leipzig.

Bei der Weltfirma Albert Wagner in Leipzig-Gohlis, Hallesche Straße 42, herrschen, soweit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Frage kommen, unhaltbare Zustände. Bei dieser Firma werden mehrere Gärtnergehilfen und ungelernte Arbeiter beschäftigt. Erstere erhalten den fürstlichen Lohn von 60—70 Mk. pro Monat neben freier Wohnung. Die Hilfsarbeiter erhalten pro Stunde 35 Pfg., was bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden täglich ungefähr 23 Mk. in der Woche ausmacht. Die Gärtnergehilfen müssen aber auch des Sonntags ihre Arbeitskraft 4 bis 5 Stunden zur Verfügung stellen. Eine Extraentschädigung wird dafür nicht gewährt. Sie arbeiten so 70 Stunden in der Woche. Auf die Stunde berechnet, beträgt sonach der Lohn bei einem Monatslohn von 70 Mk. etwa 23½ Pfg. oder wöchentlich 16 Mk. und 33 Pfennige. Auch ein verheirateter Kollege muß sich hiermit begnügen. Wie dieser es fertig bringt, eine Familie zu ernähren, bleibt ein Geheimnis. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Gärtner 3—4 Jahre Lehrzeit durchmachen muß, um nach dieser im Lohn noch unter dem des ungelernten Arbeiters zu stehen. Die Arbeit in dieser Palmenfirma ist nun gerade nicht die beste, aber trotzdem müssen die Gehilfen genau dieselbe Arbeit verrichten wie die ungelernten Arbeiter. Auf Grund dieser Verhältnisse reichten nun die dort beschäftigten Gehilfen folgende Forderung ein: 18 Mk. Wochenlohn neben freier Wohnung. Eine Forderung, die noch hinter dem Lohn der ungelernten Arbeiter zurücksteht, und die den heutigen Verhältnissen entsprechend immer noch als sehr niedrig bezeichnet werden muß. Diese Forderung wurde von Herrn Wagner, (der nebenbei bemerkt auch Stadtverordneter ist) abgelehnt. Als ein Kollege Herrn Wagner darauf aufmerksam machte, daß ein Laufjunge doch mehr verdiene, wie er, meinte Herr Wagner ganz ruhig, dann solle er lieber als Laufjunge gehen, er bezahle den Lohn nicht. Den dort beschäftigten Kollegen blieb nun weiter nichts übrig, als die Kündigung einzureichen. In den beiden Baumschulbetrieben in Gohlis und Möckern haben die dortigen Kollegen ebenfalls dieselbe Forderung eingereicht. Aus diesem Vorgang ist wieder zu ersehen, wie notwendig es ist, daß sich die Leipziger Gärtnergehilfen organisieren, damit endlich einmal diesen Zuständen ein Einhalt geboten werden kann. Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein hat es sich zur Aufgabe gemacht, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gärtner zu verbessern. Darum, Kollegen, schüttelt die Gleichgültigkeit ab, organisiert Euch.

Allgemeiner deutscher Gärtnerverein
Ortsverwaltung Leipzig.

Deutsches Reich.

Moralisches Recht und gesetzliches Recht bei der Verweigerung von Streikarbeit.

Das Gewerbegericht Altona fällte am 23. September in einer Klage zweier Maschinenbauer gegen die Firma Menk und Hambrock in Ottensen ein bemerkenswertes Urteil. Die Kläger waren ohne Einhaltung der Kündigung entlassen worden, weil sie Streikarbeit verweigert hatten. Außerdem war ihnen der Lohn einbehalten worden. Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung des einbehaltenen Lohnes, wies aber die Kläger mit weitergehenden Ansprüchen wegen der kündigungslosen Entlassung ab, indem es begründend ausführte:

Wohl müsse bei der ganzen Sachlage als richtig unterstellt werden, daß die Zumutung, Streikarbeit zu verrichten, eine Verletzung des persönlichen Ehrbegriffes klassenbewußter Arbeiter sei. Die Arbeiter hätten daher zwar das moralische Recht zur Verweigerung der Streikarbeit, dieses moralische Recht könne aber nicht zur Anwendung kommen, weil das gesetzliche Recht anders ist. Aus diesem Grunde müsse die Abweisung der weiteren Klgas erfolgen.

•

Wie auf preußischen Eisenbahnen die Löhne aufgebessert werden, das haben die Lohnarbeiter in Oeynhausen (Westfalen) erfahren. In der Badestadt Oeynhausen sind die Beamten in der 1. Servisklasse, die Bahnarbeiter erhalten aber nur einen Anfangslohn von 2.50 Mark, steigend in 9 Jahren auf 2.80 Mark Höchstlohn. Dieser für die örtlichen Verhältnisse traurige Lohn wurde dazu erst im vorigen Jahre festgesetzt; bis dahin betrug der Anfangslohn 2.20 Mark. Die Arbeiter wandten sich damals an die Betriebsinspektion um Lohnerhöhung. Von dieser wurde das Bedürfnis zu einer Lohnerhöhung nicht anerkannt. Nunmehr wandten sich die Arbeiter an die Eisenbahndirektion. Diese gab den Bescheid, die Eingabe sollte geprüft werden. Anfangs Januar kam ein Sekretär der Direktion Hannover, der Informationen einzog. Am 1. Mai trat dann die Lohnerhöhung in Kraft. Der Anfangslohn stieg von 2.20 Mark auf 2.30 Mark und der Höchstlohn von 28 Silbergroschen wird nicht mehr wie bisher in 12 Jahren, sondern in 9 Jahren erreicht. Die Rottenarbeiter erhielten den gleichen Lohn. Früher wurde aber zwei Sonntage hintereinander Dienst gemacht und diese Sonntage voll bezahlt. Nunmehr wird ein Sonntag Dienst gemacht und der andre ist dienstfrei. Dadurch haben die älteren Arbeiter anstatt Lohnaufbesserung einen Lohnausfall zu verzeichnen. So sieht die Lohnerhöhung für die Arbeiter auf den preußischen Eisenbahnen aus.

•

Zur Entziehung der Staatsunterstützung. Auf die Eingabe an die Oberzolldirektion in Münster gegen die Entziehung der Staatsunterstützung für die Tabakarbeiter in Berntrup und Sonneborn (Lippe) und Hagen (Waldeck), die gestreikt hatten, ist ein zweiter Bescheid ergangen. Er lautet:

Die einzelnen Fälle liegen zu verschieden, als daß eine gemeinsame Entscheidung möglich wäre. Es wird daher den Arbeitern, die gegen den Bescheid des Hauptzollamts Lemgo Beschwerde eingelegt haben, die Entscheidung einzeln mitgeteilt werden. Sollte etwa ein Arbeiter mit Rücksicht auf Ihre Eingabe vom 4. August 1910 die Beschwerde unterlassen haben, so stelle ich anheim, ihm eine entsprechende Mitteilung zu machen. — In einzelnen Fällen ist die Entscheidung bereits erfolgt. J. V.: Beck.

Danach scheint die Oberzolldirektion der Entscheidung des Hauptzollamts in Lemgo nicht zuzustimmen. Die in Frage kommenden Tabakarbeiter werden nunmehr ihre Ansprüche erneut geltend machen müssen.

Der Streik in den Bleistiftfabriken in Nürnberg ist beigelegt worden. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen werden.

Ausland.

Streiks in England im Jahre 1909.

Das englische Arbeitsamt registrierte im Jahre 1909 436 Arbeitseinstellungen, an denen 300 819 Arbeiter direkt oder indirekt beteiligt waren. Der hierdurch entstandene Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf rund 2¾ Millionen Arbeitstage. Die Zahl der Streiks ist in den letzten Jahren ständig in der Abnahme begriffen, doch hat die Zahl der beteiligten Arbeiter eine seit dem Generalstreik der schottischen Bergarbeiter (1894) nicht mehr gekannte Höhe erreicht. Nicht weniger wie 148 000 Bergarbeiter oder 49 Prozent aller Streikenden waren an Arbeitsniederlegungen beteiligt, die anläßlich der Inkraftsetzung des Achtstundengesetzes für die Bergarbeiter sich ereigneten. Allerdings waren diese Bewegungen meist von nur kurzer Dauer. Im Jahre 1908 waren 205 507 Arbeiter mit 10 834 189 verlorenen Arbeitstagen an 399 Arbeitsniederlegungen beteiligt. In dieses Jahr fielen die heftigen und langen Kämpfe in der Maschinen-, Schiffsbau- und Textilindustrie.

Im offiziellen Bericht wird berechnet, daß etwa 1,0 Prozent aller industriellen Arbeiter des vereinigten Königreichs an Arbeitsniederlegungen im Jahre 1909 beteiligt waren (gegen 1,9 Prozent in 1908 und 1,4 in 1907). 182 Bewegungen oder 42 Prozent aller im Jahre 1909 begonnenen Arbeitsniederlegungen dauerten weniger wie eine Woche, 74 Prozent dauerten weniger wie einen Monat, 85 Prozent weniger wie zwei Monate. Die letzteren umfaßten 95 Prozent aller beteiligten Arbeiter. Von den übrigen Streiks entfallen 26 mit 8588 beteiligten Arbeitern, die 676 011 Arbeitstage einbüßten, auf den Kohlenbergbau, während 13 Streiks in der Metall-, Maschinen- und Schiffsbauindustrie und 8 in der Textilindustrie sich ereigneten, die sämtlich länger wie acht Wochen dauerten. Von den 436 im Jahre 1909 begonnenen Bewegungen wurden 271 oder 62 Prozent durch direkte Verhandlungen beendet; eine ständig größer werdende Zahl von gewerblichen Streitigkeiten dagegen wird durch Schiedssprüche erledigt. Im letzten Jahre waren dies 26, wovon 13 mit 17 179 Beteiligten in der Kohlen- und Steinindustrie, 4 im Baugewerbe und 4 in der Metallindustrie. Insgesamt waren 59 945 Arbeiter oder 11 Proz. der Gesamtzahl (3 Proz. im Vorjahre) an Bewegungen beteiligt, die durch Schiedsspruch beendet wurden. Die Ursache der Arbeitsniederlegung waren in 25 Prozent aller Fälle Lohnstreitigkeiten und in 51 Prozent der Fälle Differenzen bezüglich der Arbeitszeit.

•

Passive Resistenz der Eisenbahner in Bosnien.

Auf allen Linien der bosnischen Landesbahnen sind die Eisenbahner in die passive Resistenz getreten. Dies wurde von den fünf Organisationen aller Eisenbahnergruppen beschlossen, so daß an der Bewegung mit Ausnahme einiger kriecherischen Streber das gesamte Personal, die Arbeiter wie die Beamten, beteiligt sein wird. Die Resistenzbewegung ist veranlaßt durch die Nichtbewilligung der seit vier Jahren gestellten Forderungen und durch die verächtliche Ignorierung des Personals. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: Einbeziehung der niedersten Dienstzulage (Quartiergeld) in die Pensionsbezüge; Anrechnung der im Taglohn oder Taggeld sowie der früher im Staatsdienst zugebrachten Dienstzeit; Schaffung eines modernen Arbeiteralterversorgungsstatuts; eine durchgreifende Entschuldungsaktion; Bildung von Personalkommissionen; Verbesserung des Gehalts- und Lohnschemas. Die Bahnverwaltung und das Ministerium lehnten bis jetzt die Verhandlungen mit dem Personal ab. Die Bahndirektion verlangte auf vertraulichem Wege vom Korpskommando die Bereithaltung von Militärassistenz, die gegen eventuelle Exzedenten sofort einschreiten soll. Das gesamte Personal übt mit Feuereifer die passive Resistenz.

•

Streikbewegung der Omnibusangestellten in Paris.

Die Bediensteten der Omnibusgesellschaft hielten eine gemeinsame Versammlung ab, um über die von dem Syndikat aufgestellten Forderungen Beschluß zu fassen. Es heißt, daß ein Teil der Bediensteten notwendigenfalls für die Streikbewegung eintreten wolle.

•

Zur Aussperrung in der englischen Textilindustrie. Eine Delegiertenversammlung der Baumwollkämmer hat beschlossen, eine schiedsgerichtliche Entscheidung in dem Streit mit den Arbeitgebern anzunehmen. Man glaubt, daß so die Aussperrung abgewendet ist.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Der VI. Internationale Metallarbeiterkongreß wird in der Zeit vom 31. Oktober bis zum 2. November d. J. in Birmingham im Versammlungssaal des Whitehorse Hotel, Congreen Street, stattfinden. Die Hinausschiebung des Termins war notwendig geworden, weil sich der früheren Abhaltung des Kongresses in den anderen Ländern wegen Stattfindens der eigenen Gewerkschaftskongresse Schwierigkeiten in den Weg stellten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 26. September. Ein furchtbares Unglück hat sich gestern in der Rue de Seine ereignet. Ein Fiaker, in dem sich die Frau eines Gerichtsaktuars mit ihrem Kind und ihrer Schwester befand, geriet zwischen zwei Tramwahnwagen und wurde vollständig zertrümmert. Die Schwester erlitt schwere Verletzungen, während die Frau und das dreizehnjährige Töchterchen unter die Räder kamen und zermalmt wurden. Die Feuerwehr mußte die Leichen unter den Rädern hervorheben.

Versammlungskalender.

Montag: Konsumverein Vorwärts für Schönefeld u. Umg. Generalversammlung. Rudenhof. Abends ½9 Uhr.
Dienstag: XII. und XIII. Kreis. Parteiversammlung. Volkshaus. Abends ½9 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Max v. Losewski in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Oeffentliche politische Versammlung.

Dienstag, den 27. September 1910, abends 8½ Uhr

im großen Saale des

Volkshauses, Zeitzer Strasse 32

Parteiversammlung

des 12. und 13. Reichstagswahlkreises.

Tagesordnung:

1. **Bericht vom Parteitag in Magdeburg.**
2. Diskussion hierzu.
3. Parteiangelegenheiten.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Parteigenossen und jeder Genossin zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Versammlung wird pünktlich 8½ Uhr eröffnet. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Partei-Mitgliedsbuches.

Das Agitationskomitee

der sozialdemokratischen Partei Leipzig.

17708*] J. A.: Karl Schröers, Leipzig, Brandvorwerkstraße 51, III.

Ortsverein L.-Ost.

Mittwoch, den 28. September

Kinder-Ausflug nach Grosszschocher

Restaurant Froschburg :: :: :: Abmarsch ½9 Uhr von den Drei Mohren.

Jede Familie

wende sich bei Bedarf in Wochen- und Krk.-Pflegeartik. an

Frau **Minna Oehler**

Leipzig 3, Querstraße 4—6. [*

Preisliste gegen Rückporto.

Dieses Bild zeigt – in genauen Maßen – die enorme Umsatzsteigerung von PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) in Deutschland innerhalb der letzten 7 Jahre. Ein stärkerer Beweis für das Bedürfnis nach Palmin und Palmona und für die Beliebtheit unserer Produkte ist kaum denkbar.

H. SCHLINCK & CIE., A.-G.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle **Volkshaus** Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I.

Bureauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr. Telephon 3784.

Die **Bibliothek** steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Bücher können während der Bureauzeit entliehen werden.

Bauschlosser u. Konstruktionsarbeiter.

Dienstag, den 27. September, abends ½9 Uhr, **Sitzung** im **Volkshaus.** Fragebogen sind abzuliefern. **Die Werkstellenkommission der Bauschlosser.**

Schlosseranschläger. **Mittwoch, 28. September,** ab. ½9 Uhr, **Versammlung** im **Volkshaus.** [17789

Achtung, Jugend-Vereine.

Das Lieder-Konzert

findet nicht am Sonntag, den 9. Oktober, sondern

Sonntag, den 2. Oktober

früh 11 Uhr, im **Volkshaus** statt.

Der **Ausflug nach Eilenburg** wird auf den **9. Oktober** verschoben. [17978] **Die Kommission.**

Sängerchor L.-West.

Mitgl. d. A.-S.-B. Dir. Herr Max Ludewig.

Donnerstag, 6. Oktober, abends ½9 Uhr im Etablissement **Felsenkeller,** L.-Plagwitz

Grosser Lieder-Abend

unter gütl. Mitwirkung v. Frl. **Kunze,** Konzertsängerin.

Nach dem Konzert **Grosser Ball.**

Einlass 7 Uhr. Vorverkauf 30 Pfg., Kasse 40 Pfg.

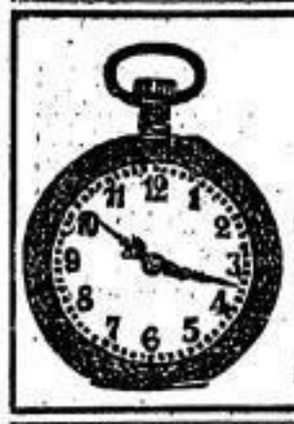
Freunde und Gönner des Vereins höflichst einladend, zeichnet [17993] **Der Vorstand.**

Krystall-Palast-Theater

Kurzes Gastspiel von: **Olga Desmond.**

Ferner: **Das phänomenale September-Programm.**

Anfang 8 Uhr. Erhöhte Preise. Auf Dutzendkarten 15 Pfg. Zuschlag.



Uhren

Ketten, Schmucksachen

Grösste Auswahl. — Billigste Preise.

Gustav Kaniss

6 Tauchaer Strasse 6

10% Rabatt. * 10% Rabatt.

Kauft **Briketts** bei **Benno Grimm** Tauchaer Strasse 41.

Reparaturen an Uhren jed. Art, nur streng solide Ausführ. u. unter Garantie bei

Gustav Kaniss Uhrmacher, Tauchaer Str. 6.

Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht. 25 Pfg., schön gebunden 1 Mk. Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag, den 26. September: 258. Abonnements-Vorstellung (2. Serie, rot)

Don Juans letztes Abenteuer.

Drama in 3 Aufzügen von Otto Anthes.

Regie: Regisseur Winds.

Spinelli, e. Patrizier	Hr. Pirk	Giovanni	Hr. Decarli
Lukrezia, seine Frau	Frl. Rolewska	Antonio, Claudio, Lorenzo, Filippo, Marco, Giulo — seine Freunde	Hr. Walter, Hr. Brügmann, Hr. Drube, Hr. Winds jr., Hr. Dirks, Frl. Braungardt
Durini, ein Senator	Hr. Probst		
Signora Durini, seine Frau	Frl. Schippang		
Benedetto, beid. Sohn	Hr. Ingenohl		
Mattoni, ein Freund des Hauses Spinelli	Hr. Zabeck	Piero, Giovannis Diener	Hr. Beßler
Cornelia, s. Tochter	Frl. Fuchs	Ein Alter	Hr. Böhme
Francesco, ihr Verlobter	Hr. Lütjohann		

Haushofmeister und Diener im Palazzo Spinelli, Gäste.

Ort der Handlung: Venedig oder sonst eine Stadt, wo es Senatoren gibt und schöne Frauen und Kanäle und Gondeln darauf. — Zeit: Wann ihr wollt.

Pausen nach dem 1. und 2. Akt.

Einlaß ½7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach ½10 Uhr. **Schauspiel-Preise.**

Spielplan: Dienstag: Das Tal der Liebe. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Montag, den 26. September, abends ½8 Uhr:

Der Graf von Luxemburg.

Operette in 3 Akten von A. M. Willner und Robert Bodanzky.

Musik von Franz Lehár.

Regie: Regisseur Haas. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Findeisen.

Renée, Graf von Luxemburg	Hr. Sturmfels	Anatol Saville, Henry Boulanger, Charles Lavigne, Robert Marchand — Offiziere	Hr. Cornel, Hr. Dietzmann, Hr. Schröder, Hr. Giessens
Fürst Basil Wasilowitsch	Hr. Haas		
Gräfin Stasa Kokozow	Frl. Buse		
Armand Brissard, Maler	Hr. Claus	Sidonie, Aurélie, Coralie, Amélie — Modelle	Frl. Knauth, Frl. Weißbach, Fr. Daniel, Frl. Henning
Angèle Didier, Sängerin in der Großen Oper in Paris	Fr. Untucht		
Juliette Vermont	Fr. Reiß-Großmüller	François, Diener	Hr. Renner
Sergei Mentschikof, Notar	Hr. Pisbin	Der Manager des Grand-Hotel	Hr. Pisbin
Pawel v. Pawlowitsch, russisch. Botschaftsrat	Hr. Hermann	Jules, Oberkellner	Hr. Köhler
Pélagrin, Munizipalbeamter	Hr. Wedlich	James, Lifibop	Fr. Felden
		Der Hoteldiener	Hr. Todt

Der 1. Akt spielt im Atelier des Malers Brissard. 2. Akt im Palais der Sängerin Didier. 3. Akt im Bestibül des Pariser Grand-Hotel.

Ort der Handlung: Paris. — Zeit: Gegenwart.

Tänze arrangiert vom Oberregisseur Karl.

Pausen nach dem 1. und 2. Akt.

Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende ½11 Uhr. **Gewöhnliche Preise.**

Spielplan: Dienstag: Fuhrmann Henschel (5. volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen). Anfang ½8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Goethestraße 19.

Montag, den 26. September, abends 7½ Uhr:

Das Leutnants-Mündel.

Schwank in 3 Akten von Leo Walter Stein.

In Szene gesetzt vom Autor.

Horst v. Bernewitz, Fritz Dönhoff — Dragoner-Offiziere	Karl Ostwaldt, B. Wildenhain	Goldstücker	Viktor Bergen
		Punschke, Bursche bei Horst	Hans Leibelt
Freiherr v. Liebenow-Memmlingen, Kürassieroberleutnant	Herm. Wolfram	Otto, Franz — Dragoner	Herm. Schröder, Fritz Schäfer
Malte von Norkitten	Ernst Bornstedt	Marie, Begleiterin von Ines	Helene Riechert
Flora, seine Tochter	Olga Rappo	Nickel, Portier	Hans Greeff
Leopold Weber, Horsts und Maltes Onkel	Reinh. Balans	Christian, Diener bei Weber	Curt Bettermann
Ines de Sagasta	Elly Förster		
Meta Blanden, Mizzi Battistini — Kabarett-Künstlerin	M. Tauber, A. Hübsch		

Ort der Handlung: Berlin. Zeit: Gegenwart.

Pause nach dem 2. Akt.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 9¾ Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Inkl. Garderobe.)

Spielplan: Dienstag: Das Leutnants-Mündel. Anfang 7½ Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Zentral-Theater.

Montag, den 26. September, abends 8 Uhr:

Gastspiel Anton Franck vom Thaliatheater in Hamburg.

Reiche Mädchen.

Operette in 3 Akten von Felix Salten. Musik von Johann Strauß.

Leiter der Aufführung: Anton Franck. Musikalischer Leiter: Georg Bradsky.

Michael Karinger	* * *	Ritter von Schanz	Hans Holthaus
Frau Karinger	Marie Sigl	Marquis de las Puntos-Córonas	Gustav Bertram
Marie, Fanni — ihre Kinder	Marg. Rößner, Therese Wiet	Gräfin Ramsakow	Fanni Kaden
Stephan Falkenberg	Walter Grabe	Betti, Köchin bei Karinger	Betti Holthaus
Baron Bronningen	Artur Elstorff	Ein Diener	Joseph v. Ecker
Herr von Maher	Camillo Klemm		

Die Operette spielt in der Gegenwart in Wien; der 1. und 2. Akt im Hause Karingers, der 3. Akt in Weidling am Bach.

*** Michael Karinger . . . Anton Franck a. G.

Pausen nach dem 1. und 2. Akt.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Inkl. Garderobe.)

Spielplan: Dienstag: Reiche Mädchen. Anfang 8 Uhr.

Septbr. 1910 **Battenberg.** Septbr. 1910

The Wolteers Comp.

mit ihrer Pantomime: **„Ein verunglückter Umzug."**

5 Heraldos 5 Schleuderbrett-Akrobaten.

Simms und Simms „Du bist nicht böse, was?"

Kartelli Equilibrist auf Drahtseil.

American Biograph, Neue Bilder.

Battenberg-Theater

Heute: Abends 8¼ Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.** Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Morgen: Abends 8¼ Uhr: Erstaufführung: **Aus der Art geschlagen.** Schauspiel in 4 Akten von J. Weinold.

Vorverkauf numerierter Billette bei **Franz Stein,** Markt 16 und **Paul Pätzner,** neben Battenberg.

Unserem alten Parteigenossen

Hermann Werner und Frau

die herzlichsten Glückwünsche zur **Silbernen Hochzeit.**

18002] **Bekannte Genossen aus Volkmarsdorf.**

Dank.

Für die vielen Beileidsbezeugungen und den reichen Blumenschmuck beim Heimgange meines lieben Mannes

Albert Jahr

sage ich allen Freunden und Bekannten herzlichen Dank, insbesondere Herrn Pastor Rausch für die trostreichen Worte am Grabe, seinem werten Chef und den Kollegen der Firma Fischer u. Kürsten, dem Radfahrerverein Leipzig-Ost und der Reigenmannschaft.

Leipzig-Reudnitz, den 26. September 1910.

Die tiefstrauernde Gattin im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

18004]

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere herzensgute Mutter

Frau Christ. verw. Kunze geb. Herrmann

am 25. September ihrem Leiden erlegen ist.

Die trauernde Familie Kunze.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 28. September, nachmittags ½4 Uhr, vom Johannisstift, Riebeckstraße, aus statt. [17998

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am Sonnabend nachmittag meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Frau

Meta Harnisch geb. Damm

im Alter von 31 Jahren im Krankenhause ruhig entschlafen ist. Um stilles Beileid bitten [18005

Leipzig, Kochstr. 58 **Otto Harnisch und Söhne.**

Beerdig. morg. Dienstag, nachm. ¾5 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Sonntag, abends ½9 Uhr, verschied nach langem, mit großer Geduld getragenen Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Henriette Kaufmann geb. Windel

im 50. Lebensjahre. Im tiefsten Schmerze zeigt dies nur hierdurch an

Eisleben, L.-Lindenau, Aurelienstr. 38, 26. Sept. 1910

Albert Kaufmann nebst Kindern zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, mittags ½1 Uhr, vom Trauerhause aus statt. [18006

Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwester und Schwägerin, Frau

Anna Gebhardt geb. Knorrscheidt.

L.-Kleinzschocher, Gießerstraße 61.

In tiefster Trauer **Eduard Gebhardt** nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Dienstag, mittags ½1 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Politische Uebersicht.

Stümper auch im Reformismus.

Die Frank, Kolb und sonstigen Davidsbündler haben wirklich Pech. Mußten sie sich schon von deutschen bürgerlichen Demokraten Belehrungen über demokratische Oppositionspolitik gefallen lassen, so gibt ihnen jetzt ein Mann, dem sie wohl nicht den Titel eines gelernten Reformisten streitig machen werden, unzweideutig zu verstehen, daß auch den rechtsstehenden Genossen des Auslands der Eifer, bürgerlichen Regierungen das Budget zu bewilligen, nicht als Beweis staatsmännischer Klugheit, sondern als Zeugnis mangelnder Einsicht in das Wesen des Parlamentarismus selbst erscheint. In der Freitagnummer der Humanité setzt sich Genosse Jaurès mit den bürgerlichen Radikalen auseinander, die die sozialistische Partei wegen ihrer Ablehnung des Budgets angreifen. Aber wie der Anlaß seines Artikels die Magdeburger Diskussion war, so ist seine Argumentation unverkennbar gegen die deutschen Budgetbewilliger gerichtet, die ja von den Bourgeoisradikalen als Kronzeugen gegen die geeinigte Partei zitiert werden. Jaurès gibt von seinen reformistischen Anschauungen nicht ein Jota auf, aber darum eben geben seine Hiebe den in die Enge getriebenen deutschen Dilettanten des Reformismus den Rest. Für Jaurès ist die Budgetfrage keine Frage des Prinzips, die abstrakt für alle Zeit und für jede mögliche Situation im voraus beantwortet werden kann, aber sie ist ihm doch auch wieder viel mehr als eine bloße Frage der Disziplin. Jaurès leugnet nicht, daß er für das Budget gestimmt hätte, wenn davon die Annahme der kirchenpolitischen Gesetze abgehangen hätte, aber unter den gegebenen Verhältnissen erscheint ihm die Ablehnung als ein Gebrauch, auf den die Partei ohne dringende Gründe nicht verzichten darf.

Es ist natürlich, daß das Proletariat, als es in die gesetzgebenden Körper eindrang, dem auf das kapitalistische Eigentum gegründeten System in seiner Gesamtheit seine fundamentale Opposition durch alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel kundgeben wollte. Das ist eine Tradition, für die sehr gewichtige Gründe sprechen und in keinem Fall sind es die kläglichen Querellen unserer Gegner, die uns veranlassen könnten, von ihr abzugehen. Wenn sie behaupten, daß wir durch die Ablehnung des Budgets das Recht verlieren, es zu diskutieren und zu kontrollieren oder daß wir, weil wir gewisse Teile des Budgets bewilligt haben, verpflichtet sind, für das Ganze zu stimmen, worin diese Teile eingeschlossen sind, so sagen sie eine Absurdität und verneinen einfach das ganze parlamentarische Prinzip. In den freien Parlamenten ist es eine beständige Praxis, zu diskutieren, zu verbessern und dann das Gesetz im Ganzen abzulehnen, wenn die durchgesetzten Amendements nicht genügen, seine wesentlichen Uebel gutzumachen. Waren etwa die Gegner der Einkommensteuer und der Trennung von Kirche und Staat verpflichtet, für diese Gesetze im Ganzen zu stimmen, weil es ihnen im Laufe der Verhandlungen gelungen war, einige ihrer Anträge durchzusetzen? Ich wiederhole, das ist ein absurder Einwand. Als in der letzten Legislaturperiode die radikale Mehrheit der französischen Kammer die Sozialisten unter diesem Vorwand systematisch aus der Budgetkommission ausschloß, hat sie einen Gewaltakt begangen, den ein plumpes Sophisma nicht decken konnte. Um eine alte Praxis, die zumindest in der Formationsperiode des Sozialismus dem tiefen Instinkt der Arbeiterklasse entspricht und in unserem Einigungspakt steht, wieder zur Diskussion zu stellen, bedürfte es sehr dringender Gründe und ich sehe deren keine. Für uns französischen Sozialisten war die Frage niemals wirklich gestellt, selbst nicht in der Zeit der Blockpolitik. Als Kautsky mich vor einem Jahr auf dem Parteitage in Nürnberg als ein Muster der Disziplin hinstellte, weil ich vor dem Amsterdamer Kongreß das Budget bewilligt und es hernach, um mich dem Beschluß der Internationale zu fügen, abgelehnt hätte, hat er mir ein Kompliment gemacht, das ich nicht verdiente. Denn **niemals**, selbst nicht in der Zeit, wo ich zur Rettung der republikanischen Freiheit und für das große Werk der Verweltlichung die Blockpolitik mit der größten Leidenschaft betrieb, **habe ich für das Budget gestimmt.** Ebenso wie ich in jener Periode ohne Unterlaß meine sozialistische und kommunistische Ueberzeugung und die revolutionäre Idee unserer Partei hervorhob, ebenso wie ich nicht aufhörte, den Freunden wie den Gegnern in Erinnerung zu rufen, daß die von uns betriebene republikanische und weltliche Politik zum wesentlichen Zweck hatte, eine kräftigere und klarere sozialistische und proletarische Aktion zu ermöglichen, vermied ich mit Sorgfalt jeden nutzlosen Konflikt mit den Traditionen der Partei.

So schreibt der geistige und politische Führer des internationalen Reformismus. Man sieht, der Vater des Blocksozialismus will von der badischen Weisheit nichts wissen. Reformist ist Jaurès sicher in eben dem Maße, wie die süddeutschen Reformisten, und ebenso politischer Opportunist. Und doch kommt er in der Budgetfrage zu einem dem ihren stracks entgegengesetzten Resultat. Warum? Vielleicht, weil er ein besserer Politiker ist als die Leute, denen er auf dem Umweg über die französischen Vulgärdemokraten zu verstehen gibt, daß sie mit all ihrer parlamentarischen Pillendreherei keine Ahnung vom Parlamentarismus haben. Vielleicht aber auch, weil er sich nicht genug erhaben fühlt über den „tiefen Instinkt" des Proletariats.

Deutsches Reich.

Und immer wieder: Breslauer Justiz!

Am Sonnabend stand gegen den Genossen Albert von der Breslauer Volkswacht abermals Termin an. Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte der Angeklagte sämtliche Mitglieder der ersten Strafkammer wegen Befangenheit ab. Der Verteidiger erweiterte den Antrag auch auf sämtliche Breslauer Strafrichter, die am Land- und Amtsgericht tätig sind. Sie alle seien nicht imstande, in Prozessen wider Sozialdemokraten objektiv zu urteilen. Der Landgerichtspräsident, der im Saale zugegen war, berief rasch drei andere Richter zu einer neuen Kammer zusammen, und diese entschied, daß die Ablehnung der Richter unbegründet sei.

Der Termin endete dann damit, daß Albert zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er den Polizeipräsidenten anläßlich der Bauarbeiter-Aussperrung zur Unterlassung von Amtshandlungen zu nötigen versucht habe. In einem Artikel der Volkswacht war nämlich darauf hingewiesen worden, daß die 6000 Ausgesperrten es täglich in der Hand hätten, Spaziergänge zu veranstalten, wohin sie wollten, falls sie von der Polizei schikaniert würden. Außerdem wurde wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft auf zwei Monate Gefängnis erkannt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel gefunden, in dem kritisiert wurde, daß die Staatsanwaltschaft es ablehnte, gegen einen Polizeikommissar einzuschreiten, der bei einer Straßendemonstration einen Unbeteiligten durch einen Säbelhieb schwer verletzt hatte. Die beiden Strafen wurden auf vier Monate zusammengezogen.

In dem Prozesse wurde übrigens auch der stellvertretende Polizeipräsident und der Erste Staatsanwalt über die Frage als Zeugen vernommen, ob zur Ermittelung des Handabhackers alles geschehen sei. Beide antworteten, daß sie den Handabhacker trotz aller Bemühungen nicht hätten ausfindig machen können. (!) Eine Besichtigung der Säbel, wodurch der Verbrecher wahrscheinlich entdeckt worden wäre, war nicht vorgenommen worden.

Ueber den Genossen Albert sind nun bereits innerhalb weniger Wochen 12 Monate Gefängnis verhängt worden. Ein weiterer Redakteur der Volkswacht, Genosse Schiller, verbüßt zurzeit eine siebenmonatige Gefängnisstrafe und der Genosse Darf muß in den nächsten Tagen ebenfalls auf zwei Monate die Staatspension beziehen. Daneben hagelt es fortgesetzt hohe Geldstrafen, und gegen Albert und Darf stehen insgesamt noch ein viertelhundert Prozesse aus! Die Breslauer Justiz hat also noch ausreichende Gelegenheit, ihre Unbefangenheit durch neue Urteile zu beweisen. Da die Richter auf dem Standpunkte stehen, daß nur harte Gefängnisstrafen hier „bessernd" wirken können, so können sich unsere Breslauer Genossen noch auf manchen drastischen Beweis für die Objektivität der bürgerlichen Klassenjustiz gefaßt machen.

Verband polnischer Fabrikanten.

Der polnische Mittelstand in der Provinz Posen hat eine neue Tat vollbracht. Nachdem die polnischen Kleingewerbetreibenden seit längerer Zeit einen Verband bilden, der zur Zeit über 150 Lokalvereine mit über 10000 Mitgliedern zählt, nachdem seit sieben Jahren ein Verband polnischer kaufmännischer Vereine besteht, haben nunmehr die polnischen Fabrikanten ebenfalls einen eigenen Verband ins Leben gerufen. Die konstituierende Versammlung fand in Posen am 14. September d. J. statt; die von einer Spezialkommission ausgearbeiteten Statuten besagen, daß der Zweck des Verbandes darin besteht, das polnische Fabrikwesen zu heben, insbesondere durch Errichtung solcher Etablissements, die sich mit dem Verarbeiten der im Lande, d. h. in den Provinzen Posen und Westpreußen vorkommenden Rohprodukte befassen werden. Unter anderem soll der Verband auch einen Arbeitsnachweis für polnische Ingenieure, Techniker, Werkmeister und Fabrikarbeiter unterhalten. Dem Verbande sind sofort 63 polnische Firmen beigetreten. Der Verbandsvorstand besteht aus zwölf Personen, die im polnischen Mittelstande eine führende Rolle spielen. Die polnisch-nationalistischen Blätter, die bekanntlich die Interessen der polnischen besitzenden Klasse im Auge haben, begrüßen selbstverständlich die Gründung des Verbandes der polnischen Fabrikanten mit Freude als eine nationale Tat.

Die polnische Arbeiterklasse hat ihre Gründe, diese Neubildung mit lebhaftem Interesse zu verfolgen. Gelingt es dem neuen Verbande, die polnische Industrie in Fluß zu bringen, so wird das notwendigerweise zur Ausbreitung des Klassenbewußtseins unter dem polnischen Proletariat beitragen müssen. In den polnischen Landesteilen ist die Großindustrie bis jetzt mit geringen Ausnahmen in den Händen deutscher Kapitalisten. Die oberschlesische Montanindustrie ist durchweg eine deutsche Industrie. Nur in der Provinz Posen befinden sich manche Zweige der Großindustrie, die übrigens schwach entwickelt ist, in den Händen polnischer Kapitalisten. Die polnisch-nationalistischen Führer konnten diese Tatsache zu ihrer nationalistischen Propaganda vortrefflich benutzen, indem sie den polnischen Arbeitern einzureden vermochten, daß ihre elende Lage dadurch verursacht ist, daß ihre Ausbeuter Deutsche sind. Die prinzipiellen Klassengegensätze zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten verstanden die Nationalpolen, dank der oben bezeichneten Tatsache, in nationale Gegensätze umzustempeln. Entwickelt sich nun die polnische Industrie, so wird dieses demagogische Kunststück nicht mehr herhalten können, denn der polnische Arbeiter wird nach und nach um so leichter einsehen müssen, daß die polnischen Fabrikanten ihn ebenso auszubeuten verstehen, wie das bis dahin die deutschen Fabrikanten getan haben. Die Ideen des Sozialismus werden dann unter dem polnischen Proletariat leichter Eingang finden.

Tröstliche Aussichten.

Der südwestafrikanische Diamantensegen scheint bereits seinem Ende entgegenzugehen. Gouverneur a. D. v. Bennigsen war drüben, und das Resultat seiner Beobachtungen veröffentlicht er nun in einer Reihe von Blättern. Er legt dar, daß man den „Segen" weit überschätzt habe. Die Gestehungskosten pro Karat, die mit 3—4 Mk. angenommen wurden, stellen sich in Wirklichkeit auf 8—10 Mk. Aber auch die angenommene Förderung wird nicht erreicht werden. Herr v. Bennigsen sagt:

> Infolgedessen wird auch die Frage einer evtl. Produktionseinschränkung, die anfangs dieses Jahres erörtert wurde, gar nicht ventiliert zu werden brauchen. Hiermit dürfte es auch zusammenhängen, daß die De Beers-Gesellschaft, die ständig in Lüderitzbucht ihren Vertrauensmann hat, ihre südwestafrikanische Konkurrenz nicht mehr fürchtet und infolgedessen ihren Besitz an Kolonialanteilen schon vor einiger Zeit abgestoßen hat.

Wenn diese Befürchtungen zutreffend sind, dann wird es nicht lange dauern, und in Südwest stellt sich wieder das graue Elend ein. Je toller die Spekulation war, desto schlimmer wird dann der wirtschaftliche Zusammenbruch werden, und zwar nicht nur in der Kolonie, sondern auch im Mutterlande. Herr Dernburg hatte eine feine Witterung, als er im rechten Zeitpunkt verschwand.

Berlin, 26. September. Der **Auslieferungsverkehr mit der Schweiz** hat eine Erweiterung erfahren. Zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz wird von jetzt an auch wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Vernichtung oder Unterdrückung einer öffentlichen oder Privaturkunde ausgeliefert. Voraussetzung ist dabei aber, daß die Handlung in der Absicht begangen ist, einem andern Schaden zuzufügen. Endlich muß sie sowohl nach deutschem wie nach schweizerischem Rechte strafbar sein. Die Auslieferung beruht natürlich auf Gegenseitigkeit.

Der Reichstag soll nun, wenn die Freisinnige Zeitung richtig informiert ist, anstatt am 9. November, wie bei der Vertagung bestimmt war, erst am 22. November seine Arbeiten wieder aufnehmen. Diese Hinausschiebung des Wiederzusammentritts muß dazu führen, daß die Etatberatung wieder überhastet, und daß vor allen Dingen die Fertigstellung einer Anzahl wichtiger Gesetze direkt in Frage gestellt wird.

Der Wert offiziöser Dementis. In der neuen Militärvorlage soll nach der Mil.-pol. Korrespondenz auch die Forderung je einer vierten, automobilen Trainkompagnie für jedes Armeekorps enthalten sein. Das wurde dann in der Presse jedoch wieder bestritten. Jetzt meldet nun dieselbe Korrespondenz, daß mit Rücksicht auf den schlechten Stand der Reichsfinanzen Kriegsministerium und Schatzamt sich auf eine kurze Verschiebung dieser Neuformation geeinigt hätten, die u. a. schon deshalb für nur vorübergehend rückstellbar erachtet werde, als auch die zweiten Staffeln der Munitionskolonnen grundsätzlich den mechanischen Zug erhalten sollen.

Man hat sich also offenbar, als man die Nachricht dementierte, an diese Nebensächlichkeit geklammert, um die Meldung selbst bestreiten zu können.

Verschleppung der Hinterbliebenenversicherung. Nach § 15 des Zolltarifgesetzes sollte die Witwen- und Waisenversicherung am 1. Januar 1911 in Kraft gesetzt werden. Diese Bestimmung wurde vom Reichstage dahin abgeändert, daß als Termin der 1. April 1911 festgesetzt wurde. Das Zentrum hat damals erklärt, daß man jedenfalls dazu kommen müsse, dem Gesetz rückwirkende Kraft bis auf den 1. Januar 1910 zu geben. Jetzt wird offiziös versichert, daß der 1. April 1911 wohl kaum als Termin des Inkrafttretens eingehalten werden könne, weil durchaus nicht feststehe, daß sich die Verabschiedung des Gesetzes bis zu diesem Zeitpunkt ermöglichen lasse.

Je länger die Sache hinausgeschoben wird, desto weniger kann damit gerechnet werden, daß dem Gesetz rückwirkende Kraft verliehen wird.

Preußisch-deutsche Regierungsidylle. Wilhelm II. ist von Ostpreußen, wo er seine bekannten Reden hielt und an den Manövern teilnahm, zur Jagd nach Ungarn gereist, von dort nach Wien, dann nach Sigmaringen und schließlich kam er Freitag früh nach Potsdam, um am Abend wieder zur Jagd nach Rominten zu reisen. Bei dieser mehrstündigen Anwesenheit in Potsdam hat Wilhelm II. wieder einmal seinen Reichskanzler gesehen. Herr v. Bethmann-Hollweg durfte seinen Herrn nach dem Bahnhof begleiten, dann zog er sich wieder in seine ländliche Einsamkeit zurück.

Das Regieren ist wahrlich eine schwere Last.

Ein nationalliberal-freisinniges Wahlbündnis wird für die Rheinprovinz vorbereitet. In der letzten Sitzung des nationalliberalen Provinzialvorstandes für die Rheinprovinz wurde auf ein Schreiben des Bezirksverbandes Rheinland der Fortschrittlichen Volkspartei hin beschlossen, in Besprechungen mit dieser über alle Kreise der Provinz einzutreten.

Kleine politische Nachrichten. Die Untersuchung gegen die der Erpressung bezichtigten Herausgeber und Redakteur der **Wahrheit**, Gebrüder Bruhn, Weber und Sommer, ist abgeschlossen; für die unmittelbar bevorstehende Verhandlung sind 14 Tage in Aussicht genommen. — Alle in Untersuchungshaft befindlichen Delegierten zur **Nationalversammlung** des Patriarchats sind freigelassen worden. — Im italienischen Amtsblatt wird ein **Erlaß** veröffentlicht, nach dem die Fabrikationssteuer auf Alkohol um 70 Lire für den Hektoliter erhöht wird.

Oesterreich-Ungarn.

Das argentinische Goulasch und die ungarischen Agrarier.

Man schreibt uns aus Budapest: Die immer mehr um sich greifende Bewegung gegen die Fleischnot zwang bekanntlich die österreichische Regierung zum Eingreifen. Sie wollte die Not durch Fleischeinfuhr aus Argentinien lindern. Wiewohl dies eine unzulängliche Maßregel ist, so wurde sie doch von der Bevölkerung als eine kleine Abschlagszahlung freudig aufgenommen. Indessen stellt sich jetzt heraus, daß man die Rechnung ohne den Wirt, d. h. ohne den Bund der ungarischen Landwirte, gemacht hat. Nach den bestehenden Gesetzen bildet Oesterreich mit Ungarn ein gemeinsames Zollgebiet, die Regelung der handelspolitischen Beziehungen zum Auslande ist eine sogenannte gemeinsame Angelegenheit; die österreichische Regierung hat also nicht das Recht, die Fleischeinfuhr zu erlauben, sie muß dazu die Zustimmung der ungarischen Regierung einholen. Die ungarischen Agrarier wollen nun verhindern, daß eine solche erfolgt. Kaum war die Nachricht über die Pläne der österreichischen Regierung verbreitet, so bliesen die Agrarier in ihrer Presse Sturm dagegen, und auf der Generalversammlung des Landwirtebundes, die Anfang voriger Woche stattfand, nahmen sie gegen die Fleischeinfuhr auch korporativ Stellung. „Wir werden dafür sorgen, daß unsre Herren Nachbarn sich nicht den Magen verderben an dem argentinischen Fleisch!" — rief der Referent über diesen Punkt aus, und ohne viel um die Sache herumzureden, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, wonach die ungarische Regierung aufgefordert wird, mit der österreichischen Regierung **nicht einmal in Verhandlungen zu treten.**

Berücksichtigt man die große Macht, über die die ungarischen Agrarier der Regierung gegenüber verfügen, so wäre man geneigt, anzunehmen, daß sich an argentinischem Fleisch in Oesterreich wirklich niemand den Magen verderben wird. Es gibt aber in der Monarchie noch andre Machtfaktoren als die ungarischen Agrarier, und wenn die österreichische Regierung, gestützt auf eine Massenbewegung, auf ihren Plänen bestehen bleibt, so werden auch die Agrarier mit sich reden lassen, schon deshalb, weil ihnen durch die Einfuhr gefrorenen Fleisches gar keine allzu große Konkurrenz entstehen kann.

Niederlande.

Die Amsterdamer Wahlrechtsdemonstration.

Der Genosse Ankersmit, Redakteur von Het Volk, schickt uns mit der Bitte um Abdruck folgende Berichtigung:

Die Mitteilung, welche die Leipziger Volkszeitung des 21. September bringt zur großartigen Amsterdamer Wahlrechtsdemonstration bedarf in einigen Punkten der Berichtigung. Ihr Korrespondent teilt mit, daß „die Leitung der S. D. A. P. jeden marxistischen Redner aus ihren Reihen und gewohnheitsmäßig auch Redner der S. D. P. ausgeschlossen hatte". Wahrheit ist, daß von den sieben Rednern zwei sich der in engerem Sinne marxistischen Richtung zurechnen, nämlich der Genosse Henri Polak und die Genossin Helena Ankersmit, während die „Ausschließung" S. D. P.scher Redner sich wohl aus der Tatsache erklärt, daß diese Partei bei den Wahlen nur 542 Stimmen erzielte, die S. D. A. P. aber 82 703. Die Mitteilung Ihres Korrespondenten, „selbst Genosse Troelstra erwähnte als schärfstes Mittel (zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechts) den Massenstreik", macht den Eindruck, als sei dies eine Neuerung in Troelstras Auftreten. Wahrheit ist aber, daß Troelstra schon vor einigen Jahren dies „schärfste" Mittel" zu diesem Zwecke erwähnt hat, und er sogar der erste war, der dies in Holland tat.

Finnland.

Im Kampfe um die Autonomie.

Helsingfors, 24. September. Der Landtag beschloß in der gestrigen Abendsitzung, dem Kaiser die Erklärung zu unterbreiten, der Landtag könne auf Grund der vom Talman angeführten Bedenken an eine Beratung über die vorgelegten Fragen nicht herantreten.

Der jungägyptische Kongreß.

Brüssel, 24. September. Der Kongreß der national-ägyptischen Partei ist heute geschlossen worden, nachdem in Resolutionen die Wünsche der Jungägypter, die auf die Unabhängigkeit des Landes und seine Räumung durch die Engländer hinzielen, einstimmig angenommen worden waren.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Die Nationalliberalen auf dem Kriegspfade.

Der Ausschuß des nationalliberalen Landesvereins hielt am Sonntag eine Sitzung in Dresden ab, auf der der Kriegsplan für die nächste Zeit beraten wurde. Am Abend vorher hielt der nationalliberale Reichsverein eine öffentliche Versammlung ab, in der Dr. Heinze, nachdem er dem Ersuchen, die „Bürde einer Reichstagskandidatur wieder auf sich zu nehmen", entsprochen hatte, über die politische Lage berichtete. Nach seinen Ausführungen gibt es keine politischen Richtlinien mehr. Die Politik zerteilt sich nach Königreichen, Landesteilen und Städten. Es sei fast ein Kampf aller gegen alle. Der Gedanke an ein Zwei-Partei-System, hier schwarzblauer Block, dort Block von Bebel bis Bassermann, sei entschieden zurückzuweisen. Wenn die Nationalliberalen praktische Politik machen wollten, müßten sie gar oft mit den Konservativen zusammengehen. Emphatisch versicherte Herr Dr. Heinze, daß die Nationalliberalen nicht nach links abgeschwenkt seien. Davon hat natürlich noch kein Mensch etwas bemerkt. Diese Feststellung war deshalb außerordentlich überflüssig. Selbstverständlich blies Dr. Heinze mit vollen Backen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie, was nicht minder überflüssig war, da man von den Nationalliberalen weiß, daß sie sich lieber mit Haut und Haaren den konservativen Teufeln verschreiben, ehe sie dafür zu haben wären, durch ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie der agrarischen Politik des Junkertums die Spitze zu bieten. Nachdem Dr. Heinze ein Loblied auf Seine längliche Unzulänglichkeit den Reichskanzler Bethmann, von dem er sagte, daß er zu Unrecht angefeindet werde, und daß von einem Gegensatze der nationalliberalen Partei zu dem langen Theobald keine Rede sein könne, gesungen hatte, gab er am Schlusse die Parole aus, den Wahlkampf getrennt von den Konservativen, aber doch immer so zu führen, daß keine unüberwindliche Verstimmung eintrete. Es müsse im Auge behalten werden, daß Sachsen auf keinen Fall wieder das rote Königreich werden dürfe. In dieselbe Kerbe schlug dann der Vortänzer der nationalliberalen Landtagsfraktion, Landgerichtsdirektor Hettner. Er stimmte seinem Kollegen von der Justiz darin bei, daß der Kampf in erster Linie gegen die Sozialdemokratie zu führen sei. Aber in den Mitteln, mit denen dieser Kampf geführt werde, darüber müsse man sich klar sein, wichen die Nationalliberalen erheblich von den Konservativen ab, denn diese wollten die Sozialdemokraten selbst bekämpfen, während die Nationalliberalen durch Beseitigung der Ursachen der Unzufriedenheit ihr den Boden abgraben wollten. Für eine Politik der Sammlung seien sie wohl zu haben, aber sie müsse sich auf der einzig möglichen mittleren Linie bewegen. Wie diese mittlere Linie aussieht, haben wir namentlich bei der Reichsfinanzreform gesehen, wo die Nationalliberalen die Konservativen zum Teil noch übertrumpft haben. Wie sehr sie durch ihre Steuerpolitik der Unzufriedenheit den Boden abgegraben haben, hat sich bei den letzten Reichstagsersatzwahlen gezeigt. Und im Lande wo die Nationalliberalen durch das Pluralwahlgesetz in gleicher Weise zur Hebung der Zufriedenheit beigetragen haben, werden wohl die bevorstehenden Ersatzwahlen zum Landtage ein ähnliches Bild bieten.

Die Landesausschußsitzung wurde mit einem Possenstück eingeleitet. Beim Bericht über die inneren sächsischen Parteiangelegenheiten fand auch der Ausschluß Langhammers Erwähnung. Hierzu sprachen aus Chemnitz Rechtsanwalt Freigang für den alten Chemnitzer Verein und Professor Dr. Wend für die neugegründete Ortsgruppe des Nationalliberalen Landesvereins. Beide **drückten unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Zuversicht aus, daß sich in Bälde ein Weg zu gedeihlicher politischer Arbeit finden lassen werde.** Herr Nitzschke aus Leutzsch, der „verdiente" Abgeordnete für den 12. städtischen Wahlkreis, vielleicht der ärgste Wichtigtuer der nationalliberalen Partei, gab seiner Genugtuung über diese Aussicht Ausdruck. Man ist also auf dem Wege zur Einigung. Danach muß man annehmen, daß entweder der alte Chemnitzer Verein bereit ist, Langhammer fallen zu lassen, oder daß die Nationalliberalen im Begriffe sind, Herrn Langhammer wieder in Gnaden aufzunehmen. Da sich die Sache „in Bälde" klären soll, wird man ja wohl in nicht zu langer Zeit von dem Abschluß der nationalliberalen Tragikomödie der Langhammer-Affäre hören.

Nach diesem Intermezzo sprach Dr. Stresemann, der geniale Mandatspolitiker, über die politische Lage im Hinblick auf den nationalliberalen Parteitag in Kassel und die Reichstagswahlen. Auch diesem Redner bot die politische Lage ein Bild völliger Trostlosigkeit. Im Gegensatze jedoch zu Dr. Heinze war er mit dem Reichskanzler nicht zufrieden. Die Taktik des Herrn Theobald sei nicht geeignet, den Kampf der Parteien zu beenden. Also die Sehnsucht nach dem starken Mann, der, wie dieser Tage das Leipziger Tageblatt ausführte, die nötige nationale Begeisterung zur Ueberbrückung der politischen Gegensätze hervorzuzaubern vermag. Zu solchem faulen Zauber gehört jedoch nicht nur ein starker Mann, sondern auch Wähler, die darauf reinfallen. Nach dem Hottentottenzauber, muß man diese aber mit der Laterne suchen. Im übrigen war der Vortrag Dr. Stresemanns auf denselben Ton gestimmt, wie der Dr. Heinzes am Tage vorher: Errichtung einer starken Scheidewand gegen die Sozialdemokratie hin, selbständiges Vorgehen gegenüber den Konservativen, aber doch in Formen, die das schließliche Zusammengehen mit den Konservativen nicht ausschließen. Die Farce schloß mit der einstimmigen Annahme folgender vom Vorstande des Landesvereins vorgeschlagenen Resolution:

Der Landesausschuß der nationalliberalen Partei in Sachsen spricht nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann über die politische Lage sein **volles Vertrauen zu der seitherigen Führung unter Bassermann aus** und ist einig in dem Verlangen, daß die nationalliberale Partei auch ihre weitere Politik, unbeirrt durch die widrigen Zeitumstände, die herbeigeführt zu haben nicht ihre Schuld ist, **gründen möge auf der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Partei.**

Der Landesausschuß weist die Gerüchte von der Absicht einer Rechtsschwenkung der sächsischen Landespolitik ebenso entschieden zurück wie die Behauptung, daß in der Kampfstellung zur Sozialdemokratie eine Aenderung eingetreten sei oder eintreten werde.

Die Sozialdemokratie hat natürlich auch ohne diese Resolution gewußt, woran sie mit den Nationalliberalen ist. Mögen die bürgerlichen Parteien bei den nächsten Reichstagswahlen getrennt oder vereint gegen die Sozialdemokratie marschieren, die Sozialdemokratie wird sie, wie sie es wünschen, getrennt oder vereint schlagen und das rote Königreich wieder aufrichten!

Militärische Bevormundung der Lehrer!

In einem Streik der Lehrer ist es an der Kapitulantenschule des 103. Infanterieregiments in Bautzen gekommen. Der Unterricht wird hier von ordentlichen Lehrern erteilt. Wie der unerträgliche Druck überall dazu angetan ist, den Bogen zum Zerreißen zu bringen, so auch hier. Die an der Schule unterrichtenden Lehrer sind seit dem vorigen Jahre einem schier unerträglichen Druck ausgesetzt. Auf Grund von Bestimmungen, die im vorigen Jahre erlassen wurden, wurde über die Lehrer eine vierfache Beaufsichtigung eingesetzt. Ein Schulausschuß für den Kapitulantenunterricht wurde gebildet und zwar aus einem Oberstleutnant, einem Oberleutnant, dem Bezirksschulinspektor und dem Schuldirektor. Daß nur einigermaßen auf die Würde ihres Amtes haltende Lehrer sich eine derartige Beaufsichtigung nicht lange gefallen lassen würden, war zu erwarten. Und die Maßnahmen dieses sogenannten Schulausschusses taten das Uebrige. Die recht eigentümlichen Anordnungen fanden in erster Linie darin Ausdruck, daß man drei seit fünf Jahren mit Erfolg an der Schule tätigen Lehrern den Stuhl vor die Türe setzte. Man ließ sie in diesem Jahre einfach nicht mehr zum Schulunterricht zu, obschon ihnen in jedem Jahre am Schuljahrsschluß durch den Unterrichtsleiter, den Stabsoffizier, die Anerkennung und der Dank des Regiments ausgesprochen wurde. Für die pädagogische Befähigung der Lehrer bildet das ja nicht gerade einen maßgebenden Gradmesser. Es ist aber zur Beurteilung der jetzigen rätselhaften Maßnahmen wesentlich. Im vorigen Jahre hat man bereits einen Lehrer so behandelt, wie in diesem Jahre diese drei. Was aber im vorigen Jahre der vereinzelte Fall nicht vermochte, das brachten jetzt die drei Fälle fertig. Man fand es nicht einmal für nötig, die Lehrer vorher zu verständigen. Darum kann es auch nicht verwunderlich erscheinen, wenn eine an die Unterrichtsverwaltung gerichtete Eingabe der Lehrer um Beseitigung der vierfachen Schulaufsicht nicht beantwortet wurde, obschon sie bereits im März v. J. eingereicht wurde. Das alles hat nun bewirkt, daß sämtliche an der Schule unterrichtenden Lehrer ihre Tätigkeit einstellten.

Der Unterricht, der die Befähigung zum Unteroffizier verschaffen soll, wird den Kapitulanten nun wahrscheinlich durch den Unteroffizier selbst eingetrichtert werden.

Schwierigkeiten bei der Feuerbestattung.

In der Zittauer Morgenzeitung lesen wir:

„Wir sind zwar in Sachsen glücklich soweit, daß das Recht zur Leichenveräscherung gesetzlich gewährleistet ist, aber dieses Gesetz ist keineswegs derart beschaffen, daß man behaupten könnte, es erleichtere die Feuerbestattung oder stelle die letztere auch nur der Erdbestattung gleich. Aus allen seinen Paragraphen geht vielmehr hervor, daß man einer allgemeinen Einführung dieses Bestattungssystems nach Möglichkeit vorbeugen will. Als Beweis dafür, daß die Feuerbestattung tatsächlich durch die Herbeiforderung überflüssiger Bescheinigungen erschwert und auch nach der finanziellen Seite hin außerordentlich belastet wird, diene folgender neue Fall: Ein nervenkranker Breslauer Kaufmann hatte kürzlich der Polizei in Zittau mitgeteilt, daß er hierher kommen werde, um Selbstmord zu begehen. Er hatte in dem Briefe neben andern letzten Wünschen geäußert, daß er **im Zittauer Krematorium eingeäschert werden wolle.** Wäre nun bei dem Manne eine Erdbestattung in Frage gekommen, so hätte weiter nichts wie eine Bescheinigung über das Ergebnis der polizeilichen Aufhebung beigebracht werden müssen. Für die Feuerbestattung war ungleich mehr nötig, denn das Feuerbestattungsgesetz verlangt bei einer Einäscherung, wenn kein behandelnder Arzt da ist, das **Zeugnis zweier beamteter Aerzte** über die Todesursache. Ob der Fall völlig klar liegt, wie der vorliegende, oder nicht, darauf nimmt das Gesetz keinerlei Rücksicht; es verlangt eben unbedingt das — natürlich mit entsprechenden Kosten verbundene — Zeugnis zweier beamteter Aerzte! Nun hätte das Zittauer Polizeiamt in diesem Falle neben dem Zeugnis des Bezirksarztes Dr. v. Mücke wohl sicherlich das Zeugnis des Stadt- und Polizeiarztes Dr. Schönborn gelten lassen, aber Herr Dr. v. Mücke bestand unweigerlich darauf, daß noch ein zweiter Bezirksarzt zugezogen werde. Er bestellte schließlich eigenmächtig den Bezirksarzt aus Löbau, mit dem er dann gemeinschaftlich **den Tod des schon stark in Verwesung übergegangenen Kaufmanns feststellte!** Für ihre Bemühungen, Reisespesen usw. **erhoben die beiden Bezirksärzte dann eine Gebühr von zusammen über 50 Mark!** Man bedenke nur: mit über 50 Mark wurde hier eine Bestattung durch Ausführung einer an sich zweifellos gänzlich überflüssigen, sich auf ein völlig unzureichendes Gesetz stützenden Vorschrift belastet. Darf man sich darüber wundern, daß die Angehörigen des Dahingeschiedenen über derartige direkt unfaßbare und sie überdies mit erheblichen Ausgaben belastenden Bestimmungen lebhaften Unwillen bekundeten?"

Eine Revision des Gesetzes über die Feuerbestattung, so neu es auch noch ist, tut dringend not.

Arbeitslosenzählung.

In verschiedenen Gemeinderäten wurde bekanntgegeben, daß einer Verordnung des Ministeriums des Innern zufolge am 12. Oktober in ganz Sachsen eine Arbeitslosenzählung vorgenommen werden soll. Diese Maßnahme ist auf den sozialdemokratischen Initiativantrag zurückzuführen, der die Förderung der Arbeitslosenfürsorge durch den Staat forderte.

Im 8. Reichstagswahlkreis Pirna-Sebnitz ist von nationalliberaler Seite der Syndikus des Bundes der Industriellen in Berlin, Dr. R. Schneider, als Kandidat ins Auge gefaßt worden. Dr. Schneider war während seiner Studentenzeit in Leipzig sozialistisch angehaucht. In Dresden war er später Sekretär der Handelskammer, später Assessor im statistischen Landesamte, von wo aus er sich dem Bunde der Industriellen als Geschäftsleiter verschrieb. Dr. Schneider hat sich allmählich zum extremsten Scharfmacherstandpunkt „durch"entwickelt. Solche Leute können die Nationalliberalen brauchen.

Die Konservativen wollen in dem Wahlkreise, der gegenwärtig von dem Reformer Hanisch vertreten wird, den Landtagsabgeordneten Dr. Böhme, einen Reichsverbandshäuptling, aufstellen. An die Werbekraft der Reformer scheinen danach auch die Konservativen nicht mehr zu glauben.

* * *

Hohenstein-Ernstthal. Bedeutende Wasserwerkserweiterungen läßt gegenwärtig unsere Stadt mit einem Kostenaufwand von einigen Hunderttausend Mark ausführen. Die neuen Quellengebiete liegen in Bernsdorf i. E. Von da aus läuft das Wasser nach dem Hüttengrund in einen Hochbehälter und wird mittels Maschinen nach einem zweiten Hochbehälter im oberen Stadtteil, von hier aus nach einem dritten Hochbehälter auf dem Pfaffenberge mittels Pumpwerks geleitet. Da der Pfaffenberg hoch über der Stadt liegt, können von hier aus alle Stadtteile mit Wasser versorgt werden.

Auerbach. Ein zeitgemäßes Verbot hat die Amtshauptmannschaft erlassen, indem sie die Anbringung von Stacheldraht an öffentlichen Wegen und Straßen, sofern dieser nicht wieder durch glatten Draht eingedeckt und geschützt ist, bei Strafandrohung untersagt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Das Schwurgericht Dresden verhandelte gegen den Handarbeiter Heinrich Artur Härtel wegen **versuchten Mordes.** Der am 25. September 1888 in Ottendorf bei Pirna geborene, bisher unbestrafte Angeklagte ist beschuldigt, während der Nacht zum 27. März d. J. in Liebenau die Dienstmagd Mühle vorsätzlich zu töten versucht zu haben. Beide unterhielten zusammen ein Liebsverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Da Härtel keine Lust hatte, Alimente zu zahlen, faßte er den Plan, das Mädchen umzubringen und zwar wollte er es im Stalle aufhängen. Als der Angeklagte während jener Nacht die Mühle aus ihrer Schlafkammer herunterrief und mit dem Mädchen zusammen in den Stall ging, umarmte er es, drückte es an sich und legte ihm hierbei die Schlinge um den Hals. Die Mühle hatte in der Dunkelheit den Strick nicht gesehen, als sie ihn jedoch am Halse merkte, schrie sie laut auf, worauf der Angeklagte die Flucht ergriff. Das Urteil gegen Härtel lautete wegen versuchten Mordes auf 5 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehrenrechtsverlust. — Der von seiner Arbeit heimkehrende Arbeiter Kohlas aus Laubegast stürzte rückwärts vom Wagen, auf den er unterwegs gestiegen war. In bewußtlosem Zustande wurde er in das Johanniterhaus zu Heidenau gebracht, wo er an **schwerer Gehirnerschütterung** starb. Kohlas hinterläßt eine Frau und 4 kleine Kinder. — Am Grabe seiner Mutter in Pleißa bei Limbach **erschoß** sich der Gastwirt Aurich aus Freiberg. Aurich war, wie bereits gemeldet, aus Freiberg flüchtig geworden, weil er sich Verfehlungen gegen § 175 des Reichsstrafgesetzbuchs hatte zuschulden kommen lassen und deshalb verhaftet werden sollte.

Aus den Nachbargebieten.

Wer das Offizierkorps beleidigt, gehört ins Irrenhaus!

Vor dem Schöffengericht in Weimar nahm der seit längerer Zeit gegen den 60 Jahre alten Professor Lehmann-Hohenberg geführte Prozeß wegen verleumderischer Beleidigung des preußischen Offizierkorps und des Sachverständigen des preußischen Kriegsministeriums im Dortmunder Hilger-Prozeß, Obersten Bischer, am Freitag einen geradezu empörenden Verlauf. Der Angeklagte war früher Professor in Bonn, Breslau und Kiel. Wegen einer freimütigen, abfälligen Kritik des damaligen preußischen Kriegsministers v. Goßler wurde er seines Amtes entsetzt, behielt aber den Professorentitel und bekam den höchsten Pensionssatz zugebilligt. Seit 1904 lebte er in Weimar. In Rede und Schrift ist er wiederholt gegen Unrecht, das seiner Ansicht nach begangen wurde, eingetreten. Seinen Bemühungen ist es u. a. gelungen, dem Schuldirektor Dr. Heine in Saalfeld zu seinem Rechte zu verhelfen. Dieser Mann war auf das Gutachten des Professors Dr. Binswanger in Jena wegen angeblichen Querulantenwahnsinns hin entmündigt worden. Nach fünfjährigem zähen Kampfe wurde die Entmündigung als unberechtigt aufgehoben. Dr. Heine wirkt jetzt als Schuldirektor in Meiningen.

Vor dem Schöffengericht Weimar war jetzt ein Artikel, den der Angeklagte verfaßt hat, inkriminiert, in dem es u. a. heißt: **„Heute kann man im Amte bleiben oder als Offizier kommandieren, selbst wenn man als Halunke oder Meineidiger gebrandmarkt worden ist. Das ist keine Uebertreibung, sondern Tatsache, die bewiesen werden kann."** Zum Beweise seiner Behauptung hatte der Angeklagte, der durch den Rechtsanwalt Dr. v. Pannewitz verteidigt wurde, eine große Anzahl von Zeugen geladen. Ferner hatte der Angeklagte eine große Reihe von Sachverständigen angeführt, die die Behauptung, er sei geisteskrank, als völlig unhaltbar darlegen würden. Der großherzogliche Kreisarzt Dr. Rüdel-Weimar hat bereits bekundet, daß **der geistige Zustand des Angeklagten nicht zweifelhaft sein könne.** Professor Dr. Binswanger, gegen den der Angeklagte erfolgreich schwere Kämpfe geführt hatte, war vom Gericht früher als Sachverständiger geladen. Der Angeklagte hat mit Erfolg gegen ihn geltend gemacht, daß er befangen sei. Daraufhin hat das Gericht den Assistenzarzt des Professors Dr. Binswanger, Dr. Berger-Jena, als Sachverständigen geladen. Dieser hat zu den Akten Verdacht dahin geäußert, Angeklagter leide an — Querulantenwahnsinn. Der Angeklagte und sein Verteidiger lehnten in der Verhandlung diesen Herrn als Sachverständigen ab, da er in allernächsten Beziehungen zu Professor Binswanger als Assistenzarzt stehe. Sie beantragten, unbefangene Sachverständige, die sie namhaft machten, darunter Aerzte, die den Angeklagten seit Jahrzehnten kennen und als Psychiater hervorragenden Ruf genießen, zu vernehmen. Das **Gericht lehnte jedoch diese Anträge ab.** Dr. Berger erklärte, zur Abgabe eines Gutachtens sei längere Beobachtung und eine körperliche Untersuchung des Angeklagten erforderlich. **Der Angeklagte lehnte ab, von diesem Sachverständigen sich körperlich untersuchen zu lassen.** Der Verteidiger protestierte auf das lebhafteste dagegen, daß statt unparteiische Sachverständige dieser Dr. Berger die Untersuchung übernehmen solle. Dr. Berger beantragte, zur Vorbereitung seines Gutachtens **den Angeschuldigten in eine öffentliche Irrenanstalt zu bringen.** Nach § 81 der Strafprozeßordnung ist eine Unterbringung bis auf die Dauer von sechs Wochen zulässig. Der Verteidiger legte dar, **daß ihm in seiner langen Praxis ein ähnlicher Antrag unter solchen Umständen nicht vorgekommen ist,** protestierte auf das eindringlichste gegen solche Maßnahme und verlangte wiederholt, daß andre hervorragende Psychiater vernommen werden, zu deren Gutachten eine Beobachtung in der Irrenanstalt nicht erforderlich ist. Der Angeklagte erklärte, daß er freiwillig zur Beobachtung seines Geisteszustandes durch diesen Sachverständigen sich nicht in eine Anstalt begeben werde. **Trotz alledem lehnte das Gericht alle Anträge auf Vernehmung andrer Sachverständigen ab und beschloß, die Internierung des Angeklagten in einer öffentlichen Anstalt zwecks Beobachtung seines Geisteszustandes durch Dr. Berger.** Gegen den Beschluß hat der Verteidiger sofort Beschwerde eingelegt.

Der Gerichtsbeschluß ist geradezu unbegreiflich. Weshalb verlangt das Gericht, daß von den tausenden vorhandenen psychiatrischen Gutachten just gerade der Assistenzarzt des Professors als Gutachter über den angeblichen Querulantenwahnsinn des Angeklagten vernommen werde, mit dem der Angeklagte fünf Jahre lang in zähem Kampfe gelegen hat? Und das, wiewohl der Kampf damit geendet hat, daß das von der Jenaer Anstalt gegen den Schuldirektor Heine wegen angeblichen Querulantenwahnsinns ausgestellte Gutachten als völlig unhaltbar erklärt ist?

Zugunsten des Professors Lehmann hat eine Reihe hervorragender Aerzte und Professoren Kundgebungen veröffentlicht, so Professor Dr. Haeckel-Jena, Professor Dr. Ostwald-Leipzig, Geheimer Sanitätsrat Dr. Küster-Berlin, Sanitätsrat Dr. Billinger-Langenöls, Dr. Bösser-Weimar. Sie bezeugen sämtlich, daß Professor Lehmann eine **ehrwürdige Persönlichkeit ist, der mit größter Uneigennützigkeit und Opferfähigkeit nach Wahrheit und Recht strebt, sowie daß auch nicht die Spur von einer Geistesschwäche oder Geisteskrankheit bei ihm vorliege.**

Der Fall zeigt, wie absolut notwendig scharfe gesetzliche Kautelen gegen unberechtigte Unterbringung in ein Irrenhaus sind. Das Verfahren des Amtsgerichts [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wie das des Assistenzarztes Dr. Berger für jeden völlig unverständlich, der nicht von der Ansicht ausgeht: wer nach Behauptung des Kriegsministers das Offizierkorps beleidigt, muß verrückt sein. Ein beschämender Rechtszustand für Deutschland.

Die Trauben hängen zu hoch!

Zu den mandatsmüde gewordenen freisinnigen Abgeordneten gehört auch der Vertreter von Sonneberg, Abg. Enders. Er will kein Mandat zum Reichstag wieder annehmen. Wenn er diesen löblichen Wunsch nicht hätte, dann müßte er sich freilich nach einem andern Wahlkreis umsehen, denn der Sieg in Sonneberg ist der Sozialdemokratie bei den kommenden Wahlen unter allen Umständen sicher.

Brüx i. B. Durch hereinbrechende Kohle wurde der Bergarbeiter J. Dudy im Alexanderschacht bis zu den Hüften verschüttet. Schwer verletzt, aber bei voller Besinnung, sah er längere Zeit den Tod vor sich, ohne ihm entrinnen zu können. Keiner seiner Kameraden konnte ihm helfen. Stück um Stück fiel von der Decke herab. Dies mußte der unglückliche Mann längere Zeit in Todesangst ansehen, bis eine größere Kohlenmasse sich loslöste und ihn völlig begrub. Die Leiche konnte erst später geborgen werden.

Mühlhausen i. Th. Die Strafkammer verurteilte den Genossen Haase vom dortigen Volksblatt zu 6 Wochen Gefängnis, weil durch eine Korrespondenz aus Langensalza zwei dortige Schutzleute angeblich beleidigt worden waren. Es handelte sich um einen Vorgang aus der Zeit der Bauarbeiteraussperrung, wobei sich die Schutzleute als Hüter von Arbeitswilligen betätigt hatten. Die Höhe des Urteils wurde damit begründet, daß es die Tendenz (!) unsres Parteiblattes sei, die Autorität der Polizei zu untergraben; diese Autorität aber müsse geschützt werden.

Jena. Umfangreiche Milchpantschereien sind durch Untersuchungen im hiesigen Nahrungsmittelunterfuchungsamt aufgedeckt worden. Von fünfzehn Milchproben, die aus Kahla dem Untersuchungsamt übermittelt wurden, sind sechs Proben beanstandet worden. In zwei Fällen wurde keiner Mist gefunden, in vier Fällen war die Milch beträchtlich mit Wasser verfälscht. Eine Probe enthielt 17, eine andre sogar 25 Prozent Wasser. Die Untersuchungsergebnisse werden in Kahla gemäß einem Stadtverordnetenbeschluß mit Nennung der Namen der Milchlieferanten öffentlich bekannt gegeben.

Ein reichsverbändlerischer Verleumder.

(Schluß.)

Staatsanwalt Dr. Kunze betont, daß, selbst vom Standpunkt des Angeklagten aus betrachtet, dem Abg. Heldt der Vorwurf der Feigheit gemacht wird. Die Anklage aber steht auch auf dem Standpunkte, daß dem Abg. Heldt vom Angeklagten unterstellt worden sei, er habe einen Beamten zu pflichtwidrigem Verhalten bewegen wollen. Der Staatsanwalt beantragt die Bestrafung des Angeklagten und hebt hervor, daß der Angeklagte sich der Erklärung des Landtagspräsidenten hätte anpassen müssen. Den Wahrheitsbeweis habe der Angeklagte nicht erbracht.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Es legte lediglich Gewicht auf die Aussagen des Hilfsstenographen Dr. Thieme, nach dessen Behauptung ihm gegenüber Dr. Heldt den Zwischenruf bestritten haben soll. Darin erblickte das Gericht tatsächlich einen Versuch, die Streichung des Zwischenrufes zu erwirken. Die entgegenstehenden Aussagen Heldts und der andern Zeugen sowie die im Landtage bekannt gegebenen Erklärungen der Leiter des stenographischen Landesamtes ließ das Gericht unberücksichtigt.

*

Wir werden auf die Angelegenheit noch ausführlicher zurückkommen.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Hat Graf Zeppelin sein Luftschiff selbst erfunden? Die Antwort auf diese Frage wird jeder mit Ja beantworten. Der Mechaniker und Uhrmacher Oskar Lange ist jedoch anderer Meinung; er hält sich selbst für den Erfinder und versuchte durch Zuschriften an den Grafen und seine Tochter den ersteren zur Anerkennung seiner Rechte zu veranlassen. Er nannte daher Zeppelin den größten Spitzbuben des Jahrhunderts, der seine Erfindung nachgeahmt habe. Das Landgericht Stuttgart hat am 1. März d. J. Lange wegen Beleidigung des Grafen und wegen versuchter Nötigung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Lange, der 70 Jahre alt ist, hat ein Gewehr erfunden und Wilhelm II. vorgeführt. Er hat auch 1898 ein Patent auf sein lenkbares Luftschiff genommen, aber es 1900 verfallen lassen, da er die Gebühren nicht bezahlte. Er ist der Meinung, daß Graf Zeppelin sein Luftschiff nachgeahmt habe, da es kaum glaubhaft sei, daß zwei Personen zugleich drei erfinderische Gedanken für technische Einzelheiten haben können. Das Gericht ist mit dem Sachverständigen, Professor Hergesell, der Ansicht, daß es nicht begreiflich sei, wie jemand, der mit Mechanik vertraut sei, die beiden Systeme für gleich halten könne. Zeppelin habe sein Luftschiff schon 1895 zum Patent angemeldet, der Angeklagte erst 1898. Der Angeklagte will nun die Absicht gehabt haben, sich seine Priorität zu sichern; das Gericht hat außer Beleidigung nur versuchte Nötigung, nicht aber versuchte Erpressung angenommen. — Die Revision des Angeklagten, der persönlich erschienen war, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. Aber auch die Revision des Staatsanwalts, der den Angeklagten wegen versuchter Erpressung verurteilt wissen wollte, wurde verworfen.

Landgericht.

Eine Anzahl Gelegenheitsdiebstähle führten die noch in jüngeren Jahren stehenden Arbeiter Fritzsche, Dumeier und Heine aus. Der Rädelsführer von ihnen war Fritzsche. Sie stahlen in Leipzig und Halle sieben Fahrräder von Höfen und Hausfluren; auf den Bahnhöfen nahmen sie reisenden Frauen zwei Pappkartons mit Wäsche weg; ferner stahlen sie einen Rucksack und einen Stock. Das Landgericht verurteilte Fritzsche unter Einrechnung einer bereits ihm zuerkannten anderweiten Strafe auf vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust; gegen Dumeier wurde auf acht Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust, gegen Heine auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust erkannt.

Unzucht mit Kindern. Wegen Verbrechens gegen § 176, 3 des Strafgesetzbuches wurde der 55 Jahre alte Invalid Max Laue aus Volkmarsdorf zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. — Wegen des gleichen Verbrechens hat der 50 Jahre alte Arbeiter Paul Graul aus Stötteritz, der wegen Verbrechen gleicher Art schon zweimal bestraft ist, zwei Jahre Zuchthaus zu verbüßen. Die Ehrenrechte wurden ihm auf zehn Jahre aberkannt.

Nicht weniger als 17 Diebstähle, darunter auch einige schwere Einbrüche, hat der Maurer Friedrich Franz Köhler in Burgberg bei Grimma, der Vater von acht Kindern ist, begangen. Dringende Not hat den Mann nicht zu den Diebstählen getrieben. Er leugnete übrigens alles ab, obwohl ein großer Teil der gestohlenen Sachen, sowie auch Einbrecherwerkzeuge bei ihm gefunden worden sind. Die Diebstähle führte er sämtlich in der Umgegend Grimmas aus, so u. a. in Hohenstein, Böhlen, Bahren, Golzern, Burgberg und in Grimma selbst. Am 27. Juni wurde er bei einem Diebstahl in Burgberg erwischt. Besonders wertvolle Gegenstände waren dem K. jedoch nicht in die Hände gefallen. Er wurde zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Seine Frau, die in einem Fall der Hehlerei für schuldig befunden wurde, bekam einen Tag Gefängnis.

Rückfallsdiebin. Vor kurzer Zeit erst hatte die 26 Jahre alte Arbeiterin Anna Fiederer nach dreijähriger Gefängnisstrafe die Freiheit wieder erlangt, als sie schon wieder mit den Eigentumsgesetzen in Konflikt geriet. Sie mietete sich bei zwei Frauen ein und stahl bei diesen Gelegenheiten Kleidungsstücke, eine Uhr und andere Dinge. Sie wurde „zur Besserung" abermals auf 2½ Jahre ins Gefängnis geschickt. Außerdem wurden ihr die Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt.

Schöffengericht.

Mißhandlung der Ehefrau. Der Bilfettler Paul Schiemenz hat seine Ehefrau aus grundloser Eifersucht mit dem Stocke über Kopf und Gesicht so brutal geschlagen, daß der Frau das Blut aus Mund und Nase floß. Das Schöffengericht diktierte dem eifersüchtigen Gatten zur Abkühlung zwei Monate Gefängnis zu.

Nachwehen vom Fensterputzerstreik. Während des Ausstandes der Fensterputzer nahmen zwei Streikende einem Arbeitswilligen eine Leiter weg und schleppten sie ins Streiklokal. Die Fensterputzer P. u. L. waren so töricht, die Leiter zu zersägen, weshalb sie sich wegen Sachbeschädigung vor dem Schöffengericht zu verantworten hatten. Sie wurden zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Einen schweren Konflikt mit seiner Haushälterin, Frl. R., hatte der seit sechs Jahren wegen Herz- und Nervenleidens pensionierte Eisenbahnbeamte W. Er war mit der R. unzufrieden, sie soll insbesondere die Kinder nicht ordentlich gepflegt haben. Eines Tages kam es zwischen den beiden derartig zum Streit, daß W. auf die R. so heftig mit einem Besenstiel einhieb, daß er zerbrach. Außerdem hat er das Mädchen noch zweimal hingeworfen. Infolge dieser Behandlung war die R. vier Wochen in ärztlicher Behandlung. Unter Berücksichtigung der Umstände und seines krankhaften Zustandes kam R. mit 50 Mark Geldstrafe davon.

Versammlungen
im 13. Reichstagswahlkreis.

Der Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf

hielt am 17. September seine Monatsversammlung ab, in der Genosse Schuchardt über: Kaiserreden und Fleischwucher sprach. Nachdem berichteten die Gemeindevertreter der drei Ortschaften über die letzten Gemeinderatssitzungen. Der Rat der Stadt Leipzig hatte u. a. ein Schreiben an den Sommerfelder Gemeinderat gerichtet, worin er sich beschwert, daß die Gemeinde ihre Fußwege am Ratsgute zu hoch gelegt hätte und das Wasser aus den Gutshöfen nicht genügend ablaufen könnte. — Vielleicht legt die Gemeinde die betreffenden Gutshöfe auch noch höher! Die Gemeindevertreter von Engelsdorf gaben bekannt, daß die Absicht bestehe, das bisherige Wahlsystem umzuwandeln und ein Fünfklassenwahlsystem einzuführen. Dadurch würden den unteren Klassen die Rechte noch bedeutend mehr beschnitten werden. Es wurde ferner noch Beschwerde darüber geführt, daß vor dem Neubau des Bauunternehmers Schiebel in der Kurzestraße in Engelsdorf die Lastwagen und Steinhaufen des nachts unbeleuchtet stehen und liegen, so daß sich ein jeder Schaden zufügen kann; hoffentlich wird sobald wie möglich Abhilfe geschaffen. Neuaufnahmen fanden zwei statt. Voraussichtlich findet am 16. Oktober eine Besichtigung des Leipziger Krematoriums statt. Näheres wird noch bekanntgegeben. — Zum Schluß wiesen noch etliche Genossen auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ratsgutsarbeiter und Arbeiterinnen in Sommerfeld hin. Es wäre sehr angebracht, wenn der Rat der Stadt Leipzig sein Augenmerk etwas mehr auf seine Ratsgutspächter richten würde, damit derartige Mißstände beseitigt würden.

Ortsverein Thonberg-Neureudnitz.

Am 17. September sprach Genosse Pinkau über: Stimmungsbilder vom Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen. Seine Ausführungen fanden Beifall. Die Diskussion darüber gestaltete sich lebhaft. Unter Vereinsangelegenheiten wurden die vom Vorstand vorgeschlagenen Veranstaltungen für das nächste Vierteljahr gutgeheißen. In das örtliche Wahlkomitee zur Stadtverordnetenwahl wurden die Genossen Hempel, Dietze, Beschorner und John gewählt.

Ortsverein Böhdorf an der Elster.

In der am 17. September abgehaltenen Monatsversammlung referierte Genosse Seyfert über: Absolutismus und Kaiserreden. Hierauf gab Genosse Bley den Gemeindebericht. Er teilte mit, daß der Ankauf des Kirchenlehns zum Preise von 3000 Mark von der Kreishauptmannschaft wegen angeblich zu niedrigen Kaufgeldes beanstandet worden ist. Gegen diese Beanstandung ist Beschwerde beim Ministerium erhoben worden. Für die Obstanlagen ist ein Höchstgebot von 488 Mark erzielt worden. Der Nutzwert der Wiesen hat einen Gewinn von 40 Mark gebracht. Die Grundstücke des von der Gemeinde gekauften Weberschen Gutes sind durch Kaufvertrag von zwei Käufern erstanden worden, und zwar das eine von Herrn Jakob mit 4100 Mark und das andere von Herrn Schumann mit 6500 Mark. Die abgesteckten Straßen müssen beschleust werden. Die Zeichnungen dazu sind eingereicht. Die übrigen Parzellen sollen verkauft werden. Die Gemeinde ist dem Haftpflichtversicherungsverband beigetreten. Es soll noch eine neue Spritze angeschafft werden. Der Preis soll 1600 bis 1700 Mark betragen. Es soll jedoch erst ein Gutachten eingezogen werden. Dem Tausche von einigen Metern Land zwischen der Gemeinde und Frau Gluthmann ist zugestimmt worden. Eine rege Aussprache fand in der Versammlung über die Leichenhalle statt. Der Gemeindevertreter wurde beauftragt, im Gemeinderat dahin zu wirken, daß die Halle im Sinne der Versammelten umgebaut wird. Zur Erbauung eines Transformatorenhäuschens der Elektrischen Zentrale (Beleuchtung) soll der Gemeindevorstand mit einer Kommission einen geeigneten Platz aussuchen. — Unter Vereinsangelegenheiten und Verschiedenem gab der Vorstand bekannt, daß am 9. Oktober eine Versammlung der Vorstände, der ersten Kassierer und der Revisoren der Ortsvereine im Volkshause stattfindet. Jeder Genosse, welcher noch nicht Sachse ist, hat sich beim Genossen Fischer zu melden. Ferner wurde noch beschlossen, jede Versammlung in dem Vereinskalender der Volkszeitung bekannt zu geben.

Vereine und Versammlungen.

Die Brauerei- und Mühlenarbeiter

hielten am 18. September im Volkshause eine gemeinschaftliche Versammlung ab, in der Kollege Käppler aus Altenburg einen Vortrag über die Anfänge und Entwicklung des Mühlenarbeiter-Verbandes hielt. Wie der Referent einleitend bemerkte, war das Thema gewählt worden, um angesichts der bevorstehenden Verschmelzung sich einander näher zu führen und die Brauerei- [illegible] informieren. Mit dem Wunsche, daß die fernere, gemeinsame Arbeit zum Nutzen beider Organisationen und zum Wohle der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen beitragen möge, schloß der Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Im Namen der beiden Zahlstellenvorstände und Vertrauensleute empfahl Amborn der Versammlung, den zukünftigen, gemeinsamen Vorstand aus vier Brauerei- und zwei Mühlenarbeitern, die Revisoren aus zwei Brauerei- und einem Mühlenarbeiter zusammenzusetzen und den Mühlenarbeitern einen Gruppenleiter zuzusprechen. Die Kartelldelegierten sollten bis zur Neuwahl ihre Posten innehaben. Mit Ausnahme des ersten Vorsitzenden, den die Versammlung ernennt, sollte der Vorstand die Aemter unter sich verteilen. Diese Vorschläge wurden nach längerer Diskussion ohne Widerspruch angenommen. Auf die Einwände mehrerer Kollegen wurde eine Abstimmung darüber vorgenommen, ob die Verteilung der Aemter dem Vorstand zu überlassen sei. Hierfür entschied sich die übergroße Majorität. Ueber die Frage, ob das Amt des ersten Vorsitzenden dem angestellten Beamten zu übertragen sei, entspann sich eine längere Debatte. Die Abstimmung ergab die Wahl Amborns als ersten Vorsitzenden und der Kollegen Wolf, Schöneich, Hanisch, Schubert und Bochtler zu Vorstandsmitgliedern. Zu Revisoren wurden Lutsche, Dreßler und Leuschner gewählt, während Kolleser als Gruppenleiter für die Mühlenarbeiter bestimmt wurde. Mit der Bitte Amborns, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen und für die Stärkung der vereinten Verbände alles einzusetzen, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband geschlossen.

Die Steinarbeiter

hielten am 21. September im Volkshause eine gutbesuchte Versammlung ab. Der Vertrauensmann berichtete über die Situation der Aussperrung. Er betonte, daß im Dresdner Bezirk Verhandlungen mit den Unternehmern eingeleitet sind, aber bis jetzt noch nichts Bestimmtes zu erfahren ist. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 21. September im Volkshause tagende Steinarbeiterversammlung protestiert auf das schärfste gegen die Willkür der hiesigen Unternehmer. Die Unternehmer haben grundlos über hundert Steinarbeiter ausgesperrt, die sich nicht das geringste bewußt sind, was die Unternehmer dazu veranlaßt haben könnte, da keinerlei Forderungen gestellt waren. Die hiesigen Steinarbeiter verpflichten sich, zu agitieren, bis auch der letzte Mann dem Verbande beigetreten ist. Die Steinarbeiter sind nicht gewillt, sich als willenloses Werkzeug der Unternehmer betrachten zu lassen und werden zu gegebener Zeit gleichfalls ihre Maßnahmen treffen."

Soziale Rundschau.

Der christliche Deutsche Metallarbeiter zur Fleischnot. Dieses christliche Gewerkschaftsblatt kann nicht umhin, zuzugestehen, die Fleischnot sei „ein Uebelstand, den alle Volksfreunde tief bedauern müssen". Weiter aber rempelt das Blatt die Hirsch-Dunckerschen an, weil sie „auch ins rote Fleischrummelhorn tuten". Eine Krokodilsträne für die Not des Volkes und Spott und Hohn zugleich für das ernsthafte Bestreben des Volkes, dieser Not abzuhelfen. Christlich!

gt. Die Arbeitslosenversicherung in Bayern. Die bayrische Staatsregierung hat den größeren Gemeinden neuerdings empfohlen, einen praktischen Versuch mit der Arbeitslosenversicherung zu machen. Sie weist dabei darauf hin, daß jetzt eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs begonnen habe und somit die beste Zeit für einen solchen Versuch sei, da die Versicherung Zeit habe, sich einzuleben und finanziell zu kräftigen, bis neuerdings eine Verschlechterung der Konjunktur Arbeitslosigkeit in größerem Umfang bringe. Bekanntlich hat sich die Staatsregierung schon im vorigen Jahre bemüht, die Gemeinden zum Vorgehen auf diesem Gebiete zu veranlassen; sie selbst will sich nicht zu einer staatlichen Arbeitslosenversicherung verstehen, sondern abwarten, bis das Reich die Frage einheitlich regele. Inzwischen sollen die Gemeinden die Sache in die Hand nehmen. Eine im März 1909 vom Ministerium einberufene Konferenz von Vertretern der Städte, Arbeiter, Unternehmer usw. kam zu dem Gutachten, daß die fakultative Arbeitslosenversicherung wünschenswert sei, und empfahl Zuschußleistungen an die Arbeiterverbände, die Arbeitslosenunterstützung gewähren sowie die Einrichtung einer allgemeinen Versicherungskasse für unorganisierte Arbeiter. Entsprechend diesem Gutachten, ließ die Regierung den größeren Gemeinden ein Musterstatut zugehen mit der Empfehlung, solche Kassen zu errichten. Die Gemeinden zeigten aber fast durchweg nicht die geringste Lust, darauf einzugehen; sie redeten sich darauf hinaus, daß es Sache des Staates sei, hier vorzugehen. Nur einzelne Gemeinden haben sich überhaupt ernstlich mit der Frage befaßt, nur ganz wenige für die Arbeitslosen etwas getan. In Nürnberg hatte man bereits ein Statut ausgearbeitet, das eine Verquickung des Genter mit dem Berner System bezwecken wollte. Den freisinnigen Scharfmachern gelang es jedoch, die entscheidende Beratung überhaupt zu verhindern und bis zu diesem Herbst zu verschieben.

Aus der Partei.

Die Polizei im Klassenstaate. Wegen Beleidigung durch die Presse ist am 4. Mai vom Landgericht Stade der Redakteur des Volksblattes in Harburg, Genosse Karl Zielke, zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Als die Hafenarbeiter streikten, „schützte" die Polizei die Arbeitswilligen. Im Volksblatt wurde diese staatsretterische Tätigkeit der Polizei einer Kritik unterzogen und die Beamten in richtiger Würdigung der Situation als Schutzleute des Kapitals bezeichnet. Darin wurde die Beleidigung erblickt. Die Revision des Angeklagten, der Verkennung des § 193 rügte, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Konfiskation der Glühlichter. Ein Opfer der Reise Wilhelms II. nach Ungarn und Wien wurde die neueste Nummer der Glühlichter. Das Witzblatt unsrer österreichischen Genossen, das in der letzten Zeit mehrmals dem Rotstift verfiel, wollte ebenfalls für sein Teil zur Begrüßung des Gastes beitragen. Leider war die Rechnung ohne den Staatsanwalt gemacht. Und so wird sich die erste Seite der Glühlichter als großes schwarzes Feld repräsentieren, auf dem mit weißen leuchtenden Buchstaben ein halbes Dutzendmal das berühmteste spezifisch österreichische „Konfisziert" zu lesen ist. Die Ausgabe konnte deshalb erst einen Tag später, das war am Mittwoch, den 21. d. M., erfolgen. Die folgende Nummer 21 gelangt unter dem Schlagwort: Die Grenzen auf als Spezialnummer gegen die Brot- und Fleischverteurer am 4. Oktober zur Ausgabe.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Wer Betrachtungen über den heutigen Wohnungsmarkt anstellt, der wird zu dem Resultat kommen, daß die heutigen Wohnungsverhältnisse zu einer Kalamität für die Arbeiterschaft geworden sind. Die ungeheuren Nachteile dieser Zustände in finanzieller und hygienischer Hinsicht sind allgemein bekannt. Hier kann nur die Selbsthilfe der Mieter andre Zustände herbeiführen, indem sich jeder Mieter einer Organisation anschließt, die selbst den Bau von gesunden Wohnungen in die Wege leitet. Die Baugenossenschaft Leipzig-Lindenau hat sich diese Aufgabe zum Ziele gesteckt.

Erfreuliche Beispiele aus andern Städten beweisen, daß auf dem Gebiete des Wohnungsbaues noch Großes erreicht werden

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

schaffen werden kann. So ist es dem Berliner Spar- und Bauverein gelungen, innerhalb zweier Jahrzehnte 1116 Wohnungen für seine Mitglieder zu erbauen. Auch der Hamburger Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion hat auf diesem Gebiete Großes geleistet. Ebenso haben in den beiden genannten Instituten Wohlfahrtseinrichtungen und gemeinnützige Anstalten die weitgehendste Berücksichtigung gefunden. Es liegt nun an den Leipziger Arbeitern, an dem Ausbau eines derartigen Instituts mitzuwirken, dadurch, daß sie Mitglieder der Baugenossenschaft Leipzig-Lindenau werden. Auch dieses Unternehmen erfreut sich des größten Interesses der Arbeiterschaft, was die stets steigende Mitgliederzahl beweist. Es hat sich die Mitgliederzahl in zwei Jahren verdreifacht.

Daß sich die Baugenossenschaften der besonderen Aufmerksamkeit der Hausbesitzer erfreuen, versteht sich von selbst. Mit Genugtuung wurde auf dem 32. Verbandstage des Zentralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine, der am 8. und 9. August in Braunschweig tagte, festgestellt, daß das Reich anstatt der früheren vier Millionen im laufenden Jahre nur zwei Millionen Mark zur Förderung der Baugenossenschaften verwendete. Auch die Erhöhung des Zinsfußes für die aus den Mitteln der Alters- und Invalidenversicherung geliehenen Gelder für die Baugenossenschaften fand natürlich die Zustimmung der Hausbesitzer.

Wir sehen hier, mit welchen Mitteln die Hausbesitzer gegen die Baugenossenschaften kämpfen, und wie die Regierung den Hausbesitzern Rechnung trägt.

Es ist nun an der Zeit, daß auch für die Leipziger Arbeiterschaft mit Hilfe einer Organisation bessere Wohnungsverhältnisse geschaffen werden, die jedem ein Mitbestimmungsrecht gewährleisten.

Die Zeit der Kartoffelernte ist gekommen, mit dieser auch gute Geschäfte für die mit dem Ruten-Kartoffelanbau sich befassenden Landbesitzer, denn die Preise sind in diesem Jahre für dieses Produkt in der skrupellosesten Weise gesteigert worden. Tonangebend für die Festsetzung der Preise ist nur die Leipziger Westend-Baugesellschaft. Während fast ein Jahrzehnt lang der Preis für eine Rute 1 Mark betrug, steigerte die Baugesellschaft den Preis in diesem Jahre um 20 bis 40 Prozent. Aber nicht nur die Preissteigerung allein ist es, die viele Leute abhalten wird, dieser Gesellschaft die Felder umzubuddeln. Während früher die Stöcke enger zusammenstanden, wird der Abstand immer weiter. Mit der Steigerung der Löhne kann die Gesellschaft die Preissteigerung nicht motivieren, denn die Lohnverhältnisse sind bekanntlich bei dieser Gesellschaft sehr niedrig.

Bei der am 19. September stattgefundenen Besprechung der Arbeitnehmervertreter fehlten unentschuldigt: Maler Grünre, Töpfer Weile, Textilarbeiter Hause und Schubert.

Der Obmann.

Kinderschutzkommission.

Zentralauskunftsstelle für alle Kinderschutzangelegenheiten Arbeitersekretariat, Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße 32, Mittelportal, II. Vorsitzender: Aug. Lüttich.

Beschwerden über Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz werden von nachstehenden Vertrauenspersonen entgegengenommen:

Leipzig-Stadt:

Bezirksvertrauensperson: Frau Emilie Günther, Weststraße 29, H. II.
Frau Emilie Schröder, Humboldtstraße 23, IV.
Frau Emma Hebold, Katzbachstraße 12, II.
Frau Mai, Lützowstraße 5, III.
Frau Röber, Südplatz 2, IV. r.

Norden:

Bezirksvertrauensperson: Justus Schubert, L.-Eutritzsch, Magdalenenstraße 6a, I.
L.-Eutritzsch: Frau Emma Kurth, Magdalenenstraße 2, I.
L.-Gohlis: Emma Winter, Magdeburger Straße 6.
Martha Streine, St. Privatstraße 2, I.
Albine Wolff, St. Privatstraße 20, IV.
L.-Möckern: Ida Höppner, Karolastraße 10, IV. l.
L.-Wahren: Max Jacob, Hallische Straße (Konsumverein).
Mockau: Max Krieger, Hauptstraße 19, III.
Stahmeln: Gustav Gründling, Nr. 30.
Wiederitzsch: Frau Krone.

Osten:

Bezirksvertrauensperson: Frau Porsil, L.-Sellerhausen, Schlitzenhausstraße 2.
L.-Anger: Frau Walther, Ungerstraße 22, I.
L.-Neuschönefeld: Frau Pestner, Volkmarsdorf, Kirchstraße 84.
L.-Neustadt: Frau Hennig, Neustadt, Kirchstraße 89.
L.-Reudnitz: Frau Graß, Dresdner Straße 55.
L.-Stötzn: Frau Beyer, Karl-Härting-Straße 2.
L.-Volkmarsdorf: Frau Thalheim, Volkmarsdorf, Juliusstr. 2c.
Naunhof: Robert Kadelbach, Wurzner Straße 264.
Paunsdorf: Karl Kremer, Paulinenstraße 24.
Schönefeld: Frau Wolken, Dimpfelstraße 35, I. r.
Taucha und Umgegend: Daniel König in Döbitz b. Taucha.

Südosten:

Bezirksvertrauensperson: Frau Fahr, Neureudnitz, Karolastraße 5.
L.-Probstheida: Frau Anna Müller, Schulstraße 11, part.
L.-Stötteritz: Frau Klara Pöllnitz, Arnoldstraße 22.
Frau Agnes Schuchartt, Christian-Weiße-Straße 8.
L.-Thonberg: Marie Naundorf, Oststraße 48, Tr. B, III.
Göhren: Albin Reh.
Holzhausen: Karl Hahner, Körnerstraße.
Liebertwolkwitz: Rich. Nebel, Seitenstraße 223, I.
Mölkau: Max Näther, Stötteritzer Straße 1.
Wachau: Ernst Friedrich, Nr. 30.

Süden:

Bezirksvertrauensperson: Karl Schulz, L.-Connewitz, Bornaische Straße 13, I.
L.-Connewitz: Frau Kl. Pötzsch, Brandstraße 15, I.
L.-Dölitz: Oskar Pfütze, Schloßstraße 14, I.
L.-Lößnig: Frau Ebert, Lobstädter Straße 23, II.
Gautzsch-Oetzsch: Frau Förster, Oetzsch, Siegfriedstraße 7, III.
Geschwitz bei Rötha: Frau Braut.
Großdeuben: Emil Pleißner.
Kotzschbar: Frau Anna Zwoboda, Schulstraße 74c.
Rötha: Reinhold Müller, Wettinstraße 258.
Zwenkau: Rudolf Schwab, Leipziger Straße 170.

Westen:

Bezirksvertrauensperson: Frau Remus, L.-Schleußig, Blümnerstraße 8.
L.-Kleinzschocher: Frau Kühn, Klarastraße 11, III. l.
L.-Lindenau: Frau Frenzel, Gundorfer Straße 35, I.
Frau Zeiler, Hahnemannstraße 18, III.
L.-Plagwitz: Frau Thielemann, Karl-Heine-Straße 63, III.
Frau Reinhardt, Zschochersche Straße 50, IV.
L.-Schleußig: Frau Kirchhoff, Blümnerstraße 22, part.
Frau Noack, Könneritzstraße 65, III.
Frau Keimling, Brockhausstraße 56, III.
Bösdorf: Rob. Bertram.
Herm. Hänsel.
Burghausen: Friedrich Apel, Bienitzstraße 4.
Großzschocher: Frau Kränkel, Hauptstraße 107.
Knautkleeberg: Max Zschocher, Leipziger Straße 61, II.
Leutzsch: Frau Minna Kießig, Grenzstraße 4, II.
Lausen: P. Köhler, Nr. 26.
(Diese Liste wird noch weiter ergänzt.)

Wir bitten alle Fälle ungesetzlicher Erwerbsarbeit der Kinder, Mißhandlungen, sittliche Gefährdung und dergleichen an diese Genossinnen zu melden. Die Namen der Beschwerdeführer werden diskret behandelt, können also ohne Besorgnis obigen Personen mitgeteilt werden.

Kavalier
ist die beste Lederputzcrême der Welt, Überall erhältlich
Fabrik Union Augsburg.

Wie neu
werden Damen- u. Herrengarderobe durch chemische Reinigung bei
Otto Beck
Leipzig, Lange Strasse 18
Reudnitz, Bergstrasse 3 den Drei Lilien gegenüber
Th., Reitzenhain. Str. 57.
Reparaturen billigst! Lieferzeit 2—3 Tage. *

Irrigatoren, Mutterspritzen, Leibbinden, Unterlagen, Damenbinden, Verbandwatte usw. sowie alle Art. zur Kranken- u. Wochenpflege, hygien. Bedarfsartik. Diskret. Versand nach auswärts. *
Karl Klose, Leipzig 7, Hainstr. 19. Fernsprecher 13787. Katalog auf Verlangen gratis.

Ein neuer Weg zu guten Büchern sind die Bücher-Sparmarken. In allen Bibliotheken zu haben.

Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten
Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt. Großes Lager in Inletts. *
Heinr. Rohr, Leipzig-Volkmarsdorf, Kirchstr. 2 Ecke Wurzner Strasse.

Butter. Täglich frische Bauernbutter, Stück 65 Pfg.
Feinste Hausmarke, 1/2 Pfd. 50 Pfg., empfiehlt
L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 15 Butterhandlung
Robert **Funke**
NB. Grosse Auswahl in Zugabe-Artikeln. [16714 *

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Osten.

Wegzugshalber **Logis,** 2 Stub., Ka. u. Kü., 1. Nov. zu beziehen. Annich, Holzhausen, Körnerweg 18.

N., Alleest. 9, II. l., Schlafst. z. verm.

Westen.

Pl., Naumb. St. 34, pt. r., kl. Logis, 235 ℳ, 1. 10. od. 15. 10. zu verm.

Verkäufe und Käufe.

Schuhwaren-Auktion. Heute vorm. 10 Uhr Reichsstr. 26 (Laden). Herm. Hecht, Aukt. u. Taxator, Felixstr. 3. Tel. 9747.*

Jeder staunt! v. Student., Laval., Doktor. u. nur von bess. Herrsch. wen. getrag. Anzüg., engl. Stoffe, Maßarb., reinwoll. Sachen, welch. neu 80 bis 100 ℳ gekost. hab., 8, 12, 15, 18, 22 ℳ, einz. Hosen, Jacketts, Palet., Burschen- u. Knaben-Anzüge, eleg. Frack- u. Gehrock-Anzüge spottb., auch leihw.
Kanner, nur Plauensche Str. 11, I. Nähe Brühl.

Umzugshalber billig! Getr. Jacketts u. Blusen von 75 ₰ an bis zum eleg., Gesellschafts-, Straß.- u. Kostümkld. sow. a. Röcke, Mänt., Schuhe u. Wäsche Albertstr. II. 2.

Küchen-Handtücher grau, gesäumt, à Stück 30 Pfg. Elisab. Heidorn, Dorotheenstr. 2.

Reelle neue Betten Gebett 12.50, 14, 18, 25, 33 Mk., b. Seimar Kraft, Lindenau, Markt.

Achtung! Nur v. feinst. Herrschaft., Millionär., Kavalieren, Studenten wenig getrag. Sachen, feinste Maßarbeit, rein. Wolle. Anzüge, die 70-100 ℳ gekost., für 8, 12, 16, 24 ℳ. Herbst- u. Winter-Paletots, teilw. auf Seide gearb. Hosen, Jacketts spottbillig. Elegant. Gesellschafts-Anzüge sehr billig auch leihweise. [*
Mandel, Tauchaer St. 22, I.

Gardinen größte Auswahl, prachtv. Muster
Meter v. 25 Pfg. bis 1.50 Mk.
Abgep. Fenster v. 1.50 bis 10 Mk. Stores von 1.50 Mk. an. *
Karl Köhler, Brühl 20 gegenüb. d. Plauenschen Passage.

Reste i. Gardin., Vitragen u. Stores bis 5 Fenster passend, sowie 1 ganz bedeutender Resterposten, Sofabezüge in Rips, Damast, Moukett, Plüsch, Taschen etc. spottbillig zu verkaufen. 1 Post. Portieren, 3 teil., in Tuch u. Plüsch in all. Farb., bis 5 Paare passend, staunend billig. *
Schützenstr. 15, I.

Rester in Bettbezügen und Inletts, passend für Deckbett mit zwei Kissen, spottbillig abzugeben. *] Salzgäßchen 7, Hof I.

Hygien. Frauenartikel sowie Brosch. Kindersegen u. kein Ende 30 ₰, bei Warenkauf umsonst. Auf Bestellung komme ins Haus. K. G. Otto, Schl., Seumestr. 88, pt.*

G. Ripssofa 15, Plüschsofa, mod. 30, Musch.-Kldrschrk. 20, Vert. 22, Bettst. m. g. M. 17, engl. 33, Tische 3, Waschtt. 3, Spieg., Kom., Stühle, Regul., Nähmasch. verk. sehr bill. Haupt, Reudnitz, Oststr. 20, I.

N. u. gebr. Möbel, Sofas sehr bill. N.-Mock., Grunertstr. 10. Mehner. *

Schuh- u. Filzwaren Erstkl. Gelegenheitskäufe bi. Bo., Mariannenstr. 92 (kein Laden).*

Möbel Spiegel u. Polsterwaren in gr. Auswahl billig. * G. H. Keller, Th., Reitzenh. Str. 49.

Möbel, neue u. gebr., verkauft *] Demmeringstraße 55, part.

Möbel verk. bill. Teilzahl. gest. Li., Merseburg. Str. 62.*

Guterh. Plüschsofa 25 Mk., Sofatisch g. billig. Weststr. 6, H. p.*

Achtung Genossen! Billigste Bezugsquelle in neuen und gebr. Möbeln. Pl., Nonnenst. 38b.*

Gbr. Plüschsofa, Bettst. m. M. weg. Umz. b. z. vrk. Li., Birkenstr. 30, I. r.

Mod. Plüschsofa billig zu verk. Schleußig, Seumestraße 61, I. l.

Gebr. Sofa und Tisch billig zu verk. Neuschö., Konradst. 20, I. l.

Tisch u. Kommode verk. N., Alleestrasse 9, II. l.

Gramm. m. Dopp.-Pl., Regulat., bl. S.-Liegew. Kohlgartenst. 21, IV. l.

Nur jetzt!! verkaufe Prima Fahrräder, 50, 55, 60, 65 Mk. usw. [* Gute Gebrauchs-Maschinen 20, 25, 35 Mk. Prima Laufdecken, 1.90 Mk. Prima Luftschläuche, 1.90 Mk. Teilzahlung gern gestattet.
Richard Stölzel, nur Sebastian-Bach-Str. 39/41.
Alte Räder nehme in Zahlung. Sonntags Besichtigung gestattet!

Pneumatik-Wringmaschinen D. R. G. M., regulärer Verkaufspreis 15 Mk., so lange Vorrat reicht 6.— Mk. [17828* 43 Nikolaistraße 43.

Der **Schlager** Naturrohrwagen. Atlasgard. Gl. Prz. nur **30.—**
— Versand nach auswärts. — Engros zu Fabrikpreisen.
Otto Winkler, Kinderwagenhaus Johannisgasse 10. [*

15 gebr. Fahrräder v. 10 ℳ an. Gute Markenräder z. Einkaufspreis. G. Damstädt, Li., Ecke Merseburger u. Aurelienstr.*

Guterh. gr. Kinderwagen bill. zu verk. Li., Spittastr. 8, pt. M.

Kinderwag. u. Kinderbettst. m. M. verk. billig. Li., Ahlfeldtstr. 7, II. r.

Leiterwagen einzelne Räder billigst Karl Scharschmidt, Li., Lützner St. 37.*

Soldatenkisten verkauft Sternwartenstr. 2, H. Starke.

Gbr. Hobelb. Löß., Lobst. St. 9, pt. r.

Zigarrenkisten, gr. Post., sehr bill. zu verk. Roßstr. 17, Zig.-Gesch.

Aquarien u. all. Zubeh., Fische, Pflanzen etc. lief. zu bekannt billigst. Preis.* A. Glaschker, Teuch. Str. 26, Tel. 12390. Hohl- u. Tafelglas en gros, en detail.

Gr. Auswahl präm. Kanarien, hochf. Sommerrübs. sowie alle Sort. pa. Vogelf., Ameiseneier, Mehlw., gr. Käfiglager, v. 20 ₰ an. Markpl. Vogelfutterhdlg., Querstr. 71.

Kartoffel-Verkäufe.

Kartoffel-Ausgabe. Rote u. weiße Winterware gibt täglich, von 7 Uhr ab, am zweiten Wege vom Heitern Blick nach Portitz, hinter der Bahn rechts, aus. [17275* Rittergut Plaussig.

Rote Speisemöhren verkauft in Lindenau, hinter dem Oekonomiehof, an den Wochentagen, nachmittags, pro Rute 2.20 ℳ. [17833* Leipziger Westend-Baugesellschaft.

Täglich Kartoffel-Ausgabe (weiße) am Stötteritzer Wege, und rote, am Baalsdorfer Wege. *] Rittergut Zweinaundorf.

Ein Dienstmädchen zum sofortigen Antritt gesucht. Lohn 20 bis 25 Mark. [17983 Plagwitz, Ziegelstraße 6, I.

Arbeitsmarkt.

Stellen-Angebote Offene Stellen finden erfolgreiche Aufnahme in der Leipziger Volkszeitung.

Tüchtiger Zementarbeiter wird gesucht. Gebr. Arnold, Zementbaugeschäft Schönefeld, Seitenstraße 7.

Tüchtige Monteure für Spänetransport- und Entstäubungs-Anlagen, welche selbständig nach Zeichnung arbeiten können, fürs Ausland gesucht. Meldungen sofort. Danneberg & Quandt, Berlin.

Hartgummi-Dreher u. -Schleifer die möglichst schon auf elektrische Sachen gearbeitet haben, von großer rheinischer Fabrik für dauernd gesucht. [17764* Carl Puhl, Dieringhausen Hartgummiwarenfabrik.

Kräftige Burschen zum Schweizer lernen sowie viele Unterschweizer per sofort u. später bei hoh. Lohn gesucht. Ernst Birnbaum, Stellenvermittler, Leipzig, Hofmeisterstrasse 6.*

Junges Mädchen tagsüb. z. Aufw. gesucht. Pl., K.-Heine-St. 81, II. r.

Vermischte Anzeigen.

Vereinszimmer noch einige Tage frei. Leplaystr. 4, Rest. Turnhalle.

Privat-Tanzunterricht jeder Zeit H. Papst, Dufourstr. 22 * Spez. f. ältere Damen u. Herren.

E. Reischel Naturheilkundiger L.-Co., Gustav-Freytag-Strasse 34, I. Sprechz.: 8-9, 1-3 Uhr. Frauenleiden behandelt Frau Reischel Tel. 10269. *

Ihre Anzüge w. wie „neu" gereinigt u. gebügelt, Anzug 2.50 Mk. Abholung u. Zusendung frei. Postkarte genügt an Wäscherei „Undine" Dölitz-Leipzig.

Möbelfuhren werd. prompt u. bill. ausgeführt. Fr. Linse, Li., Kanzlerstr. 1.*

Möbelfuhren v. 5 ℳ an werd. prompt u. billig ausgef. Schenkendorfst. 23, H. I. r.*

Möbelfuhren v. 5 Mk. an w. angen. H. Lanzendorf, Albertstr. 16, III. l.*

Aufpolstern in und außer dem Hause. Li., Calvisiusstr. 39, pt. r.

Kammerjäger Wagner wohnt jetzt Leipzig, Antonstr. 14.

Kartoffel-Ausgabe (Rittergut Schönau) am Gundorfer Wege unter dem Bierkeller findet täglich statt. *

Kartoffel-Ausgabe Lindenau Lützner Strasse, an der Luisenbrücke, täglich. 17864*] Leipziger Westend-Baugesellschaft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. September.

Geschichtskalender. 26. September 1815: Abschluß der „Heiligen Allianz". 1818: Der Schriftsteller Julius Schindler (Julius von der Traun) in Wien geboren († 1885). 1878: Der Lustspieldichter Roderich Benedix in Leipzig gestorben (* 1811). 1909: Naturforscher A. Dohrn in Neapel gestorben.

•

Sonnenaufgang: 5,53, Sonnenuntergang: 5,49.
Monduntergang: 3,17 nachm., Mondaufgang: 10,12 nachm.

•

Wetter-Prognose für Dienstag, den 27. September.

Ostwind, heiter, tagsüber warm, nachts kalt, im Gebirge Nachtfrost, trocken.

Zur Landtagsersatzwahl im 5. Leipziger Wahlkreis.

Die Konservativen scheinen die mehrfach ausgesprochene Drohung, rücksichtslos bei Wahlen gegen die Liberalen vorzugehen, bei der bevorstehenden Nachwahl im 5. Leipziger Landtagswahlkreis wahrzumachen, wie ihre Wahlvorbereitungen beweisen. Sie tragen sich ernstlich mit dem Gedanken, den Nationalliberalen diesen Wahlkreis abzunehmen, also auch einen sozialdemokratischen Sieg zu verhindern. Wenn die Hoffnung der Konservativen in Erfüllung gehen würde, wäre für sie im Kampfe gegen die Liberalen allerdings sehr viel gewonnen. Nach dem Zusammenbruch der Konservativen bei den vorjährigen allgemeinen Landtagswahlen, der das sonst ziemlich feste Gefüge der sächsischen Konservativen heftig erschüttert hat, würde ein in Leipzig über die Liberalen erfochtener Wahlsieg für die Konservativen von großer Bedeutung sein. Sie würden dadurch nicht nur die stärkste Fraktion des Landtags wieder werden, sondern ein Wahlsieg, in der gegenwärtigen Situation erfochten, würde den Konservativen im Lande neuen Mut und neue Kraft geben, die Liberalen dagegen noch kopfloser machen, als sie es ohnehin schon sind.

Was Wunder, wenn unter diesen Umständen die Konservativen einen gründlichen und umfassenden Wahlfeldzug vorbereitet haben und mit offensichtlicher Energie ihn betreiben. Freilich, die Leipziger Konservativen sind nicht die Leute, um mit Zähigkeit und einigem Geschick einen harten politischen Strauß auszufechten. Die Landgerichtsdirektoren, Rentiers, Aktuare und Sekretäre, die in Gemeinschaft mit dem pensionierten Schutzmann Ernst Leberecht Ziegenbalg und zwei Auch-Arbeitern unterschriftlich bekundet haben, daß sie für den konservativen Kandidaten, Sanitätsrat Dr. Brückner, eintreten wollen, mögen ja ganz brave Menschenkinder sein; aber politische Kämpfer sind sie bestimmt nicht. Sie werden an einer weißgedeckten „Ehrentafel" eine leidlich passable Figur präsentieren, aber sofort ein Gegenstand des Mitleids werden, wenn sie auf dem politischen Schlachtfeld sich bewegen sollen — von einer Betätigung wird ja niemand reden.

In der richtigen Erkenntnis ihrer eignen armseligen Unzulänglichkeit haben sie den Sekretär der sächsischen konservativen Partei, den Herrn Kunze aus Dresden, zu Hilfe gerufen. Und Herr Kunze geht aufs Ganze. Als ehemaliger liberaler Lehrer, Stadtverordneter und Wortführer weiß er, was hinter den liberalen Phraseuren steckt, wie man die Liberalen in Angst und Not zu treiben vermag. Herr Kunze hat eigens für die Nachwahl im 5. Leipziger Kreis eine Wahlzeitung geschaffen, an deren Kopf die Frage prangt: Rechts oder links? Herr Kunze geht zunächst mit der liberalen Presse ins Gericht, der er Demagogenkünste vorwirft, ferner daß sie ein verlogenes Handwerk betreibe. Nichts sei dieser Presse zu hoch, um unbesudelt zu bleiben. Wir hören weiter, daß die liberale Presse unter der Maske des Fortschritts mit gleisnerischen Worten von der Gerechtigkeit redet. Für den Anfang sind das recht vielversprechende Liebenswürdigkeiten. In einem Bericht über die konservative Wählerversammlung am vorigen Donnerstag, wo die ehemaligen Blockbrüder gegeneinander randalierten und skandalierten, wird den Liberalen noch kräftiger eingeheizt. Sie sollen Radauszenen aufgeführt haben, „die jeder Beschreibung spotten"; auch von einem unerhörttaktlosen Verhalten der Liberalen ist die Rede. Selbst Herrn Dr. Zöphel sei es nicht gelungen, die Liberalen zur Vernunft zu bringen, die Gassenhauermelodien gepfiffen hätten, als sie den Saal verließen. Vornehmlich sollen sich Lehrer an dem Skandal beteiligt haben.

Besonderen Reiz hat es unstreitig, daß die famose Dernburgsche Kolonialwirtschaft gegen die Liberalen ausgeschlachtet wird. Herr Erzberger, der Zentrumsjüngling, hat kürzlich ein Buch herausgegeben, in welchem die Sünden des Systems Dernburg aufgezählt werden, die in der Verschleuderung enormer Werte an Kolonialgesellschaften bestehen. Da die Liberalen beabsichtigen, ihren Halbgott Dernburg als Reichstagskandidaten aufzustellen, wird ihnen in der konservativen Wahlzeitung gesagt, daß diese Kandidatur ein grelles Schlaglicht auf sie werfe. Daß die Konservativen die Liberalen wegen ihres Verhältnisses zu einem früheren Staatssekretär in Mißkredit bringen wollen, ist sicher ungemein amüsant und läßt noch heitere Wahlepisoden erwarten. Recht gelungen ist auch der gegen die Liberalen gerichtete Vorwurf, daß im jetzigen Landtage zwar 11 Juristen, aber nicht ein Arzt sitze, darum sollen die Wähler auf Herrn Brückner hereinfallen. Es ist unstreitig recht menschenfreundlich gedacht von den Konservativen, wenn sie den Landesboten zum juristischen auch ärztlichen Beistand sichern wollen, der sicherlich nur den Konservativen zugute kommen soll. Aber gerade deshalb scheint uns, daß durch die Wahl des Herrn Brückner die Bedürfnisse der Konservativen nicht voll befriedigt werden können. Herr Dr. Brückner ist Wundarzt und Geburtshelfer, was gewiß auch eine den Konservativen dienliche Spezialität ist, aber Psychiater ist Herr Dr. Brückner unsres Wissens nicht. Und im Wahlaufrufe für Herrn Dr. Brückner heißt es doch, daß es von außerordentlicher Wichtigkeit ist, wenn ein ärztlicher Fachmann ratend eingreifen kann. Vielleicht erinnern sich die Konservativen noch mit großer Begeisterung der Rede, die Herr Dr. Brückner am 21. Oktober 1907 im Landtage über Gehirn- und Rückenmarkserkrankungen bei den — Pferden gehalten und dabei erklärt hat:

> Immerhin muß man sich vorstellen, daß ein derartig erkrankes Pferd nicht genügend isoliert werden kann und daß seine wochenlange Behandlung am Orte nach meinem Dafürhalten die größte Möglichkeit der Uebertragung abgeben dürfte. Beim Menschen ist das ja etwas andres; ein Kranker, der ansteckend ist, kann und muß isoliert werden. Bei den Pferden ist das nicht möglich. Wir haben keine Spitäler.

Falls die Konservativen Herrn Dr. Brückners fachmännischen Rat für die Pferde haben wollen, machen wir sie darauf aufmerksam, daß ihr Kandidat im Irrtum ist, wenn er meint, es gäbe keine Krankenanstalten für Pferde; die Veterinärklinik ist vorhanden. Die Pferdefragen mögen ja sehr wichtige sein, aber zu ihrer Lösung mögen die Konservativen irgendeinen Pferdedoktor in einer konservativen Hochburg aufstellen und wählen, die Leipziger Wähler haben andre Sorgen und sie werden darum den Herrn Sanitätsrat nicht wählen.

Vornehme Unternehmer.

Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts spielte sich dieser Tage eine Verhandlung ab, die ein grelles Licht auf die vornehme Gesinnung mancher Unternehmer wirft. Die Maschinenfabrik E. Bachmann & Reiter in Reudnitz hatte ihren früheren 27 Jahre alten Monteur Albin Paul Laue der Unterschlagung, des Betrugs und der Urkundenfälschung bezichtigt. Vor Gericht brach die ganze Anklage, deren sich Staatsanwalt Dr. Strohal mit Wärme angenommen hatte, jedoch elend zusammen.

Der Angeklagte hatte seine Stellung selbst verlassen, weil die Firma, bei der er drei Jahre lang in Stellung war, nicht zu bewegen gewesen ist, mit ihm wegen seiner Spesen und einer Summe von 250 Mk., die ihm aus einem Erbteil von Vaters Seite zustanden, abzurechnen. Vorschüsse darauf waren allerdings gewährt worden. Wahrscheinlich aus Aerger darüber, daß der Monteur ihnen den Stuhl vor die Tür gesetzt hatte, reichten die Firmeninhaber bei der Staatsanwaltschaft die Anklage ein. Der Angeklagte wurde beschuldigt, in zwei Fällen Beträge von etwa 20 Mk. von Gutsbesitzern, bei denen er landwirtschaftliche Maschinen aufgestellt oder repariert hatte, einkassiert, aber unterschlagen zu haben. Ferner wurde ihm zur Last gelegt, daß er eine höhere Stundenzahl für seine auswärtigen Arbeiten angegeben habe, als er tatsächlich geleistet und daß er fälschlich zwei Arbeitszettel mit den Namen der Gutsbesitzer selbst unterschrieben hätte, und endlich sollte Laue sich noch des Betrugs dadurch schuldig gemacht haben, daß er auf einer Reise sich ein Darlehen von fünf Mark erwirkt habe unter dem Vorgeben, er sei noch bei der Firma E. B. & R. beschäftigt.

Das Gericht sprach jedoch den Angeklagten in allen Punkten frei. Es wurde u. a. festgestellt, daß der Angeklagte heute noch von der Firma etwa 33 Mk. zu bekommen hat. Er habe geglaubt, die beiden Beträge zurückbehalten zu können, da er auf seine Forderungen schon öfter Vorschüsse erhalten hatte. Die von dem Angeklagten angegebene Arbeitsstundenzahl vermochte die Firma vor Gericht nicht mehr zu bestreiten; sie mußte zugeben, daß der Monteur berechtigt war, die auf die Reisen verwendete Zeit mit zu berechnen. Auch die „Urkundenfälschung" fiel hinweg, da durch die Abwesenheit der Kunden diese nicht selbst die Arbeitszettel unterschreiben konnten und der Angeklagte lediglich die Namen der Kunden zu dem Zwecke auf die Zettel geschrieben hatte, damit die Firma wisse, wem sie die Kosten zu verrechnen habe. Was endlich den „erschwindelten" Vorschuß betraf, so wurde festgestellt, daß der betreffende Geldgeber den Laue kannte und daß Laue ihm nicht vorgeschwindelt hatte, er sei noch bei der Firma in Stellung.

Daß bei dieser Sachlage der Staatsanwalt noch auf Schuldig plädieren konnte, läßt sich höchstens mit dem Amtseifer erklären.

Die Nahrungsmittelkontrolle ist den meisten Nahrungsmittelproduzenten und -Händlern ein Dorn im Auge und wenn man die vielen Prozesse und die dabei ans Tageslicht gezogenen Zustände bei der Herstellung der Nahrungsmittel betrachtet, so begreift man die maßlose Wut der Herren. Sie haben ja auch schon Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Kontrolle unwirksam und die Prozesse unmöglich zu machen. Jetzt setzen sie ihre Hoffnung auf die Reichsregierung, die eine unnütze, das heißt wirkungslose Kontrolle einrichten soll, wodurch dann den kommunalen Kontrollen das Lebenslicht ausgeblasen würde. Der Vorstand des Nahrungsmittelinteressentenverbandes hat in seiner letzten Sitzung eine Eingabe an das Reichsamt des Innern beschlossen, in der um Errichtung einer Zentralstelle für die Begutachtung von Nahrungsmitteln ersucht wird. Daß es sich um eine Einrichtung handelt, die nur im Interesse der Lebensmittelproduzenten und Händler liegt, das geht klipp und klar aus der Begründung des Gesuchs hervor:

> Der Schwerpunkt der Nahrungsmittelgesetzgebung liegt — so heißt es da — heute in der Handhabung der Kontrolle und damit bei den unteren Verwaltungsbehörden und den Gemeinden. Durch diese Organisation der Kontrolle sei eine bedauerliche und schädliche Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiete eingerissen, zumal auch die Tätigkeit der Gerichte mangels einheitlicher Festsetzungen über Nahrungsmittel durchaus nicht mehr einheitlich ist. Die neue Zentralstelle würde nun wohl folgende Gestalt haben müssen: Der Erlaß von Bestimmungen über die Beschaffenheit und Bezeichnung von Nahrungsmitteln, die Ausführung der Untersuchungen usw. trifft der Bundesrat, unterstützt durch Gutachten eines ihm beizugebenden, aus Vertretern von Wissenschaft, Industrie und Handel bestehenden Lebensmittelbeirats. Die Mitglieder dieses Beirats aus der Industrie und dem Handel sind auf Vorschlag von Handels- und Gewerbekammern zu wählen. Es würde die Hoffnung ausgesprochen, daß der Bundesrat die nur geringen Vorarbeiten tunlichst beschleunigt. Die Eingabe wird auf Vorschlag des Vorstandes auch von andern Verbänden unterstützt werden.

Also um Begutachtungskommissionen handelt sichs, deren Beiratsmitglieder, die auf Vorschlag der Handels- und Gewerbekammern gewählt werden, die Entscheidung haben sollen, ob die profitwütigen Nahrungsmittelfälscher in Zukunft ungestört ihr gesundheitsschädigendes Gewerbe treiben dürfen. Für die Reichsregierung ist das Vertrauen, das man ihr von dieser Seite entgegenbringt, auch recht bezeichnend.

Die neue Tageblattredaktion ist noch auf dem politischen Karussell, das beweisen nicht nur ihre Artikel über den Magdeburger Parteitag, sondern auch die über die nationalliberale Partei, besonders aber der: „Vor Kassel". Daß sie den Genossen Zubeil, ganz im Stile Limans, Schnaps in einem Berliner Vorort ausschenken läßt, kann man dieser nationalliberalen Leuchte, die durch keine verstandesgemäßen Hemmungen belastet ist, hingehen lassen, daß sie aber für die Revisionisten ein Drittel der Delegiertenstimmen herausrechnet, zeigt schon ihre maßlose Wut über den Ausgang der Debatten. Gleich nachdem die Tageblattredaktion sich wütend über die „geistlose" Masse der Radikalen ausläßt, daß diese durch ihre Beschlüsse die edlen Geister der Minderheit vergewaltigt hätte, muß sie in dem schon genannten Artikel: Vor Kassel, sagen, daß der ganzen Zerrissenheit und Verlotterung der nationalliberalen Partei auch durch Entscheidungen gesteuert werden soll. Allerdings, so fügt das Blatt hinzu, nicht in brutaler Weise wie der Magdeburger Parteitag, sondern in liberaler Weise. Das soll wohl heißen, daß entweder keine Beschlüsse gefaßt oder wenn solche gefaßt werden sollten, dann bleibt es jedem überlassen, sich danach zu richten. Und diesen geistigen Wirrwarr darf das Blatt, ohne Widerspruch zu finden, seinen Parteifreunden bieten. Die nationalliberale Tageblattredaktion hat alle Ursache, mitleidig auf die Massen der Sozialdemokraten herabzusehen, weil diese in ihrer Partei keine solche geistige und organisatorische Verlotterung einreißen lassen, wie dies bei der nationalliberalen der Fall ist.

Die Schwurgerichtsverhandlung gegen die Brüder Koppius, für die drei Tage in Aussicht genommen sind, beginnt der 5. Oktober.

Jahres- oder Winterfahrplan. Bekanntlich beabsichtigten die Eisenbahnverwaltungen, die Ausgabe von Fahrplänen zu vereinfachen. Es sollte für den inneren Dienst nur ein Jahresfahrplan am 1. Mai hergestellt werden. Die Fahrpläne für das Publikum sollten zum 1. Oktober durch Ueberkleben oder auch durch Neudruck dem Stande entsprechend gehalten werden. Alle Aenderungen sollten aber schon am 1. Mai vorgesehen sein. Vereinzelte Verwaltungen haben denn auch für den 1. Oktober überhaupt keinen neuen Entwurf herausgebracht. Die Mehrzahl hat aber wenigstens einen ersten und gleichzeitig endgültigen Entwurf hergestellt, während früher überall zwei Entwürfe zur Ausgabe gelangt sind. Ein so kompliziertes und in die mannigfachsten Interessen eingreifendes Gebilde, wie ein heutiger Fahrplan, erfährt aber notwendigerweise fortgesetzt Aenderungen und Verbesserungen bis zum letzten Augenblick. So waren die Verwaltungen genötigt, ein oder mehrere Berichtigungs- und Ergänzungsblätter zu verschicken, die zum Teil einen bedenklichen Umfang angenommen haben. Es frägt sich, ob es nicht zweckmäßiger ist, statt der vielen Aenderungen und Berichtigungen, den Entwurf wie früher ganz neu zu drucken. Die Hauptwirkung der Neugestaltung dürfte die sein, daß eigentliche durchgreifende Aenderungen, neue Züge usw., am 1. Oktober noch weniger eingerichtet werden als früher. Im örtlichen Verkehr kann sich die Verwaltung natürlich nicht den wechselnden oder neu sich zeigenden Bedürfnissen für die Dauer eines ganzen Jahres verschließen.

Dienstboten, Aufwartungen, Wasch- und Reinemachefrauen und sonstige Hilfskräfte des Haushalts (Hausdamen, Bonnen, Erzieherinnen), sind nicht nur polizeilich, sondern auch zur Invalidenversicherung anzumelden. Aufwartungen, Wasch- und Reinemachefrauen usw. auch dann, wenn sie nur tageweise beschäftigt werden. Die Anmeldung hat innerhalb 3 Tagen nach dem Dienstantritt bei der Ortskrankenkasse, Gellertstraße 7/9, Zimmer 23, oder in einer der in den verschiedenen Stadtteilen bestehenden Zweigmeldestellen zu geschehen. Nichtbefolgung dieser Vorschrift zieht in jedem einzelnen Falle Strafe nach sich. Dienstboten, die teils im Haushalt, teils im Gewerbebetriebe des Arbeitgebers tätig sind, wie dies häufig bei Gastwirten, Vermieterinnen usw. der Fall ist, sind gleichzeitig auch zur Krankenversicherung zu melden. Die Mitgliedschaft beim Verein der Dienstherrschaften entbindet nicht von der Meldepflicht zur Invalidenversicherung bei der Ortskrankenkasse.

Unfälle auf der Straße. In der Nürnberger Straße warf sich am Sonnabendabend eine offenbar nervenkranke Frau nach einem Tobsuchtsanfall auf die Schienen der Straßenbahn. Die Unglückliche wurde in die Nervenklinik übergeführt.

In der Bornaischen Straße stürzte ein Kutscher beim Radfahren so, daß er vor einen Straßenbahnwagen zu liegen kam. Der Mann wurde ein Stück geschleift und erlitt anscheinend eine Rückgratsverstauchung.

Ein andrer Radfahrer fuhr in der Elsterstraße mit einem Straßenbahnwagen zusammen, so daß er auf die Straße geschleudert wurde. Der Mann kam zum Glück mit einer nur leichten Verletzung davon.

Verhaftungen. Bei einem Warendiebstahl wurde eine 23 Jahre alte Arbeiterin aus Schönefeld in einem Geschäft der innern Stadt ertappt. Die Person hat auch noch in einem andern Laden einen Diebstahl verübt.

Ein 21jähriger Bierzapfer wurde wegen der Entwendung einer goldnen Herrenuhrkette zur Verantwortung gezogen.

Wegen des Verdachts der Hehlerei wurde ein 38 Jahre alter Uhrmacher zur Verantwortung gezogen. Er hat einen wertvollen gestohlenen Ring für einen geringfügigen Preis gekauft und sofort weiter veräußert.

Eine 16jährige Arbeiterin wurde in Haft genommen, weil sie aus einer Wohnung des Nordviertels einen Geldbetrag und Schmucksachen entwendet hat.

Vom Schnellzug überfahren. Heute früh in der 6. Stunde ist auf dem Bahndamm der Eilenburger Bahn in der Nähe des Grundstückes Zweinaundorfer Straße 68 ein Pferd des Fleischermeisters Bertholb in der Weißenburgstraße von einem Schnellzuge zerstückelt worden. Das Tier war beim Einschirren scheu geworden und durchgegangen, auf dem Bahndamme aber von dem heranbrausenden Zuge erfaßt worden.

Explosion. Im Güterschuppen des Plagwitzer Bahnhofs war gestern nachmittag aus unbekannter Ursache eine Kiste mit „Stellin" explodiert und in Brand geraten. Der Brand wurde von der sofort erschienenen Feuerwehr auf seinen Herd beschränkt und bald unterdrückt.

Eine Diebesgesellschaft festgenommen. Eine Diebesgesellschaft, die im Leutzscher Holze ihr Lager aufgeschlagen hatte, wurde von Kriminalbeamten mit Hilfe der Leutzscher Polizei und eines Polizeihundes aufgestöbert und festgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich ein schon mit Zuchthaus vorbestrafter 24 Jahre alter Arbeiter, der die jüngeren Mitglieder der Diebesbande, einen 14 Jahre alten entlaufenen Fürsorgelehrling, einen 17jährigen Arbeitsburschen und einen 17jährigen Schuhmacherlehrling, dessen man aber noch nicht habhaft werden konnte, zur Ausführung von Taschendiebstählen auf dem Meßplatz und in dem Marktverkehr vor der Markthalle verleitete, wobei er von ferne den Aufpasser machte. Die Beute nahm er in Empfang und verteilte sie. Davon lebte die Gesellschaft, zu der noch drei Arbeiter im Alter von 19, 22 und 32 Jahren gehörten. Diese sind ebenfalls festgenommen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

worden. Im Besitz der Festgenommen wurden noch zwei Portemonnaies vorgefunden, von denen eins die Firmenbezeichnung C. Otto Claus Leipzig trägt, ferner ein Fünf-Kopeken-Stück, ein holländisches Zehn-Cent-Stück und ein Cent, ein alter sächsischer Pfennig, ein Portemonnaiekalender von C. Grünthal, Breslau, mit einer Bleistiftnotiz 10 m Otto Partriedt, sowie zwei Vorzugskarten zum Kosmostheater. Ganz wahrscheinlich rühren alle diese Gegenstände von Diebstählen her, doch liegen darüber keine Anzeigen vor. Die Bestohlenen, besonders die, die auf dem Roßplatze in den frühen Morgenstunden während des Marktverkehrs bestohlen worden sind, wollen sich umgehend bei der Kriminalpolizei melden.

Diebstähle. Eingebrochen wurde im Westviertel in ein verschlossenes Kontor. Die Diebe sprengten mehrere Pulte auf und erbeuteten 128 Mk. Zu ihrer Arbeit haben die Diebe eine E. St. gezeichnete eiserne Bauklammer entwendet, die sie zurückgelassen haben.

Abhanden gekommen, wahrscheinlich durch Diebstahl, ist aus der Stockmannstraße ein deutscher silbergrauer Schäferhundrüde im Werte von 200 Mk.

Gestohlen wurde in der Kreuzstraße ein Tyrasrad, Nr. 28480, und in L.-Stötteritz ein Normanniarad. Ferner entwendeten Diebe aus einem Keller in der Dorotheenstraße 21 Flaschen Wein und aus einer Wohnung der Schönbachstraße eine goldene Halskette, einen goldenen Ring, zwei Broschen und ein Portemonnaie mit Inhalt, aus einer Wohnung der Rosentalgasse eine Damenuhr, eine goldene Kette mit Schieber, ein goldenes Armband, einen Geldbetrag und ein Damenhandtäschchen.

Abhanden gekommen ist am Sonntag abend eine etwa 20 Meter lange, aus sechs Fellen bestehende Nerzstola im Werte von 260 Mk.

Aus der Umgebung.

Gegen die Wahlrechts-Verschandelung in den Landgemeinden.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter des 13. Wahlkreises hatten sich gestern nachmittag im Volkshause wiederum zu einer Konferenz zusammengefunden, diesmal, um zu den Versuchen der Gegner, das ohnehin miserable Wahlrecht in den Landgemeinden noch zu verschlechtern, — ein Bestreben, das in geradezu auffälliger Weise von der Amtshauptmannschaft angeregt und unterstützt wird — Stellung zu nehmen. Das Referat hatte Genosse Nebrig übernommen, der einleitend darauf hinwies, daß in die Revidierte Landgemeindeordnung von 1873 in der Hauptsache die Wahlrechtsbestimmungen aus der alten L.-G.-O. von 1838 übernommen worden seien, ja, daß man sogar versucht habe, das Wahlrecht zu Ungunsten der Minderbemittelten zu verschlechtern, um zu verhindern, daß die Sozialdemokratie einen Einfluß bekomme. Das geht ganz klar aus einer Rede hervor, die der Staatsminister von Nostitz-Wallwitz bei der Beratung der Rev. L.-G.-O. 1872 in der 2. Kammer hielt. Da hieß es: „Eine tüchtig organisierte, freie und selbständige Gemeinde muß die Grundlage unseres Staatslebens bilden; will man eine solche Gemeinde erhalten, so muß man dafür sorgen, **daß nicht die Entscheidung in Gemeindeangelegenheiten in die Hände der Massen komme und abhängig gemacht werde,** anstatt von der Ueberzeugung selbständiger und überlegter Männer, **von der Leidenschaft der Menge und von dem Winke eines fanatischen Agitators.**" Aber ganz ausschließen wollte der Minister damals die Sozialdemokratie nicht, denn er mußte in seiner Rede selbst zugeben, daß die Arbeit der Sozialisten wünschenswert und sogar notwendig sei, um die bürgerlichen Elemente an ihre sozialen Pflichten zu erinnern. Nur war er der Meinung, daß „die Masse" das Uebergewicht nicht bekommen dürfe. Deshalb wurden die Bestimmungen auch so getroffen, daß die Unansässigen Einwohner niemals die Mehrheit in den Gemeinderäten bekommen konnten. Heute aber versucht man — und die Leipziger Amtshauptmannschaft ist auf diesem Gebiete besonders rührig — die unbequeme Kritik der sozialdemokratischen Vertreter dadurch einzuschränken, daß man die Klasse der unansässigen Wähler noch besonders teilt, ein Verfahren, das nur durch eine Interpretation der Bestimmungen der L.-G.-O. möglich wird, die vom Gesetzgeber gar nicht gewollt ist.

§ 90 der L.-G.-O. bestimmt im zweiten Absatz ausdrücklich: Die Gesamtzahl der Ausschußpersonen (Gemeinderatsmitglieder) ist auf **die verschiedenen Klassen Hauptklassen der Ansässigen** und auf **die Klasse der unansässigen** Gemeindemitglieder zu verteilen. Hiernach ist eine Teilung der Unansässigen in Wählerklassen überhaupt ausgeschlossen. Das ist auch von dem Regierungsrat Michel anerkannt worden, der in seinem Kommentar zur Rev. L.-G.-O. ausdrücklich bemerkt, **daß eine ortsstatutarische Ausdehnung des Klassensystems auf die unansässigen Gemeindemitglieder unzulässig** ist. Das hindert den Kommentator aber nicht, gleich darauf zu bemerken, daß **in besonderen Fällen** das Ministerium auf Grund des § 98, auf den sich jetzt auch die Amtshauptmannschaft beruft, Dispensation erteilen könne. Dieser Paragraph besagt nämlich: In besonderen Fällen kann von dem Ministerium des Innern auf Antrag des Gemeinderats nach vorheriger Begutachtung der Aufsichtsbehörde (Amtshauptmannschaft mit Bezirksausschuß) **von Bestimmungen** des gegenwärtigen Gesetzes dispensiert werden. Damit ist schon gesagt, daß **nicht alle** Bestimmungen einfach durch Dispensation aufgehoben werden können. Es kann sich hier nur um ganz bestimmte Fälle handeln, wo die gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Gemeinden Schwierigkeiten bereiten. Daß es nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen ist, daß diese Bestimmung des § 98 auch auf die Wählereinteilung angewendet werde, geht aus den Beratungen hervor, die in der Session 1883/84 in der Zweiten Kammer gepflogen wurden. Der Minister erklärte damals: Mit dieser Bestimmung (in § 98) verhält es sich wie mit sehr vielen anderen Rechten. Wenn sie günstig für das Allgemeine wirken sollen, so muß man davon **einen sehr mäßigen** Gebrauch machen. Ja, es sei sogar zweifelhaft, ob man auf Grund des § 98 der Rev. L.-G.-O., d. h. auf Grund des Dispensationsrechts, überhaupt dazu kommen könnte, an Stelle der gesetzlichen Voraussetzungen für das Wahlrecht andere, und zwar strengere Voraussetzungen vorzuschreiben. **Denn das Dispensationsrecht gewähre wohl das Recht, über gewisse Erfordernisse hinwegzusehen, aber es räume nicht ohne weiteres der Regierung die Befugnis ein, an Stelle der gesetzlichen Vorschriften vollständig andere, davon abweichende zu substituieren.**

Trotz dieser Feststellungen hat das Ministerium später seine Dispensationsbefugnisse auf die Wahlrechtsbestimmungen ausgedehnt. Es ist deshalb auch nicht zu erwarten, daß eine Beschwerde über das gewaltsame Auslegen des § 98 bei dem Ministerium viel helfen wird. Deshalb ist es ratsam, in einem geeigneten Falle die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts anzurufen. Ferner ist es notwendig, daß der Landtagsfraktion Material in die Hände gegeben wird, damit sie die Angelegenheit im Landtage zur Sprache bringen und im Interesse der Gemeinden tätig sein kann.

In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten vor allem das Verhalten der Leipziger Amtshauptmannschaft kritisiert, die die Bestrebungen auf Verschlechterung des Gemeindewahlrechts nicht nur fördert, sondern vielfach auch erst die Anregung dazu gibt. Dabei wurde festgestellt, daß diese Behörde sich fortgesetzt in Widerspruch setzt mit ihrem eignen Musterentwurf und in den Gemeinden nach ganz verschiedenem Rezept verfährt, lediglich den einen Zweck im Auge, die Rechte der Besitzenden auf Kosten der Nichtbesitzenden zu erweitern. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß man sich nicht nur auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts verlassen dürfe, sondern bei jedem Versuche, eine Verschlechterung des Gemeindewahlrechts durchzudrücken, sofort an die Oeffentlichkeit, d. h. an die Einwohner heranzutreten und sie zum Protest gegen diese Anschläge aufzufordern. Das sei um so mehr geboten, da die Behörde die Absicht verfolge, die Verschlechterungen im geheimen durchzudrücken. Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

> Die sich in den Landgemeinden mehrenden reaktionären Anschläge auf das Wahlrecht der Unansässigen, wie es in der Teilung der Wählerklasse der Unansässigen zum Ausdruck kommt, veranlassen die heute im Volkshause tagende Gemeindevertreterkonferenz für den 13. Wahlkreis, den Hauptvorstand des Vereins zu beauftragen, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit ein oberverwaltungsgerichtliches Urteil darüber herbeizuführen, ob entgegen den gesetzlichen Bestimmungen der L.-G.-O. eine Teilung der Klasse der unansässigen Wähler im Wege der Dispensation nach § 98 L.-G.-O. möglich ist.
>
> Weiter beauftragt die Konferenz den Vorstand des Kreisvereins, die Landtagsfraktion zu ersuchen, sobald als möglich geeignete Schritte zu unternehmen, um eine Beseitigung der reaktionären Bestimmungen der L.-G.-O. zu erreichen.

*

Nachdem wurde noch auf verschiedene Vorkommnisse in einzelnen Gemeinden und auf einige Fragen hingewiesen, die einer gemeinsamen Besprechung wert wären, um die vielfach zutage tretende Unklarheit unter den Gemeindevertretern selbst zu beseitigen. Ferner wurde aufgefordert, die Presse mehr als bisher zur Kritik über Gemeindeangelegenheiten zu benutzen. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die sich mit den Verhältnissen in den einzelnen Gemeinden vertraut zu machen hat, das Material zur gemeinsamen Besprechung vorbereiten und den Genossen in den einzelnen Orten mit Rat und Tat zur Seite stehen soll. Diese Kommission, in die die Genossen Möller, Gottschalch, Großmann, Näther und Nebrig gewählt wurden, soll durch ein Mitglied des Kreisvorstandes ergänzt werden.

Schönefeld. Verhängnisvoller Sturz vom Rade. Ein Radfahrer, namens Noack, wollte gestern früh in rasendem Tempo eine Kurve in der Nähe des Theklaer Weges nehmen. Dabei verlor er die Gewalt über sein Rad und fuhr mit solcher Wucht den angrenzenden Abhang hinunter, daß er unten besinnungslos liegen blieb. Der Verunglückte mußte mittels Krankenwagens in das Leipziger Krankenhaus gebracht werden.

Paunsdorf. Achtuhrladenschluß. Die Kreishauptmannschaft hat, nachdem sich zwei Drittel der beteiligten Inhaber offener Verkaufsstellen am Orte für die Einführung des Achtuhrladenschlusses erklärt haben, angeordnet, daß die offenen Verkaufsstellen im Handelsgewerbe in Paunsdorf auch in der Zeit von 8 bis 9 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Diese Anordnung tritt außer Kraft: 1. bei unvorhergesehenen Notfällen, 2. an allen Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen, 3. an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten und 4. für die fünf Werktage vor Ostern, die sechs Werktage vor Pfingsten und die 14 Werktage vor Weihnachten, an denen die Läden bis 9 Uhr abends geöffnet sein können. Als beteiligte Geschäftsinhaber sind anzusehen alle Inhaber offener Verkaufsstellen im Handelsgewerbe in Paunsdorf. Während der Zeit, wo die Verkaufsstellen auf Grund gegenwärtiger Anordnung geschlossen sein müssen, ist der Verkauf von Waren der in den Läden geführten Art, sowie das Feilbieten von solchen Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an andern öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe — § 42 b, Absatz 1, Ziffer 1 des Gesetzes — sowie im Gewerbebetriebe im Umherziehen — § 55, Absatz 1 des Gesetzes — verboten. Ausnahmen können von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden. Zuwiderhandlungen unterliegen der Strafbestimmung in § 146 a der Reichsgewerbeordnung. Diese Anordnung tritt am 1. Oktober 1910 in Kraft.

Paunsdorf. Nähkursus. Am Donnerstag, den 6. Oktober, beginnt im Nähsaale der hiesigen Schule wieder ein Abendnähkursus für junge Mädchen und Frauen. In erster Linie sind dazu solche Mädchen eingeladen, die keine andre Gelegenheit zu ihrer Ausbildung im Nähen haben; doch sind, wie früher, auch Frauen willkommen, die Anleitung zur Anfertigung von Wäsche- und Kleidungsstücken für ihre Familie wünschen. Wer teilnehmen will, wird gebeten, sich am ersten Uebungsabende ½8 Uhr einzufinden. Eine Anmeldung ist nur für solche Teilnehmerinnen nötig, die am ersten Abend nicht kommen können. Der Unterrichtsbeitrag ist auf 2 Mark für das Vierteljahr festgesetzt worden. Für Teilnehmerinnen, die schon früher dem Kursus ein halbes Jahr lang angehört haben, beträgt der Beitrag vierteljährlich nur 1 Mark.

Hartmannsdorf. Gemeinderatssitzung vom 25. September. Von der großen Anzahl verschiedener Eingänge wurde besonders hervorgehoben die ministerielle Genehmigung des neuen Orts-Steuerregulativs, das nunmehr mit dem 1. Januar 1911 an Stelle des Kopfsteuersystems in Kraft tritt. — Die Gemeinden Rehbach und Albersdorf sehen vorläufig von dem Beitritt zu einer eventuell ins Leben zu rufenden Bezirkssparkasse, der alle Gemeinden ohne eigene Sparkasse angegliedert werden sollen, ab. — Der Gärtnereibesitzer P. Jope ist mit der Beschwerde wegen Entwässerung seines Grundstücks von der Amtshauptmannschaft abgewiesen worden mit der Begründung, daß die Anlegung eines Grabens oder einer Tagerinne nicht genüge, weil das Grundstück tiefer liege, als die Straße, daß vielmehr eine vollständige Beschleusung des Grundstücks und in Verbindung damit die Ortsbeschleusung einzutreten habe. Den Ort zu beschleusen liege gegenwärtig keine Veranlassung vor. Dem Beschwerdeführer wird aufgegeben, dem Uebelstande durch Anlegung eines Sammelbassins abzuhelfen. — Es wurde beschlossen, auch die Feuerwehrdienstpferde gegen Unfall beim Gemeindeverband zu versichern. — Das Schmerzenskind der Gemeinde, die Armenhausangelegenheit, wurde wiederum vertagt. — Die Bewilligung eines Beitrages zur Unterhaltung der Kinderbewahranstalt in Knauthain wurde gegen eine Stimme abgelehnt. — Einem Gesuche des Einwohners Krug um Ueberlassung des gegenwärtig von dem Waschmann Schneider unentgeltlich benutzten Gemeindeplatzes gegen eine jährliche Entschädigung von 30 Mk. wurde unter Vorbehalt zugestimmt. — In die Staatseinkommensteuer-Einschätzungskommission wurden gewählt: der Gemeindevorstand Frommhold und als dessen Stellvertreter Ph. Kretzschmer. — Nach dem Bericht der Rechnungsprüfungskommission ist die Gemeindeabrechnung für das Jahr 1909 geprüft und für richtig befunden worden. Die Rechnung liegt vom 26. September an vier Wochen lang öffentlich zur Einsicht im Gemeindeamt aus. — Vor Schluß der Sitzung glaubte der Gärtnereibesitzer Theile, Vertreter der ersten Klasse, eine Erklärung dahin abgeben zu müssen, daß er es sich trotz des Einspruches des Gemeinderates auch fernerhin vorbehalte, die Sitzung zu verlassen, wenn es ihm geboten erscheint. Weise die Tagesordnung Angelegenheiten auf, die für ihn von Interesse seien, halte er schon bis zum Schluß mit aus, aber über Sachen zu verhandeln, die „einem zum Halse heraushängen" (Steuerregulativ, Armenhaus?), dazu sei ihm die Zeit zu kostbar. Auf diese Erklärung wurde Herrn Theile bedeutet, daß es dann doch wohl schon besser sei, er nähme das Amt als Gemeindevertreter gar nicht erst an, wenn er glaube, keine Zeit zur vollen Ausübung seiner Pflicht zur Verfügung zu haben.

Knauthain. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde nach dem Verlesen der Registrandeneingänge über die Prüfung der Gemeinderechnungen berichtet. Die Kommission teilte mit, daß sie alles in bester Ordnung gefunden habe. Nach einer nochmaligen Erläuterung der einzelnen Rechnungen wurde der Gemeindevorstand, der zugleich Kassierer ist, entlastet. Die Gemeindekasse hatte inklusive eines Kassenbestandes von 1587.74 Mark eine Einnahme von 19 951.74 Mark und eine Ausgabe von 18 041.15 Mark, so daß bei Abschluß des Rechnungsjahres ein Bestand von 1910.59 Mark vorhanden war. Die Armenkasse hat 1491.75 Mark eingenommen und 1184.23 Mark ausgegeben. Der Kassenbestand für 1910 beträgt 307.52 Mark. Die Feuerlöschkasse verrechnete 428.61 Mark Einnahmen und 104.57 Mark Ausgaben und hat einen Kassenbestand von 324.04 Mark. Die Gemeinderechnung liegt vier Wochen lang zur Einsicht aus. — Einem Nachtrag zum Sparkassenstatut wurde zugestimmt. Danach können von jetzt ab außer der Expeditionszeit auch in den Gemeindeämtern in Knauthain und Knautkleeberg Einzahlungen erfolgen. — Das Grundstück, auf dem der Transformator der elektrischen Anlage erbaut wird, soll die Gemeinde vom Rittergutspächter pachtweise übernehmen. Die Kosten werden vom Verband zurückerstattet. — Eine Beschlußfassung über die Unfallversicherung der Gemeindebeamten wurde vertagt. — Der Geometer Heynich teilte mit, daß die Vorarbeiten zum Schleusenbau bis zum 1. Oktober fertig seien. — Zur Staatseinkommensteuer-Einschätzungskommission wurden die Herren Harnisch und Richter, als Stellvertreter die Herren F. Klemm und B. Weber I gewählt. — Ein Gesuch um Beitritt zum Verein zur Förderung bildungsfähiger gebrechlicher Kinder ließ man auf sich beruhen.

Zwenkau. Zur Stadtverordneten-Ersatzwahl. Die zur bevorstehenden Stadtverordneten-Ersatzwahl neu aufgestellten Ur- und Abteilungslisten über die stimmberechtigten Bürger werden von Montag, den 26. September, bis mit Dienstag, den 11. Oktober d. J., Werktags während der gewöhnlichen Expeditionszeit in der Ratsexpedition zu jedermanns Einsicht ausliegen. Das Recht zur Einsichtnahme in die Listen ist für jeden Beteiligten auf die Befugnis beschränkt, von der eigenen Veranlagung und der Veranlagung derjenigen Personen Kenntnis zu nehmen, die dazu schriftliche Vollmacht erteilt haben. Bis zu Ende des siebenten Tages, von Beginn der Auslegung an gerechnet, steht es jedem Beteiligten frei, gegen den Inhalt der Wahllisten beim Stadtrat Einspruch zu erheben, über den dann vor Schluß der Listen Entschließung gefaßt und den Einsprechenden Mitteilung gemacht wird. Nach Ablauf der für die Auslegung bestimmten Frist werden die Wahllisten geschlossen. Den zu diesem Zeitpunkte noch nicht erledigten Einsprüchen für die bevorstehende Wahl wird keine weitere Folge gegeben. Alle Bürger, die in den geschlossenen Listen alsdann nicht eingetragen sind, können an der bevorstehenden Wahl nicht teilnehmen.

Zwenkau. Aus dem Stadtgemeinderate. In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Stadtgemeinderats trug der Bürgermeister vor, daß nach der Aufstellung der Bürgerliste zu den im Dezember stattfindenden Stadtverordnetenwahlen, 362 Bürger vorhanden seien, wovon auf die erste Abteilung 40, auf die zweite Abteilung 105 und auf die dritte Abteilung 217 entfallen. Die erste Abteilung schließt mit dem Steuersatz von 95 Mark, die zweite mit einem solchen von 34 Mark nach unten ab, während der Höchststeuersatz der dritten Abteilung 33.97 Mark beträgt. Zu wählen sind in der ersten Abteilung ein Ansässiger und ein unansässiger Ersatzmann, in der zweiten Abteilung ein Ansässiger und ein Unansässiger und in der dritten Abteilung ein Ansässiger. Der infolge der Gehaltserhöhung der Lehrer in die erste Abteilung aufgerückte und in der zweiten Abteilung als unansässiger Stadtverordneter ausscheidende Schuldirektor Müller, ist nicht wieder wählbar. Für die erste und zweite Abteilung zusammen wurde ein Wahlausschuß mit dem Bürgermeister als Vorsitzenden und für die dritte Klasse ebenfalls ein Ausschuß mit dem Stadtrat als Vorsitzenden gebildet. (Der Termin der Wahlen ist noch nicht festgesetzt.) — Das Anstreichen der Fenster am Wasserturm soll im nächsten Frühjahr ausgeführt werden. — Es wurde ferner beschlossen, am 31. Oktober eine Besichtigung des Rathauses vorzunehmen, um dann in die Beratung des vom Baumeister Harnisch eingereichten Umbauplans des Rathauses einzutreten. — Der Anregung, den Kopisten Seiferth als Hilfsexpedienten an Stelle des zum Stadtsteuereinnehmer aufrückenden Kontrolleurs Winkler auf die Dauer von vorläufig drei Monaten anzustellen, wurde zugestimmt. — Darauf gelangte ein Teil der den Stadtverordneten zugestellten Vorlage des Ortsstatuts, das durch mehrfache Nachträge, die jetzt in die Vorlage hineingearbeitet worden sind, die Orientierung erschwerte, zur Verlesung. Die Beratung wurde vertagt.

Eilenburg. Der Bürgermeister als Handlanger der Militärbehörde. Wir teilten bereits gestern mit, daß eine vom Gewerkschaftskartell arrangierte und von der Theatergesellschaft Zahn aus Bitterfeld geplante Aufführung des Schauspiels: Die letzten sechs Wochen von der hiesigen Polizeibehörde ein Verbot erlassen worden sei. Jetzt liegt uns das von Herrn Dr. Belian verfaßte Kulturdokument vor. Es lautet:

> Nach den Bekanntmachungen in den hiesigen Zeitungen beabsichtigen Sie heute abend im Saale des Tivoli von der Theatergesellschaft Zahn ein Theaterstück: „Die letzten sechs Wochen!" öffentlich zur Aufführung zu bringen. Auf Grund des § 10 Allg. Landrechts, Teil II, Tittl. 17, wird die Aufführung dieses Theaterstücks im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung hiermit untersagt, weil der Inhalt der Aufführung geeignet ist, die Besucher gegen die bestehende staatliche Ordnung aufzureizen. **Das Königliche Bezirkskommando zu Bitterfeld hat heute das Verbot bei uns beantragt.** Dem Chef der Polizeiverwaltung ist das Stück erst am Aufführungstage, abends 6¾ Uhr, vorgelegt worden. **Es liegt für ihn nicht mehr die Möglichkeit vor, das Stück selbst eingehend zu studieren.** Es wird daher darauf Bezug genommen, daß das Stück von der Halleschen Polizeiverwaltung aus den oben angeführten Gründen verboten ist und daß dieses Verbot von der für Eilenburg ebenfalls zuständigen Aufsichtsbehörde, dem Herrn Regierungspräsident zu Merseburg, bestätigt ist. Dr. Belian.

Mehr Schmiegsamkeit und Biegsamkeit kann man wirklich nicht verlangen. Der Herr Bürgermeister kennt zwar das Stück nicht, das bereits in Leipzig, Bitterfeld, Delitzsch usw. aufgeführt wurde, ohne daß der Staat ins Wanken gebracht worden wäre, er hat gar keine Ahnung von dem Inhalt, aber das hindert ihn nicht, sich allerunterthänigst den Wünschen der Militärbehörde zu fügen, und sich, ohne mit einer Wimper zu zucken, zum Handlanger für den Militarismus herzugeben. Vielleicht erinnert man sich nun des strebsamen Bürgermeisters beim nächsten Ordensfest. Wir gönnens ihm, schon wegen der Verdienste, die er sich fortgesetzt um das Gedeihen der Sozialdemokratie erwirbt.

Auskunft in Rechtsfragen.

D. B. 350. Kommen Sie in unsre Sprechstunde.

L. K. 120. Sie haben vierteljährliche Kündigung und müssen die Kündigung am 1. Oktober für den 1. Januar anerkennen.

B. G. 27. Eine Klage wäre möglich, würde aber in diesem Falle kaum einen Erfolg haben.

M. M. 100. Sie müssen beim Gericht einen entsprechenden Antrag stellen.

A. P. Sie können nur den Betreffenden selbst verklagen.

Briefkasten der Redaktion.

R. S. 100. Auskunft in medizinischen Angelegenheiten erteilen wir nicht. Wenden Sie sich an einen Spezialarzt.

Oswald Franz. Ihr Bericht ist zu spät eingegangen.

H. Sch., Rinkartstraße. Das Gedicht ist gut gemeint, aber nicht verwendbar.

Frau F. in Leutzsch. Das Eingesandt, so gut es auch gemeint ist, ist nicht verwendbar.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sozialdemokratischer Parteitag zu Magdeburg.

Resolution

betreffend das Genossenschaftswesen.

Bei der Bewertung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht.

Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittlung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.

Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumgenossenschaften hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse decken, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Not- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten können die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampfe sein.

Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassengegensätze wächst ihre Gegnerschaft in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen und schikanöse Verwaltungsmaßnahmen suchen die Behörden und bürgerlichen Parteien ihre Entwicklung zu hemmen. Die gleichen Kreise haben ehedem die Gründungen von Konsumvereinen als eines der vornehmsten Mittel für die Lösung der sozialen Frage empfohlen.

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen. **Parteivorstand und Kontrollkommission.**

Die Genossenschaftsfrage.

Referent Fleißner-Dresden: Der internationale Kongreß in Kopenhagen hat in einer ziemlich ausführlichen Resolution die Stellung zu den Konsumvereinen festgelegt. Die Kopenhagener Resolution stellt erstens die Nützlichkeit der Konsumvereine in materieller, sozialer und politischer Beziehung für die allgemeine Arbeiterbewegung fest und konstatiert zweitens, daß die Konsumvereine nur dann einen wesentlichen Wert für die allgemeine Arbeiterbewegung haben, wenn sie mit sozialem und sozialistischem Geist erfüllt wären. Das ist die wichtigste Feststellung der Resolution. Die Resolution sagt weiter, daß wir infolgedessen innigere Beziehungen zwischen Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft herbeiführen müssen; sie betont aber auch, daß man nicht die Anschauung aufkommen lassen darf, daß etwa die Konsumvereine allein im stande wären, die Arbeiter aus dem kapitalistischen Joch zu befreien. Andre Punkte, namentlich die Frage der rechtlichen Stellung der Konsumvereine, überläßt die Resolution der Entscheidung der genossenschaftlichen Organisationen in den Einzelländern. Die Produktivgenossenschaft, die Baugenossenschaften und Wohnungsgenossenschaft sind nicht als selbständige Genossenschaftsarten zu behandeln, sondern sie haben in den Konsumvereinen möglichst aufzugehen. Es ist durchaus falsch, daß die sozialdemokratische Partei sich nie um die Genossenschaften gekümmert habe. Marx und Lassalle haben den Produktivgenossenschaften eine nicht unwesentliche Rolle in der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung zugedacht, die Konsumvereine schieden fast völlig aus dem Kreise ihrer Betrachtungen aus, oder man stellte sich ihnen ablehnend gegenüber. Marx hat in mehreren Stellen im Kapital darauf hingewiesen, daß die Produktivgenossenschaften Triebkräfte zur Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sein sollen und sein können, während, da die Ausbeutung der Arbeiter durch die Händler einsekundäre sei, Konsumvereine und alle Organisationen, die sich auf den Handel beziehen, nicht in Betracht kommen können für die moderne Arbeiterbewegung. Aehnlich äußerte sich Lassalle im Offenen Antwortschreiben, wo er ausführte, daß es falsch sei, den Arbeitern als Konsumenten helfen zu wollen. Man müsse ihnen von der Seite helfen, wo sie der Schuh drückt, als Produzenten. Auch seine Theorie des ehernen Lohngesetzes führte ihn zu einer Ablehnung der Konsumvereine. Der Genfer Kongreß der Internationale von 1866 empfahl den Arbeitern, sich eher auf Produktivgenossenschaften als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an. Auch der liberale Schulze-Delitzsch hielt die Produktivgenossenschaft für den Schlußstein des ganzen Genossenschaftsgebäudes. Wenn er natürlich auch in der Genossenschaftsbewegung ein Mittel zur Festigung, nicht zur Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft sah. Die Sozialdemokratie dagegen betrachtet, wie der Kopenhagener Kongreß wieder beweist, die Genossenschaften hauptsächlich als Mittel zur Beseitigung der herrschenden Gesellschaftsordnung. Freilich sind es jetzt nicht mehr die Produktivgenossenschaften, sondern die Konsumgenossenschaften, die mit dazu beitragen, die Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade in ihren Kämpfen zu unterstützen. Die Praxis hat ergeben, daß die Produktivgenossenschaften nicht die ihnen zugedachte Rolle spielen konnten. — Bisher ist die Genossenschaftsfrage noch nie selbständig auf einem deutschen Parteitag behandelt worden. 1892 in Berlin nahm er lediglich zu den Produktivgenossenschaften Stellung. Die Konsumvereine hatten allerdings damals noch nicht entfernt Bedeutung, Umfang und Einfluß wie heute. Von den 1150 Konsumvereinen des Zentralverbands deutscher Konsumvereine haben 1892 erst 199 bestanden. 1899 auf dem Parteitag in Hannover wurden noch recht eigenartige Anschauungen über die Bedeutung der Genossenschaften von einflußreichen Genossenschaftlern vorgetragen. Es wurde behauptet, man könne sie zum Klassenkampf nicht gebrauchen, die Arbeiter würden Selbstmord begehen, wenn sie diese Waffe benutzen würden. Nun, in neuerer Zeit haben die Arbeiter erfreulicherweise den Genossenschaftsgründungen mehr Interesse entgegengebracht. 1909 gab es etwa 1 450 000 Konsumvereinsmitglieder, davon 1 Million im Zentralverband. Die „Produktion" in Hamburg, die 1899 gegründet wurde, zählt heute 28 000 Mitglieder. Aus der bürgerlichen Genossenschaftsbewegung sind leider eine Menge Fehler übernommen. Früher war in der Hauptsache der Gesichtspunkt maßgebend, den Arbeitern einen wirtschaftlichen Vorteil, eine Dividende zu verschaffen. In Sachsen hat zur Zeit des Sozialistengesetzes viel der Umstand zur Gründung von Konsumgenossenschaften geführt, daß der ganze Mittelstand im antisemitischen Fahrwasser segelte und daß viele Arbeiter sich die Frage vorlegten, wie sie dazu kämen, ihren ärgsten politischen Feinden, die ihnen die Lokale abtreiben und jede Gleichberechtigung absprechen, am Sonnabend ihr schwerverdientes Geld in den Laden zu tragen. Die leistungsfähigsten Konsumvereine sind aus den kleinsten Anfängen hervorgegangen. Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz wurde 1885 mit 78 Personen gegründet, heute hat er 40 605 Mitglieder, 16½ Millionen Mark Umsatz, den größten Umsatz aller Konsumvereine in der Welt, 70 Verkaufsstellen, und zahlt an Löhnen 1 300 000 Mark. Wenn man sagt, die moderne Arbeiterbewegung hätte sich früher um die Konsumvereine kümmern müssen, so halte ich es gerade für ein Glück, daß die Arbeiter Deutschlands zunächst ihr Hauptaugenmerk auf die politische und gewerkschaftliche Organisation gerichtet haben. Das hat uns vor all den Fehlern und Uebertreibungen geschützt, die wir in andern Ländern in bezug auf die Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiterklasse wahrnehmen können. Es hat uns vor einer gefährlichen Ueberschätzung der Konsumvereine bewahrt. Auch heute ist ja diese Ueberschätzung vor allem in leitenden Konsumvereinskreisen noch hier und da vorhanden, wenn man z. B. davon spricht, daß die Konsumvereine, überhaupt die Wirtschaftsgenossenschaften, einen wesentlichen Faktor zur Lösung der sozialen Fragen bilden könnten. Das Beispiel Englands beweist, daß das völlig ausgeschlossen ist. Wir haben in England die größte und leistungsfähigste Konsumvereinsbewegung der Welt, aber es ist nichts davon zu spüren, daß die Konsumvereine damit einen wesentlichen Einfluß auf die kapitalistischen Verhältnisse ausgeübt hätten. Die Arbeiter haben dort unter den kapitalistischen Verhältnissen als Produzenten genau so zu leiden, wie bei uns. — In Sachsen hat man zuerst erkannt, daß die Konsumvereine ihren eignen Weg gehen müssen, wenn sie sich richtig entwickeln wollen. Dort hat sich zuerst ein besonderer Verband abgezweigt von dem Allgemeinen Verband Crüigerscher Richtung, von sächsischen Konsumvereinen wurde auch die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg gegründet. Erst die eigne Organisation, der Zentralverband deutscher Konsumvereine, hat die Konsumvereine lebensfähig gemacht. Die Gefahren der Konsumvereine will ich nicht verschweigen. Die Zugehörigkeit zu ihnen geht aus egoistischen Motiven hervor. Aber die Konsumvereine sollen mit sozialem und sozialistischem Geiste erfüllt sein. Das wird nur möglich sein, wenn die Konsumvereinsmitglieder aufgeklärte Genossen sind. Darum müssen wir gerade die organisierten Genossen und Gewerkschaftler zum Eintritt in die Konsumvereine auffordern. Dann werden sie nicht mehr zu klagen brauchen, daß die Konsumvereine nur noch Dividendenpressen sind. Eine große Rolle in der Konsumvereinsliteratur spielt das Schlagwort vom gleichen Interesse aller Konsumenten. Rein akademisch ist das richtig. Aber ein wichtiges und dringendes Interesse an den Wirtschaftsgenossenschaften haben nur die besitzlosen Klassen, die kleinen Reichsbeamten natürlich ebenso wie die Fabrikarbeiter. Natürlich ist den Besitzenden der Konsumverein nicht verschlossen, aber die Interessen der Besitzlosen müssen überwiegen. Diese Erkenntnis ist wichtig für den Streit um die sogenannte Neutralität. Die Resolution des Kopenhagener Kongresses wird hier hoffentlich auf beide Teile erzieherisch wirken, so daß es nicht für alle Zukunft bei bloßen Sympathieresolutionen zwischen Genossenschaften und Sozialismus bewenden muß. Die Redensart, daß durch die Konsumvereine der Kapitalismus ausgehöhlt und unterwühlt werden könnte, sind allerdings nicht einmal ein schöner Traum. Es wäre doch ganz sonderbar, wenn die bürgerliche Gesellschaft in dem Augenblick, wo sie sehen würde, daß ihre ganze Existenz durch die Konsumvereine in Frage gestellt wäre, ruhig zusehen und nicht politische Mittel in Anwendung bringen würde, um diesen Prozeß zu unterbinden und aufzuhalten. Die Konsumvereine können eben sehr verschieden wirken, je nachdem die Leitung ihre Aufgabe auffaßt. Selbst Unternehmer haben früher schon Konsumvereine gegründet, um ihre Arbeiter von Lohnforderungen abzuhalten. Partei und Gewerkschaft sind berufen, die Konsumvereine zu dem zu machen, was sie sein sollen und können. Das ist ja überhaupt der Grund, aus dem die Partei offiziell zur Genossenschaftsfrage Stellung nimmt. In der Resolution heißt es ganz richtig, daß die Konsumvereine unter den dort näher dargelegten Voraussetzungen gute Hilfsmittel für die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung sein können. Das ist die richtige Einschätzung, die fern ist von Ueber- oder Unterschätzung. Von dieser Auffassung aus können wir die Konsumvereine in den Rahmen der modernen Arbeiterbewegung einpassen. Die Kopenhagener Resolution läßt die Frage offen, ob die Konsumvereine politsche Vereine, Teile der Partei oder gar, wie in Belgien, die Partei selbst sein sollen. In Deutschland wäre es ganz falsch, die Konsumvereine in ein Abhängigkeitsverhältnis von der Partei zu bringen oder umgekehrt. Alles spricht dafür, daß sie wie bisher ihre volle Selbständigkeit wahren. Ganz unabhängig davon, wie die Konsumvereine zur politischen Bewegung stehen, kommt es lediglich darauf an, in welchem Geist die in den Konsumvereinen tätigen Genossen wirken. Allerdings tun auch viele Parteigenossen ihre Pflicht hierin nicht, sondern bleiben aus Furcht, daß der Konsumverein von Gegnern zu einem sozialdemokratischen gestempelt werden könnte, ihm fern oder verleugnen in ihm ihre Zugehörigkeit zur Partei.

Eine andre Frage ist die, ist der Konsumverein geeignet, in den Klassenkampf der Arbeiter selbst positiv einzugreifen oder wenigstens seinen Mitgliedern im Kampfe beizuspringen. Die ideelle Verwandtschaft zwischen Konsumverein und der Partei ist groß, es ist nicht wahr, daß die Konsumvereine von keiner Partei abhängig sind oder kein Gewicht auf eine Partei zu legen hätten. Die Konsumvereine haben alle Veranlassung, sich umzusehen, wer sie in ihrem Kampfe schützt, ihre materiellen und politischen Interessen decken sich durchaus mit denen der sozialdemokratischen Partei. Unsre Partei hat überall ihre ganze Wucht und Bedeutung in die Wagschale gelegt gegen die den Konsumvereinen feindlichen Kräfte, die Konsumvereine müssen also auch ein Interesse daran haben, mit der Partei mindestens in einem freundnachbarlichen Verhältnis zu leben. Bürgerliche Organisationen, von denen man es nicht erwartet hätte, zum Beispiel der Hansabund und verschiedene Handelskammern, haben gegen die Konsumvereine Stellung genommen. Die bürgerlichen Kreise bekämpfen die Konsumvereine nicht zuletzt aus politischen Gründen, um die Mittelständler dadurch zu gewinnen. Einzig und allein die Sozialdemokratie stützt die Konsumvereine, man braucht sich deshalb nicht zu sehr darüber aufzuregen, wenn daraus der Schluß gezogen wird, die Konsumvereine seien sozialdemokratische Organisationen. Das wird immer behauptet, wenn man eine Gefährdung bürgerlicher Interessen befürchtet. Das Odium, daß sie sozialdemokratisch sind, werden die Konsumvereine in Deutschland nicht los werden, man ist auch in leitenden Konsumvereinskreisen dieser Tatsache gegenüber nicht mehr so nervös. Die Vereine des Zentralverbands bestehen heute zu etwa 85 Prozent aus Lohnarbeitern, sie sind also Arbeiterorganisationen und die Konsumvereinsbewegung ist eine proletarische Massenbewegung. Je mehr wir sie dazu machen, desto mehr werden sie nützlich für die einzelnen Mitglieder und Angehörigen und für die Allgemeinheit in wahrem sozialem Sinne. Wir werden also unsre Reserve den Konsumvereinen gegenüber aufzugeben haben. (Beifall.) Wir müssen sagen, was ist, daß die Partei alle Ursache hat, die Vereine zu fördern, und daß die Konsumvereine anzuerkennen haben, daß die Sozialdemokratie ihre größte Freundin ist. Sorgen wir dafür, daß die Konsumvereine wirtschaftliche Organisationen in unserm Sinne werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn gefragt wird, ob die Konsumvereine nicht der Partei- und Gewerkschaftsarbeit wertvolle Kräfte entziehen, so haben wir es ja in der Hand, das zu ändern. Man vergesse nicht, daß unsre Parteigenossen gerade als Konsumvereinsangestellte infolge ihrer Unabhängigkeit sehr Wertvolles für die Partei leisten können. Unsre Genossen müssen auch als Konsumvereinsbeamte es als ihre Aufgabe betrachten, für die Interessen der Partei tätig zu sein. Der gute Wille ist in Konsumvereinskreisen zweifellos vorhanden, mit der Partei zu wirken, und wir haben dafür zu sorgen, daß die Bewegung nicht in falsche Bahnen geleitet wird. (Lebhafter Beifall.) Noch ein Wort über die Verwendung der Dividenden! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir gegen die hier und da noch herrschenden Dividendenseuchen mit aller Energie ankämpfen müssen. (Lebhafte Zustimmung), und daß wir die erzielten Gewinne nützlicher anwenden, damit die Konsumvereine leistungsfähiger werden und gegen gewisse Zufälle geschützt werden. (Sehr richtig!) Die Genossen in den Konsumvereinen sollen für Zurückdrängung des rein egoistischen Moments sorgen, sie sollen dahin wirken, daß das in den Konsumvereinen erzielte Geld nutzbar gemacht wird für das Arbeiterinteresse. Es kommt darauf an, was wir als Parteigenossen aus den Konsumvereinen machen. In die Konsumvereine muß der Geist einziehen, der sie zu guten, brauchbaren Hilfsmitteln im Klassenkampfe macht. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf werden die Weiterverhandlungen auf Sonnabend vertagt.

Schluß 7¾ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Rühs eröffnet die Verhandlung um 9¼ Uhr. auf der Tagesordnung steht zunächst die

Diskussion über das Genossenschaftswesen.

Von Katzenstein und Genossen werden folgende Zusätze zur Resolution über das Genossenschaftswesen beantragt (Antrag 103):

1. Im Absatz 4 hinter „beitreten" zu setzen: „dort ihre Bedürfnisse decken und ihre Spargelder anlegen".

2. Im Absatz 4 hinter „Eigenproduktion" einzuschieben: „von Waren und Wohnungen".

3. Im Absatz 4 am Ende (hinter: „im Klassenkampf sein") zuzusetzen: „Indem sie einen möglichst großen Teil ihrer Erübrigungen, statt sie an die Mitglieder zu verteilen, als gemeinsames Genossenschaftsvermögen ansammeln, dienen sie am wirksamsten den Interessen ihrer Mitglieder, fördern den Uebergang zur Eigenproduktion und erhöhen die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse.

4. In der letzten Zeile hinter „Konsumverein" zu setzen: „durch Beitritt und durch Benutzung ihrer Einrichtungen kräftig" . . .

Peus-Dessau: In der vorgeschlagenen Resolution erscheint mir der Hauptsatz nicht erschöpfend. Auch die bürgerlichen Vereine könnten diesen Satz unterschreiben. Ich würde eine andre Formulierung vorziehen, aber ich lege mehr Gewicht auf die revolutionäre Tat als auf die revolutionären Worte. (Hört, hört!) Leider war die Aufmerksamkeit des Parteitags gestern abend beim Referat recht gering, vielleicht wegen der Ermüdung, vielleicht weil wir uns im wesentlichen über die Frage einig sind. Seit Berlin über Hannover nach Kopenhagen hat sich eine große Wandlung in den Anschauungen vollzogen, die uns eine Mahnung sein kann, daß wir an den Wandel der Auffassungen in der Partei mehr glauben sollen, als manche jetzt dazu Neigung haben. (Zustimmung.) Vor allem müssen wir dafür sorgen, daß wir Mitglieder in die Konsumvereine hineinbekommen. (Sehr richtig!) Erreicht muß werden, daß sich die Gesamtzahl der organisierten Konsumvereinsmitglieder deckt mit der Zahl der gewerkschaftlich und politisch Organisierten und mit der Zahl der Abonnenten der Parteipresse, daß alle diese verschiedenen Bewegungen möglichst einheitlich dastehen. Wir müssen entgegentreten dem Dividendenhunger; wir müssen den profitwütigen Kapitalismus bekämpfen durch den genossenschaftlichen Kapitalismus, der auf den Sozialismus abzielt. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß die großen Warenhäuser die Konsumvereine mit Vernichtung bedrohen. Im Gegenteil, wir müssen uns darauf vorbereiten, eines Tages den Kampf gegen die kapitalistischen Warenhäuser zu führen und sie durch die Großartigkeit der Konsumvereine zu vernichten.

Als man 1899 die „Produktion" gründete, gab es große Bedenken, niemand wollte daran glauben, daß etwas Großes daraus werden würde. Wer aber sich gelegentlich des internationalen Genossenschaftskongresses in Hamburg die großen Häuserblocks mit den zahllosen Arbeiterwohnungen angesehen hat, dem ist bei dem Vergleiche mit den Elendshöhlen, in denen früher und auch noch jetzt Tausende von Arbeiterfamilien wohnen, das Herz aufgegangen. (Sehr richtig!) Die Berliner haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, in der Konsumvereinsbewegung Hamburg und Wien nachzueifern. (Bravo, Bravo!) Wir werden doppelt stolz sein auf die Hochburg Berlin, wenn eines Tages neben den 400 000 Sozialdemokraten ebensoviel organisierte Konsumenten stehen werden.

Wir müssen in allen Städten die größten Hausbesitzer werden. Wenn Sie nach Rixdorf gehen und die Idealpassage sehen, dann müssen Sie sich sagen, was für Hunderte geschaffen wurde, kann auch für Tausende geschaffen werden. Wenn wir vor wenigen Tagen in Dessau das schönste und größte Lokal der Stadt gekauft haben, so war uns das möglich durch ein Zusammenwirken des Konsumvereins und der Arbeiterdruckerei, ohne daß erst in der Arbeiterschaft große Sammlungen veranstaltet werden brauchten. Durch das wachsende Vordringen des Gemeindesozialismus wird auch der Genossenschaftssozialismus immer wichtiger. Wenn wir nun in Kopenhagen und in Magdeburg Resolutionen zugunsten der Genossenschaften fassen und wenn unsre Tat nicht fruchtlos bleiben soll, dann muß jetzt nach Kopenhagen und nach Magdeburg die Genossenschaftsbewegung emporschnellen zu unüberwindlicher Macht. (Beifall.)

Wurm-Berlin: Wenn die genossenschaftliche Entwicklung, speziell die der Konsumgenossenschaften, in Deutschland auf Widerstände in der Partei gestoßen ist, so liegt das in der Vergangenheit an gewissen geschichtlichen Bedingungen, in jüngster Zeit aber zum Teil an den übereifrigen Freunden a la Peus, die mit ihren Aushöhlungstheorien gar manchen Parteigenossen vom Anschlusse abhalten. (Zustimmung.) — Die historische Entwicklung war so, daß die Konsumgenossenschaften zunächst von der Fortschrittspartei in den 60er Jahren dazu benutzt wurden, um den Arbeitern ihre Ausbeutungslage erträglicher zu machen, damit sie ruhig sind und sich nicht gegen die Gesellschaftsordnung auflehnen. Ganz offenkundig haben Schulze-Delitzsch und Nachfolger diesen Gedanken ausgedrückt. Daher kam auch das Mißtrauen der Arbeiter. Die von Dr. Crüger geführten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vereine stehen ja heute noch auf dem Standpunkt von Schulze-Delitzsch. Das Bestreben, das Elend mit Hilfe des billigeren Einkaufs in den Konsumvereinen zu verewigen, finden wir auch bei den durch die Großindustrie, zum Beispiel Krupp, eingerichteten Konsumgenossenschaften. Die modernen Genossenschaften sagen von sich selbst, daß sie nur ein Mittel sein können, um die Arbeiter noch kampffähiger zu machen. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau und das Internationale Genossenschaftssekretariat in Zürich, die beide im Dienste der modernen Genossenschaftsbewegung stehen, entwickeln nationalökonomische Anschauungen, die im scharfen Gegensatz zu unsern Parteigrundsätzen stehen, jene Aushöhlungstheorie, daß mit allen möglichen Mitteln und Mittelchen der Klassenstaat beseitigt werden könnte ohne Klassenkampf. Und es ist der große Fortschritt in der Stellung der Arbeiterschaft zu den Konsumvereinen, wenn in der Kopenhagener Resolution hervorgehoben wird, daß die Genossenschaften in erster Linie die Aufgabe haben, die Arbeiter zum Klassenkampf zu stärken. Wir können nicht scharf genug hervorheben, daß die Genossenschaften nicht etwas absolut Selbständiges sind, es ist nicht richtig, daß die Genossenschaften gewissermaßen die Schwester des Sozialismus und der Gewerkschaften sind, nein, sie sind ihre Tochter, denn die Vorbedingung für starke Genossenschaften ist eine starke Gewerkschaftsbewegung, eine starke sozialistische Bewegung. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade der zielbewußten proletarischen Genossenschaftsbewegung werden fortgesetzt Hemmnisse bereitet, durch Leute wie Dr. Hans Müller-Zürich und Dr. August Müller-Hamburg, die es sich zur Aufgabe machen, eine **Neutralität der Konsumvereine zu proklamieren**, die gar nicht existieren kann. Es gibt in der Welt keine Neutralität, so wenig wie es eine Tendenzlosigkeit gibt. Die Leute, die sagen: wir wollen neutrale Konsumvereine, sind nur immer neutral gegen uns Sozialdemokraten, aber sie buddeln weiter im Fahrwasser der bürgerlichen Anschauungen. (Sehr richtig!) Daß die Konsumvereine das Gesetz zwingt, neutral zu sein, ist eine Sache für sich. Es ist sehr fraglich, ob unsre modernen Genossenschaften innerhalb des Rahmens des heutigen Genossenschaftsgesetzes sich noch weiter entwickeln können. Die Form ist ihnen zu eng geworden. Daher ist danach zu streben, neue Formen zu finden, in denen die Genossenschaften sich freier entfalten können, vor allem, wo der Wille der Mitglieder mehr zum Ausdruck kommt. Wenn in manchen Konsumvereinen die Hyperneutralität gegen links so sehr in den Vordergrund geschoben wird, so rührt das daher, daß die Masse der Mitglieder so wenig Einfluß auf die Verwaltung hat. (Sehr richtig!) Also wir müssen die Genossenschaften im Sinne der Kopenhagener Resolution als Mittel zum Klassenkampf benutzen, das „Müllern" in Zürich und Hamburg ist den Genossenschaften schädlich. Wenn die Arbeiter dann sehen werden, daß die Genossenschaften im Sinne des Klassenkampfes und des Sozialismus arbeiten, werden den Genossenschaften auch die Parteigenossen zuströmen und wir werden eine große, mächtige deutsche Genossenschaftsbewegung bekommen, wie sie nützlich und brauchbar ist. (Lebhafter Beifall.)

Döhnel-Leipzig: Ich bin völlig einverstanden mit den Worten Fleißners, daß die wichtigste Bestimmung der Kopenhagener Resolution die ist, daß die Konsumvereine mit sozialistischem Geiste zu erfüllen sind. Gerade deshalb kann ich mich aber nicht einverstanden erklären mit dem letzten Satz der Resolution. Der Geist einer solchen Körperschaft ist nicht faßbar, er wird uns erst bewußt durch ihr Tun und Lassen, oder ihr Sprachorgan. Wenn wir daraufhin die heutigen Konsumvereine prüfen, so werden wir sehr wenige finden, die heute schon im sozialistischen Sinne geleitet werden, und aus dem Sprachorgan der sogenannten modernen deutschen Konsumgenossenschaften weht uns auch **nicht ein Hauch sozialistischen Geistes entgegen.** (Sehr richtig!) Diesen Zustand werden wir auch nicht beseitigen durch noch so klug abgefaßte Resolutionen. Von innen heraus, von unten herauf muß Wandel geschaffen werden. Ich sehe davon ab, einen Antrag zu stellen, hoffe und wünsche aber, daß Fleißner in seinem Schlußwort den letzten Satz der Resolution in dieser Weise interpretiert. Das ist notwendig, damit nicht etwa verschiedene Parteigenossen sagen können: wir treten dem hiesigen Verein nicht bei, denn er ist ja nicht in sozialistischem Geiste geleitet. Diese Ausrede müssen wir den Parteigenossen versperren. Wir müssen dafür sorgen, daß die Genossenschaften ein wirksames Glied im Befreiungskampfe der Arbeiter werden. (Bravo!)

Schmalfeld-Bremerhaven: Wenn die Genossenschaften nicht von sozialistischem Geist durchsetzt worden sind, so lag das an ihren Einrichtungen, an ihrer Organisation und an ihren Hauptführern. Genosse Wurm hat bereits auf die beiden Müller hingewiesen; vor allem ist es Professor Standinger, der überall seinem liberalen Standpunkt Ausdruck gibt. Welcher Geist in den Genossenschaften herrscht, geht aus einem Referat von E. Markus-Remscheid — und das ist noch nicht der schlechteste Parteigenosse — auf der Konferenz der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder für Rheinland-Westfalen hervor. Markus sagte hier unter anderem: „Von den Angestellten wird oft Urlaub bei den allerverschiedensten Anlässen nachgesucht, zum Beispiel bei patriotischen Festen, gelegentlich hoher Besuche, bei Jäger- und Schützenfesten, bei Prozessionen am Fronleichnamstage usw. und nicht zuletzt zur Maifeier." (Hört, hört!) Sie werden mir doch zugeben, daß hier die Neutralität bis zum äußersten ihren Ausdruck findet. Auf dem Unterverbandstage in Bremen, der kürzlich stattfand, hatte ein Kieler Genosse beantragt, dem Genossenschaftsrat das Recht zu geben, mit der Verwaltung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beraten und zu beschließen. Das ist ein so vernünftiger Antrag, daß man ihm, wenn man überhaupt nur Demokrat, nicht einmal Sozialdemokrat ist, ohne weiteres zustimmen müßte. Aber trotzdem wurde er bekämpft; führende Personen in der Genossenschaftsbewegung, die auch in der Partei einen klangvollen Namen haben, erklärten, daß das unter keinen Umständen angängig sei (Hört, hört!); das Wort Demokratie sei ja ein schönes Wort, aber die Massen müssen erst dazu erzogen werden. Das sagt man Leuten, die nicht nur den politischen und gewerkschaftlichen, sondern auch den genossenschaftlichen Gedanken ergriffen und betätigt haben! Wir müssen nach der Erringung der politischen Macht streben, und deshalb dürfen wir nicht unsere Kräfte verzetteln. Ich für meinen Teil wünsche Ihnen allen Glück in dem Vorhaben, die Genossenschaften zu demokratisieren und mit sozialem Geist zu erfüllen, aber vorläufig wird das noch recht schwer sein.

Katzenstein-Berlin: Die Bedenken des Vorredners teile ich nicht. In dem Maße, in dem sich unsere Parteigenossen in den Konsumgenossenschaften betätigen, werden sie auch Einfluß ausüben können. Die große Masse der Mitglieder der Vereine ist proletarisch und das Wesen der Genossenschaften ist sozialdemokratisch. Es ist eine große Errungenschaft, daß dieser Parteitag sich planmäßig mit dieser Frage beschäftigt hat. Damit eröffnet sich uns ein neuer Weg zur Verwirklichung unserer letzten Ziele. Es ist ein neues Mittel zur Erreichung der sozialdemokratischen Gesellschaft, das uns damit in die Hand gegeben ist. Die Vorstandsresolution ist im ganzen annehmbar, weist aber verschiedene Lücken auf. Diese sollen durch meinen Antrag 103 ausgefüllt werden. Die Arbeiter müssen ihre Spargelder in dem Konsumverein anlegen. (Zuruf: Das geht nicht!) In der Hamburger „Produktion" sind mehr als 1½ Millionen Mark angelegt. Es ist geradezu unfaßbar, daß die Millionen sozialdemokratisch denkender Arbeiter das bißchen Kapitalkraft, das der einzelne hat, und das zusammengefaßt eine erhebliche Macht ist, in der Weise verzetteln, wie es heute geschieht. Die Gelder werden jetzt bei den Sparkassen angelegt, die sie unsern schlimmsten Feinden zur Verfügung stellen und sie für Bauhypotheken, Bodenspekulationen und Staatspapiere verwenden. Es gibt sogar Gewerkschaften, die ihre Gelder in Kirchenpapieren angelegt haben. (Heiterkeit.) In den Sparkassen des Deutschen Reiches liegen 12000 Millionen Mark. Wenn davon nur der zwölfte Teil auf Lohnarbeiter entfällt und die Hälfte in unsern genossenschaftlichen Organisationen angelegt würde, was würden wir mit dieser halben Milliarde für eine Macht haben. Ueberall muß auf die Hamburger „Produktion" hingewiesen werden. Es ist das unvergängliche Verdienst des Genossen v. Elm, der mit der Schaffung der „Produktion" der deutschen Arbeiterbewegung ein dauerndes Vorbild gegeben hat. (Beifall.) Die „Produktion" hat bereits mehr als 600 Arbeiterwohnungen hergestellt, die zu großen Kolonien zusammengefaßt sind. Es ist nicht nur eine ganz sichere Kapitalsanlage, sondern auch deshalb von Bedeutung, weil damit der Wohnungsnot entgegengewirkt wird. Wir müssen uns gegen die Dividendenseuche wenden. Es ist ein Unfug, die Dividende als eine Art kapitalistischer Gewinn hinzustellen. Sie gefährdet vielfach die Entwicklung der Vereine. Es muß Ernst gemacht werden mit der Unterstützung, die wir den Konsumvereinen gewähren müssen. Es genügt nicht, daß man die Hand erhebt und einer Resolution zustimmt, die Resolution muß auch zur Tat werden. (Beifall.) Eine Million Mitglieder haben wir in den Konsumvereinen, es liegt an uns, daß es drei und fünf Millionen werden, daß wir einen Milliardenumsatz erzielen. Wir arbeiten im wahren Sinn revolutionär, wenn wir die Organisationskraft der Arbeiterklasse stärken. Wir müssen das Wort unseres Viktor Adler wahr machen: Arbeiten wir so praktisch, als ob wir noch hundert Jahre warten müssen, und arbeiten wir so revolutionär, als ob wir schon morgen zur Tat gerufen werden. (Lebhafter Beifall.)

Stolle: Ueber die Genossenschaftsfrage hat eine eingehende Erörterung in der Presse und in den Versammlungen stattgefunden. Auch in den Landtagen und im Reichstage waren wir genötigt, uns gegen Unterstellungen und Vorwürfe zu wehren. Wenn irgendwo in einem kleinen Konsumverein die Verwaltung zu Differenzen mit ihren Angestellten kommt, da sagen die Gegner gleich: Seht, die Genossenschaften sind sozialdemokratische Einrichtungen und so benimmt sich der Sozialdemokrat, wenn er in die Lage kommt, Arbeitgeber zu sein. Bis auf den heutigen Tag hat aber die Partei als Partei noch keinen Einfluß auf die Konsumvereine gehabt. Es ist unrichtig, daß die Konsumvereine die Ziele der Arbeiterbewegung verflachen. Schon Anfang der siebziger Jahre haben wir die erste Produktivgenossenschaft, eine Spinn- und Webgenossenschaft nach Marxschem System gegründet. Was für ein gutes Kampfmittel ist nicht eine Produktivgenossenschaft! Als die ersten Wahlen in Crimmitschau stattfanden und wir zwei Abgeordnete in den Reichstag schickten, gerieten die Unternehmer in solche Wut, daß sie 200 Arbeiter auf die Straße warfen. Mit Hilfe unserer Genossenschaft haben wir diese Arbeiter 10 Jahre lang als Arbeiter in unserem Betriebe ernähren können. Mit dieser Bewegung ist uns eine Waffe gegeben, die in unserem Emanzipationskampfe von größter Bedeutung ist. In allen Orten, wo kein unabhängiger Mann zu finden ist, da ist der Konsumvereinsleiter die geeignete Persönlichkeit zur Gründung einer Organisation. Die letzten Erfolge im 20. Wahlkreise verdanken wir zum großen Teil den Konsumvereinsangestellten. Schon aus dieser politischen Erwägung heraus ist es ein bedeutender Vorteil, wenn wir solche Genossenschaften gründen. Welchen Nutzen gewähren sie nicht auch in wirtschaftlicher Beziehung. Bei den Streiks in Sachsen und anderswo sind unendlich viele Leute unterstützt worden durch die Konsumvereine. Sie wurden über Wasser gehalten monatelang, indem die Lebensmittel gestundet wurden und auch Geld gegeben wurde. Das sind unschätzbare Vorteile. Innerhalb der Grenzen, die das Genossenschaftsgesetz zieht, ist ein weites Feld, um Vorteile für die Arbeiterbewegung zu schaffen, und zwar in erster Linie, indem die Vereine zur eigenen Produktion übergehen. Wir müssen uns den Konsumgenossenschaften anschließen. Ich begrüße es mit Freuden, daß durch die Resolution der Boden zu neuer Arbeit geschaffen wird. Auf diesem Wege müssen wir weiterschreiten. Nehmen Sie die Resolution einstimmig an. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Fleißner (Schlußwort): Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß in einzelnen Genossenschaften und vor allem in der genossenschaftlichen Literatur eine sogenannte Ueberneutralität betätigt wird. Ich habe das bereits in meinem Referat zugegeben. Aber die Verhandlungen auf dem Kopenhagener Kongreß und auf diesem Parteitage werden ganz gewiß ihre erzieherische Wirkung nicht verfehlen. Darüber, ob die heutige Gesetzesform geändert werden soll, bestehen in den Konsumvereinen wesentliche Meinungsverschiedenheiten. Jedenfalls werden unsre Vertreter im Reichstage und in den Landtagen mit aller Energie für gesetzliche Aenderungen eintreten, die eine größere Bewegungsfreiheit der Genossenschaften in sich schließen. Wenn weiter bemängelt worden ist, daß der zweite Absatz der Resolution nicht weitgehend oder speziell genug sei, so verweise ich darauf, daß im dritten Absatz alles gesagt ist, was wir von den Konsumvereinen verlangen. Auf die einzelnen Anträge will ich nicht eingehen, möchte Sie aber bitten, sie alle abzulehnen, weil sie einmal weniger von Bedeutung sind und es sich dabei mehr oder weniger um Dinge handelt, die Sache der Genossenschaften selbst sind. Wir haben keine Veranlassung, den Genossenschaften solche Vorschriften auf dem Parteitage zu machen. Was wir wünschen, ist in der Resolution ausgedrückt, die ich Sie unverändert anzunehmen bitte. (Bravo!)

Unter Ablehnung der Abänderungsanträge wird die Vorstandsresolution angenommen.

Reichsversicherungsordnung.

Berichterstatter ist **Molkenbuhr:** Verschiedene Delegierte scheinen abgereist zu sein, um nicht eine stundenlange Rede von mir anhören zu müssen. (Heiterkeit.) Ich kann aber versichern, daß ich mich sehr kurz fassen werde. Wir haben uns hier nur zu fragen, welche Forderungen haben wir an die Arbeiterversicherung zu stellen, und unsre Forderungen haben wir bereits in München vor 8 Jahren begründet. Speziell unsre Stellung zur vorliegenden Reichsversicherungsordnung ist von den Genossen Bauer und Schmidt und von der Genossin Zietz in Leipzig eingehend dargelegt worden. Wir halten auch gegenwärtig an den Leipziger Beschlüssen fest, die uns als Richtschnur für unsre parlamentarische Tätigkeit und als Unterlage für unsre Agitation dienen. Damals in Leipzig lag uns nur die Bundesratsnovelle vor, inzwischen ist die Gesetzesvorlage gekommen. Aber die Unterschiede sind nicht groß und jedenfalls liegen die wenigen Abänderungen **nicht im Interesse der Arbeiter.** (Sehr richtig!) Es fragt sich nun, wie wird sich der Reichstag stellen? Die bürgerlichen Parteien sprechen immerfort von der Belastung der Industrie, die keine neuen Lasten mehr ertragen könnte. Oft genug ist die Verkehrtheit dieser Anschauungen nachgewiesen. Bei der Novelle handelt es sich um eine Mehrbelastung von **ungefähr 10 Pfg. für jeden Arbeitstag eines industriellen Arbeiters.** Diese Belastung kann die Industrie wirklich noch tragen. Die Industriellen tragen auch die Lasten nicht selbst, **sondern lassen sie sich von den Konsumenten wiederbezahlen.** Dieser Ansicht war auch früher die Regierung, während sie jetzt sich die Unternehmerklagen zu eigen macht. Die Entwicklung der deutschen Industrie beweist aber, daß sie wahrlich nicht unter den Sozialgesetzen zusammenbricht.

Ferner sind sich fast alle bürgerlichen Parteien darin einig, daß die Landwirtschaft vor stärkerer Belastung bewahrt bleiben muß. Agrarisch ist Trumpf und jede agrarische Unverschämtheit findet das offene Ohr der Regierung. Ein industrieller Arbeiter kann auf seinen Antrag von der Krankenversicherung befreit werden, wenn er den Nachweis führt, daß sein Prinzipal ausreichend für ihn sorgt. Bei Landarbeitern aber stellt nicht der Arbeiter, sondern der Unternehmer den Antrag. (Hört, hört!) Die Konservativen treten natürlich für sämtliche agrarischen Forderungen ein. Die Nationalliberalen vertreten in erster Linie die Interessen der Berufsgenossenschaften und der Kapitalisten, und das Zentrum ist in vier bis fünf Parteien gespalten. Herold und andre Zentrumsagrarier stimmen mit den Konservativen, der Zünftler Irl findet sich mit dem bekannten Tischlermeister Pauli zusammen. Hitze hat Angst vor jedem etwas weitergehenden Schritt in der Sozialpolitik, als ob Herr v. Stumm noch lebte (Heiterkeit), und die Arbeitersekretäre schließlich im Zentrum stimmen in vielen Fragen mit uns. **Noch bei keiner der 300 Abstimmungen in der Kommission haben die Zentrumsmänner geschlossen gestimmt.** (Hört, hört!) Die Freisinnigen machen sich hauptsächlich die ärztlichen Forderungen zu eigen. Bisweilen treten sie auch für die Erweiterung der Rechte der Versicherten ein, aber im allgemeinen stehen wir allein mit unsrer Forderung.

Die Vorlage hat in ihrem ersten Teil die

Schaffung von Versicherungsbehörden

vorgesehen. Es sollten selbständige Versicherungsämter begründet werden, und dagegen wandten sich die Agrarier. Sie wollten unter allen Umständen, daß die Versicherungsbehörde ein Teil der unteren Verwaltungsbehörde sei, und daß der Landrat Herr auch im Hause des Versicherungsamts werde. Das Zentrum war mit dabei und so wurde nach dem konservativen Wunsch beschlossen.

Es gab auch ein Stück Wahlrechtsfrage. Wir verlangten direkte Wahlen für die Arbeiterbeisitzer. Auch hier stimmte **das Zentrum unsre Anträge nieder.** (Hört, hört!) Die Vorlage dehnt die

Krankenversicherung

auf Landarbeiter, Dienstboten, Heimarbeiter aus. Diese Ausdehnung blieb bestehen. Es wurden aber alle erdenklichen Versuche gemacht, die Landarbeiter herauszubringen. Das Zentrum brachte Anregungen, die im Grunde darauf hinausliefen, jedem Bauer das Recht zu geben, seine Leute außerhalb der allgemeinen Versicherung zu halten.

Bekanntlich wollte die Vorlage die **Selbstverwaltung der Krankenkassen** durch Einführung der Halbierung **beseitigen.** Das hat die Kommission abgelehnt, aber auf Zentrumsantrag wurde die Selbstverwaltung doch eingeschränkt in der Richtung, daß der Vorsitzende zu seiner Wahl sowohl die Stimmen der Mehrheit der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer braucht.

Die Ortskassen bleiben auch weiter die Grundlage. Die Betriebskassen sind durch eine zufällige Abstimmung herausgekommen, werden aber jedenfalls wieder hergestellt werden. Innungskassen und Ersatzkassen bleiben, wenn auch den freien Hilfskassen ihre Existenz erschwert wird. In der

Unfallversicherung

ist eine gewisse Ausdehnung der Versicherten eingetreten. Namentlich kommen das Badepersonal und die Binnenschiffer hinzu, sowie ein Teil der Handlungsgehilfen. Aber die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das ganze Handelsgewerbe, wie auch auf das ganze Gast- und Schankgewerbe ist abgelehnt worden.

Die völlige Unzulänglichkeit der

Witwen- und Waisenrente

ist häufig nachgewiesen worden, so auch auf dem Leipziger Parteitag. Es heißt jetzt, daß man die Witwen- und Waisenversicherung herausschälen und ein andres Gesetz dafür erlassen will. Ich weiß aber nicht, was wahr daran ist. Wir haben einige kleine Vorteile erzielt, so zum Beispiel die Bewilligung der von gewissen Herren höhnisch Schnapsrenten genannten kleinen Renten auf Zeit und die Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen bei der Hinterbliebenenrente. (Bravo!) Kleine Vorteile lassen sich in unsern langen zähen Kämpfen schließlich durchsetzen, aber die Gegner sind jetzt widerstandsfähiger als früher, sie fürchten jetzt immer die Belastung der Unternehmer und der Landwirtschaft, während früher, als die Grundbesitzer von den Erhöhungen nicht betroffen wurden, leichter Vorteile errungen werden konnten.

Die Frage der Arbeiterversicherung wird immer Gegenstand unsrer Agitation sein. Was bis jetzt errungen ist, reicht keineswegs an das heran, was die Arbeiter zu fordern haben. Gewiß erscheint manchen das Thema der Arbeiterversicherung als ein sehr trockenes. Aber es kommt nicht auf die Sensation an, sondern auf die Berechtigung der Forderung. (Bravo!) Die Arbeiterversicherung ist von den großen Theoretikern des Sozialismus, namentlich von Marx, nicht durchgearbeitet worden, wie die Fragen des Arbeiterschutzes, denn die Gesetzgebung Englands, wie sie Marx vorlag, hat sich wohl mit dem Normalarbeitstag, Verbot der Kinderarbeit usw. befaßt, aber nicht mit der Arbeiterversicherung. Das darf uns aber nicht verleiten, die Fragen der Arbeiterversicherung als Fragen anzusehen, die nur die Unternehmer angehen. **Der lügt, der da sagt, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mitgemacht hat bei der Versicherungsgesetzgebung.** (Lebhafte Zustimmung.) Der erste, der im deutschen Reichstag angeregt hat, die Arbeiterversicherung in Deutschland einzuführen, war unser Bebel (Sehr richtig!), der seit dem April 1870 die Schaffung eines großen Reichsversicherungsamts verlangt hat. (Sehr richtig!) Gerade die sozialdemokratische Partei hat stets Initiativanträge in dieser Richtung gestellt, und wenn man einmal untersucht, was der Reichstag in dieser Beziehung an positiver Arbeit geleistet hat, dann wird man finden,

daß drei Viertel der von den Parteien gestellten Anträge auf die Sozialdemokratie entfallen.

Also an positiver Arbeit haben wir es bisher nicht fehlen lassen. (Sehr wahr!) Wir werden das, was bisher erreicht ist, populär darzustellen haben, damit es eine Waffe im proletarischen Kampfe sein kann. Jedes Mittel, das dazu beiträgt, die Proletarier aufzuklären, sie selbständig auf dem Kampfplatz erscheinen zu lassen und ihre Forderungen zu propagieren, das fördert gleichzeitig die sozialdemokratische Bewegung, und so wird durch unsre Agitation auch die Versicherungsgesetzgebung mit eine Waffe im Befreiungskampfe des Proletariats sein. (Lebhafter Beifall.)

Eine Debatte knüpft sich an das Referat nicht.

Es folgen

Sonstige Anträge.

Es sind das die Anträge 14, 69, 70, 71, 72, 73, 76, 85, 88, 90.

Hiervon werden genügend unterstützt die Anträge 14, 69, 71, 76, 85, 88, 90. *

---

* 14. Berlin, 4. Kreis: Im Hinblick auf die letzten Vorgänge in Baden wird der Parteivorstand beauftragt, nach den Richtlinien des Antrags 107 (Parteitag Leipzig 1909) Mittel und Wege zu suchen, um dem Organisationsstatut der Partei die Möglichkeit der Urabstimmung einzuverleiben.

69. 6. sächsischer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand hat dahin zu wirken, daß für die im Dienste der sozialdemokratischen Presse stehenden Kolporteure und deren Angehörige eine Versicherungsmöglichkeit geschaffen wird, ähnlich der Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

71. Bremen: Der Parteivorstand wird beauftragt, dahin zu wirken, daß zu den stattfindenden Geschäftsführerkonferenzen eine Vertretung der in Parteidruckereien beschäftigten Personale zugelassen wird, da es nicht mehr wie recht und billig ist, daß, wenn auf diesen Konferenzen Beschlüsse gefaßt werden, die für die Personale von weittragender Bedeutung sind, denselben auch eine Vertretung zugestanden wird, die durch Teilnahme an den Beratungen imstande ist, den berechtigten Wünschen ihrer Auftraggeber Ausdruck zu geben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zum Antrag 99 läuft ein Zusatzantrag ein:

Den Parteiorganisationen wird empfohlen, den Trinkzwang bei Versammlungen und Sitzungen durch Vereinbarungen mit den Gastwirten abzulösen.

Ferner läuft folgender genügend unterstützter Antrag Wurm und Genossen ein:

Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, darauf hinzuwirken, daß die für die Parteitage bestimmten Referate mindestens vier Wochen vor Stattfinden des Parteitages gedruckt den Delegierten übermittelt werden.

Heinrich Schulz-Berlin unterbreitet dem Parteitage folgende genügend unterstützte Resolution:

Der Parteitag erhebt den entschiedensten Einspruch gegen das ungesetzliche Vorgehen der Lichtenberger Polizeibehörde, die das Bildungsbedürfnis der proletarischen Jugend nicht nur durch unrechtmäßige Anwendung überlebter Kabinettsverfügungen des Reichsvereinsgesetzes zu ersticken versucht. Der Parteitag erhofft von dem Bildungseifer der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, daß er sich allen polizeilichen Maßregeln zum Trotz siegreich durchsetzen wird.

Davidsohn-Berlin begründet den Antrag 14. Da es den Anschein hatte, als ob gewissen Genossen die Beschlüsse des Parteitages nicht mehr imponieren, waren wir Berliner der Meinung, daß eine Möglichkeit geschaffen werden muß, durch den Parteivorstand eine Urabstimmung in die Wege zu leiten. Es wäre gut, wenn wir die Möglichkeit der Urabstimmung haben.

Ebert-Berlin (Parteivorstand): Der Antrag ist schon in Leipzig von der Kommission zur Abänderung des Organisationsstatuts sehr eingehend besprochen worden, hat allerdings keine Gegenliebe gefunden. Der Antrag verlangt Unmögliches. Wir müssen die Möglichkeit der raschen Handlung haben. Die Annahme des Antrages wäre eine Erschwerung der Parteitätigkeit, darum bitten wir um Ablehnung.

Der Antrag wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

John-Dresden begründet den Antrag 69. Für die Kolporteure sollte ebensogut eine Versicherungsmöglichkeit geschaffen werden wie für die Redakteure.

Pfannkuch-Berlin: Die Tendenz des Antrages ist durchaus berechtigt. Soweit es möglich ist, wird die Sache gefördert werden.

Es wird versucht werden, den Wünschen der Antragsteller gerecht zu werden.

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Henke-Bremen begründet den Antrag 77 auf Zuziehung von Vertretern des Personals bei Konferenzen der Leiter der Parteigeschäfte.

Westmeyer-Stuttgart schließt sich den Ausführungen an.

Schmidt-Hannover tritt ebenfalls für den Antrag ein. Würde er angenommen, dann hörten die vielen Streitigkeiten auf.

Bérard-Hamburg empfiehlt Ueberweisung des Antrages an den Parteivorstand zur Berücksichtigung. Zur Schlichtung der Differenzen zwischen Geschäftsführern und Personal sind genügend Instanzen da. Die Beschlüsse der Geschäftsführerkonferenzen bezüglich des Personals werden oft nicht gehalten. Sie können nicht gehalten werden, weil die Verhältnisse zu verschieden sind. Es müssen möglichst weitgehend die Forderungen des Personals erfüllt werden. Natürlich hält jeder seine Wünsche für berechtigt, aber damit ist noch nicht bewiesen, daß sie ausführbar sind. Ueber die Maximalsätze des Tarifs können wir kaum hinausgehen.

Richard Fischer-Berlin: Aus Liebe zum Parteivorstand muß ich mich gegen den Antrag wenden, die Sache dem Parteivorstand zu überweisen. (Heiterkeit.) Uns könnte es ja nur angenehm sein, wenn der Parteivorstand auch das noch auf seinen Buckel nimmt. Aber der Parteitag ist zur Entscheidung dieser Frage nicht kompetent. Es handelt sich nicht um Tariffragen, denn selbstverständlich werden die Tarife **ohne jede Einschränkung von jedem Parteigeschäft anerkannt**, sondern um Dinge, die über den Tarif hinausgehen. Parteigeschäfte, über die der Parteitag bestimmen kann, gibt es eigentlich nur zwei, eins in Stuttgart und eins in Hamburg. Uebrigens ist, was der Antrag will, schon erfüllt. Die Konferenzen sind aufgefordert, Vertreter des Personals hinzuzuziehen, wenn Angelegenheiten des Personals in Frage kommen. Mehr läßt sich nicht tun. Selbstredend ist jedes Parteiblatt moralisch verpflichtet, **über die Bestimmungen des Tarifs hinauszugehen.** Das Personal denkt aber gar zu leicht — es ist begreiflich —, daß man in Buxtehude gewähren kann, was in großen Blättern wie in Hamburg und Berlin gewährt wird. Man vergißt aber die sehr wichtige Frage der Rentabilität. Ich glaube auch nicht, daß der Buchdruckerverband an Sondertarife mit sozialdemokratischen Geschäften denkt. Er weiß, daß die Buchdrucker sich sagen würden, was der Vorwärts zahlt, können Mosse, Scherl, Ullstein auch zahlen, und daß daraus Kämpfe entstehen könnten, bei denen er unter allen Umständen der Schwächere wäre. Andre Organisationen freilich sagen, wir nehmen, was wir kriegen, und ein Parteigeschäft hat auch moralisch die Verpflichtung. Es ist den Organisationen ja weiter nicht übel zu nehmen, wenn sie so denken, aber es kommen manchmal gar nicht Parteigenossen in Betracht, sondern nur Geschäfte, wo für die Partei gearbeitet wird. Wir können aber doch nur Beschlüsse fassen für Parteigenossen. Wir sind der Meinung, ein sogenanntes sozialdemokratisches Geschäft hat so wenig wie ein bürgerliches seinen Arbeitern die Parteiangehörigkeit vorzuschreiben. (Sehr richtig!) Wir können nur die **gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit** von den Arbeitern verlangen und die Erfüllung der aus dem Arbeitsvertrag resultierenden Verpflichtungen. Auf diesen Standpunkt hat sich auch das Arbeiterpersonal mit vollem Recht gestellt. In diesem Sinne bedaure ich auch den Nürnberger Beschluß, daß die in Parteigeschäften angestellten Arbeiter ihren Verdienst am 1. Mai abzuliefern haben, und kein Parteigeschäft hat ihn zur Ausführung gebracht, da die Schriftsetzer mit vollem Recht sagten, es geht das Geschäft gar nichts an, was ich mit meinem Lohn am 1. Mai mache. Wo die Arbeiter **mehr Parteigenossen als Arbeiter waren**, wurden sie noch von ihrer gewerkschaftlichen Organisation gerüffelt, und es wurde mit einem gewissen Vergnügen konstatiert, daß die Rüffel Erfolg hatten, und daß die Arbeiter sich der Durchführung des Beschlusses widersetzen. Also verzichten wir auf undurchführbare Beschlüsse. (Bravo!)

Hildenbrand-Stuttgart: Der Antrag wird die Schwierigkeiten nicht verhindern, sondern vermehren. Wenn zur Geschäftsführerkonferenz das Personal hinzugezogen wird, werden vielfach unangenehme Auseinandersetzungen entstehen. Auch der deutsche Buchdruckerverband hat gar kein Interesse daran, die ohnedies schon vielfach vorhandenen Schwierigkeiten zu erhöhen. Lehnen Sie den Antrag ab.

Fischer-Hannover: Ich bin darin andrer Meinung. Es ist gut, wenn man dem Personal Gelegenheit gibt, **persönlich mit den Geschäftsführern zu verhandeln.** Differenzen sind auch in sozialdemokratischen Unternehmungen vorhanden. Der Gauvorstand der Buchdrucker in der Provinz Hannover beschwert sich darüber, daß der Vorwärts Matern der Reichstagsverhandlungen an die Druckereien der Parteiblätter mit früherem Redaktionsschluß versendet, damit sie noch in der Lage sind, ohne eigene Stereotypie den Reichstagsbericht zu bringen. Dadurch werden viele Arbeitskräfte überflüssig gemacht. (Widerspruch.) Befremden hat es erregt, daß einige Parteidruckereien mit bürgerlichen Zeitungen Matern austauschen. (Zuruf: Doch bloß Inserate!) Die Bekämpfung der bürgerlichen Presse geht so bloß bis zum Redaktionsschrich (Lachen) und darunter kommt eben das Geschäft und eine gewisse Harmonie auch mit den bürgerlichen Zeitungen. (Lachen.) Wir sind der Meinung, daß das die Partei schädigt. (Widerspruch.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgen die Anträge 76 und 85, die gemeinsam behandelt werden.

Pänisch-Dortmund: Im Bibliothekswesen liegt noch vieles im argen, und namentlich die Zersplitterung richtet großen Schaden an. Daher bitte ich um Annahme unseres Antrages. (Bravo!)

Heinrich Schulz-Berlin (Zentralbildungsausschuß) erklärt, daß der Zentralbildungsausschuß der Frage nach wie vor seine Aufmerksamkeit zuwendet und daß er demnächst einen Plan zur weiteren Systematisierung des Bibliothekwesens ausarbeiten wird. (Bravo!)

Beide Anträge werden dem Vorstand überwiesen.

Wurm-Berlin begründet die Anträge 88 und 99. Es ist keine leere Formalität, wenn wir uns noch mit dem Leipziger Schnapsboykott befassen wollen. Wenn der Schnapsverbrauch auch zurückgegangen ist, so müssen wir doch immer wieder auf die Notwendigkeit der strengen Durchführung des Boykotts hinweisen. Selbstverständlich ist es, daß im Vordergrund stehende Personen nicht ein schlechtes Beispiel geben sollen, und daß die Organisationen dafür sorgen sollen, daß bei ihren Festen nicht zum Alkoholkonsum angereizt wird. Die Wirte müssen wir durch Saalmiete usw. für ihren Ausfall an Einnahmen entschädigen. In den Jugendvereinen haben es die Jugendausschüsse schon durchgeführt, tun wir es auch. (Bravo!) Ich empfehle die Annahme des Antrages, um zu zeigen, daß die Partei gewillt ist, mit allen Mitteln den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen. (Bravo!)

Die Anträge werden angenommen.

Den Antrag 104, betreffend die Drucklegung der Referate, begründet **Wurm:** Auf allen wissenschaftlichen Kongressen ist schon die vorherige Drucklegung der Referate durchgeführt, und auch bei uns, soweit der Bericht der Reichstagsfraktion in Frage kommt. Wenn wir die Referate 4 Wochen vorher gedruckt haben und uns darüber informieren können, werden die Debatten einen günstigeren Verlauf nehmen.

Heinrich Schulz-Berlin: Der Antrag ist gut gemeint, aber das Verfahren hat schließlich auch seine Schattenseiten. Die Unmittelbarkeit der Verhandlungen leidet darunter und der Referent wird dann doch wieder eine Einleitung geben müssen. Aber vielleicht läßt sich die Sache so machen, daß die Referenten vorher ihre Resolutionen veröffentlichen.

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Heinrich Schulz-Berlin begründet die Resolution 105. Der Bildungsausschuß für Lichtenberg bei Berlin hatte einen Vortragskursus angemeldet über das Thema: Die Entstehung der Erde. Dieser Vortragskursus sollte nach einer Verfügung der Regierung in Potsdam nicht abgehalten werden, weil angeblich der vorgesehene Redner keine Erlaubnis zum Unterrichterteilen habe. Davon war aber gar nicht die Rede. Es handelt sich um keinen Unterricht, sondern um einen Vortragskursus. Weil in einem Abend das Thema nicht erschöpft werden konnte, sollten 4 Vorträge stattfinden. Trotzdem wurde eine alte überlebte Kabinettsverfügung aus dem Jahre 1834 in Anwendung gebracht. Der Redner hat sich sofort beschwert und hat die Nachricht bekommen, daß die Beschwerde an den Kultusminister weitergegeben ist. Da gilt also das alte Sprichwort: Man hat den Teufel bei Beelzebub verklagt. Wir haben nun die Sache so eingerichtet, daß selbst nach den rückständigsten Ansichten kein Grund zum Einschreiten vorlag. Wir haben keinen Vortragsabend veranstaltet, sondern die Lichtenberger Genossen haben eine öffentliche Versammlung einberufen mit dem Thema: Wissenschaftlicher Vortrag über die Entwicklung des Planetensystems. Als nun vorgestern abend der Redner kaum begonnen hatte, erschien im Saale ein Leutnant (Zuruf: Mit 10 Mann! Heiterkeit), nein, nur mit einem Mann, da es sich nur um die Jungen handelte, nicht um die Alten im Reichstage. Genosse Schulz schildert hierauf, oftmals unterbrochen von Rufen der Entrüstung, das bekannte Vorgehen der Polizeibeamten und fährt dann fort: Dieses Aufgebot, diese Verstöße gegen die klaren Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, alles das wird nur gemacht, weil die Jugendorganisation das Bedürfnis hatte, die Jugend aufzuklären über die Geschichte der Erde und des Planetensystems. Die Behörden müssen eine schnurrige Angst haben, daß die Jugend erfährt, wie es auf der Erde aussieht. (Heiterkeit.) Es wird Beschwerde erhoben werden und der Klageweg wird bis zum äußersten beschritten werden. Vorgestern sind die Dinge passiert. Es ist zu befürchten, daß dieses Vorgehen der Behörden gegen die Jugendorganisaton nicht vereinzelt dastehen wird. Der Parteitag hat auf diese Brüskierung der proletarischen Jugendbewegung seine Antwort zu geben. Stärken Sie unserer proletarischen Jugendbewegung den Rücken in ihrem Kampfe gegen die Polizei, indem Sie unsere Resolution annehmen. Wir freuen uns, daß unsere Jugendbewegung einen solchen Aufschwung nimmt, daß sie in den wenigen Jahren glänzende Fortschritte gemacht hat. Das Vorgehen der Polizei wird dazu beitragen, unsere Jugendbewegung vorwärts zu treiben. Die Partei erwartet von der Jugend, daß sie ungeachtet der polizeilichen Schikanierungen ihr reges Bildungsbedürfnis weiter zeigt, und daß sie die von der Schule des Klassenstaates vorenthaltene Bildung sich möglichst anzueignen sucht. (Lebhafter Beifall.)

Litfin-Berlin: Ich möchte die Resolution unterstützen. Als Vorsitzender einer Wirteorganisation kann ich sagen, daß überall in Preußen solche Dinge vorkommen. Sagen wir also in der Resolution nicht speziell Lichtenberg, sondern wenden wir uns gegen das Vorgehen im allgemeinen.

Katzenstein-Berlin: Der Fall ist der Ausfluß eines wohlüberlegten Systems. Trotz der Entscheidung des Reichsgerichts tut die Polizei was sie will. In Charlottenburg ist jetzt die Jugend von Halbe verboten worden (Hört! hört!), die seit 20 Jahren unangefochten in Berlin gegeben worden ist. Selbst an die Lehrer der Arbeiterbildungsschule wurde kürzlich die Anfrage gerichtet, ob sie die behördliche Genehmigung zur Abhaltung von Kursen haben. Wir müssen zum planmäßigen Angriff vorgehen. Was die Polen gekonnt haben, können wir auch. Der Religionsunterricht will die Kinder nur zum Leben untauglich machen. Da müssen wir dagegen auftreten mit dem Boykott des Religionsunterrichts. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Resolution angenommen.

Es folgt der Bericht der **Beschwerdekommission.**

Berichterstatter **Brecour-Kiel:** Der Beschwerdekommission haben 6 Sachen vorgelegen, darunter 4 Beschwerden gegen die Resultate von Ausschlußverfahren, ein Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei und die Angelegenheit Geck-Süßkind.

Alfred Schröder aus Britz bei Berlin ist ausgeschlossen wegen Zugehörigkeit zum Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband. Die Kontrollkommission hat die Berufung Schröders verworfen. Schröder vertritt in seiner Beschwerdeschrift die Ansicht, daß der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband nicht in bewußter Weise eine Schädigung der Partei bezwecke, und daß der Nürnberger Beschluß, der die Zugehörigkeit zum Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband mit den Parteigrundsätzen in Widerspruch stehend erklärt, nicht zwingende Wirkung habe. Aber der Nürnberger Parteitagsbeschluß läßt gar keine andere Deutung zu, als sie Schiedsgericht und Kontrollkommission angenommen haben. Die Beschwerdekommission beantragt daher Abweisung der Berufung.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Berichterstatter **Brecour:** Der Genosse Grunert-Naumburg war durch eine Untersuchungskommission aus der Partei ausgeschlossen worden. Dieser Beschluß mußte aufgehoben werden, weil die Kommission nicht als ordentliches Schiedsgericht anzusehen war. Das reguläre Schiedsgericht hat den Ausschluß Grunert abgelehnt, ihm aber wegen des tätlichen Angriffs auf einen Parteigenossen eine Rüge und wegen wiederholten Boykottbruchs eine scharfe, und wegen fortgesetzter Opposition gegen die Parteileitung die schärfste Rüge erteilt. Der sozialdemokratische Verein in Naumburg hat gegen den Beschluß des Schiedsgerichts appelliert und den Ausschluß verlangt. Die Beschwerdekommission empfiehlt, da inzwischen neue Tatsachen über das Verhalten Grunerts mitgeteilt worden sind, die eventuell seinen Ausschluß rechtfertigen würden, die Einleitung eines neuen Schiedsgerichtsverfahrens gegen Grunert.

Leopold-Zeitz: Das Schiedsgericht hat die Sache nicht so verhandelt, wie es sich gehört. Am Orte ist man sich einig, daß Grunert aus der Partei muß. Wenn der Parteitag nicht selbst den Ausschluß vollziehen will, muß ein neues Verfahren eingeleitet werden.

Der Antrag der Kommission auf Einleitung eines neuen Schiedsgerichtsverfahrens wird angenommen.

Berichterstatter **Brecour:** Paul Fiebler, Berlin 6, ist ausgeschlossen, weil er sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat. Er hat fälschlich ein parteigenössisches Mitglied der freireligiösen Gemeinde Berlin des Betrugs und der Unterschlagung bezichtigt, hat die freireligiöse Gemeinde wegen angeblich falscher Eintragung denunziert und in einer anarchosozialistischen Versammlung die Institutionen der Partei verächtlich gemacht. Die Beschwerdekommission ist einstimmig der Meinung, daß das Ausschlußurteil des Schiedsgerichts gerechtfertigt ist.

Der Antrag der Kommission auf Bestätigung des Ausschlusses wird angenommen.

Berichterstatter **Brecour:** Gegen den Genossen Michael Volz-Oppenau wurde auf Grund lokaler Streitigkeiten ein Ausschlußverfahren eingeleitet, weil er sich gegen Parteiinteressen vergangen haben sollte. Die Sache ist schon nach dem neuen Organisationsstatut erledigt. Der Gauvorstand hat den Ausschluß abgelehnt und Volz nur eine Rüge erteilt und ihn für unfähig erklärt, bis zum 1. Juli 1912 ein Ehrenamt in der Partei zu bekleiden. Die Kommission beantragt Aufhebung des Schiedsgerichtsurteils und Bestätigung des Urteils des Gauvorstandes.

Der Parteitag beschließt nach diesem Antrage.

Berichterstatter **Brecour:** Der auf dem Parteitag in Leipzig aus der Partei ausgeschlossene Maler Gottschling beantragt Wiederaufnahme in die Partei. Dieser Antrag gehört aber nicht zur Kompetenz der Beschwerdekommission.

Damit ist dieser Antrag erledigt.

Die der Beschwerdekommission überwiesene Angelegenheit Geck-Süßkind hat zu dem Resultat geführt, dem Parteitag im Einverständnis beider Beteiligten folgende Erklärung zu unterbreiten:

„Die Verhandlungen der Beschwerdekommission haben ergeben, daß die Behauptung Süßkinds, Geck habe seine Stellung in der Kontrollkommission ausgenutzt, um die badische Partei zu schädigen, unrichtig ist, daß Süßkind jedoch bei der Behauptung in gutem Glauben gehandelt hat."

Damit ist der Bericht der Beschwerdekommission erledigt.

Die sich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages beziehenden Anträge 1, 2, 78 und 79* werden dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Vorsitzender **Dietz:** Wir hätten nun noch den Ort für den nächsten Parteitag zu bestimmen. Bisher war es Gepflogenheit, daß jeder Parteitag beschloß, wo der nächste Parteitag abgehalten wird. Wir leben aber heute unter außergewöhnlichen Verhältnissen. Es steht zu erwarten, daß im nächsten Jahre ein außerordentlicher Parteitag stattfinden muß, und deshalb sollten wir es diesmal dem Parteivorstand überlassen, den Parteitag nach dem Ort einzuberufen, der für die Delegierten aus allen deutschen Gauen am günstigsten liegt. (Allseitige Zustimmung.) — Da ein Widerspruch aus der Mitte des Parteitags nicht erfolgt, konstatiere ich, daß die Festsetzung des Ortes für den nächsten Parteitag dem Parteivorstand überlassen ist.

An den Beratungen des Parteitags haben teilgenommen, abgesehen von den Gästen, 396 Genossen und Genossinnen. Davon waren 318 männliche und 22 weibliche Delegierte, 35 Mitglieder des Reichstags, 9 Mitglieder der Kontrollkommission, 8 Mitglieder des Parteivorstands, 2 Referenten und je 1 Vertreter eines Parteigeschäfts bezw. der Redaktion des Vorwärts. Stimmberechtigt waren also 394 Teilnehmer.

Das Resultat der Wahlen ist folgendes:

Für den Parteivorstand sind abgegeben 350 Stimmzettel. Gewählt ist: Bebel zum ersten Vorsitzenden mit 344, Singer zum zweiten Vorsitzenden mit 342, Gerisch zum Kassierer mit 344 Stimmen. Zu Schriftführern sind gewählt: Molkenbuhr mit 348, Ebert mit 340, Pfannkuch mit 330, Müller mit 293 und als Beisitzerin Genossin Zietz mit 331 Stimmen. — Ferner haben Stimmen erhalten: Frank zum ersten Vorsitzenden 1, Auer als Sekretär 1, außerdem Dittmann 1, Rudolph 5, Rosenfeld 1, Witzmann 3, Stubbe 1.

Bei der Wahl der Kontrollkommission sind abgegeben 352 Zettel. Gewählt sind: Bock-Gotha mit 280, Braun-Königsberg mit 326, Brühne-Frankfurt a. M. mit 278, Ernst-Berlin mit 332, Geck-Offenburg mit 264, Kaden-Dresden mit 279, Koenen-Hamburg mit 276, Timm-München mit 295, Zetkin-Stuttgart mit 265 Stimmen. Es sind also die bisherigen Mitglieder der Kontrollkommission wiedergewählt. — Ferner haben Stimmen erhalten: Geiß 69, Stühheim 3, Borgmann 2, Westmeyer 2, Kolb 2, Frank 1,

---

Ferner ist in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise sich eine Regelung der sozialpolitischen Einrichtungen in Parteidruckereien sowie die Schlichtung von in denselben aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Differenzen herbeiführen läßt, da hierzu die örtlichen Kommissionen nicht für alle Fälle die geeigneten Instanzen sein dürften.

76. Dortmund-Hörde: Der Parteitag erkennt an, daß die Arbeiterbibliotheken ein wesentliches Mittel zur sozialistischen Erziehung der Massen und eine der Grundlagen aller proletarischen Bildungsarbeit darstellen. Da das Bibliothekwesen aber noch viele Mängel aufweist, so wird der Bildungsausschuß beauftragt, ihm besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Insbesondere soll er erwägen, ob nicht anläßlich des nächstjährigen Parteitags eine Konferenz von Bibliothekfachleuten abgehalten werden kann, die sich mit dem Ausbau und der Vereinheitlichung des Arbeiterbibliothekwesens zu beschäftigen hätte.

85. Mitglieder des Distrikts X des Sozialdemokratischen Vereins Breslau: Der Parteitag wolle beschließen, in der Taktik der Partei die Volksbildung in den Vordergrund zu stellen und mit mehr Nachdruck als bisher für die Durchführung unsrer Programmpunkte 6 und 7 einzutreten. Desgleichen durch unentgeltliche Flugblätter mehr Aufklärung zum Verständnis dieser Forderungen im Volke zu verbreiten.

88. 1. pfälzischer Wahlkreis: Die Parteipresse sowie die Parteiorganisationen haben mehr als bisher auf die Schädlichkeit und Gefahr des Alkoholgenusses für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse hinzuweisen, und sind die derzeitigen Schnaps- und Bierpreiserhöhungen nach Kräften zu diesem Kulturzweck auszunutzen.

99. Heinrich Schulz und Genossen: Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitags in die Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen.

---

* 1. Essen: Die Impffrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

2. Düsseldorf: Die Steuerfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

78. Brandenburg: Die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

79. Bremen: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Reichsfinanzreform zu setzen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wagner 1, Fischer 1, Dittmann 1, Zubeil 1, Rohleder 1, Müller-München 1, Beims 1, Lehmann-Leipzig 1, David 1, Hildenbrand 1.

Die Kontrollkommission teilt mit, daß sie die Genossen Wengels und Liepmann wieder zu Beisitzern für den Parteivorstand gewählt und den Bildungsausschuß in seiner bisherigen Zusammensetzung bestätigt hat.

Damit sind die Geschäfte des Parteitages beendet.

Vorsitzender Dietz: Die Verhandlungen unseres Parteitages haben diesmal mehr als sonst die Aufmerksamkeit aller politischen Parteien Deutschlands erregt. Wenn die Urteile der Konservativen und der Zentrumspresse uns auch kalt lassen, so liegt das daran, daß wir sie kennen. Wir wissen, daß sie uns vermobelt und heruntersetzt, wo sie nur kann. Solche Urteile sind uns sehr angenehm, da sie die versteckte Wut kaum verbergen können. (Sehr gut!) Je mehr dort geschimpft wird, umso sicherer werden wir selbst, denn der Beweis ist erbracht, daß wir uns auf richtigem Wege befinden. (Sehr wahr!) Desto interessanter war dagegen das Verhalten der Liberalen. Sie haben auf etwas gehofft, das nicht in Erfüllung gegangen ist und nie in Erfüllung gehen wird. Ich werde darauf noch am Schluß meiner Ausführungen zurückkommen.

Parteigenossen! Unsere Tagung stand während des ganzen Verlaufes unter einer strengen Sachlichkeit, wenn auch einige aufregende Momente nicht vermieden werden konnten. Das liegt aber an unserem ureigenen Wesen, frei herauszusagen, was ist, und die Meinungsfreiheit nicht einzuschränken. (Sehr gut!) Daß dabei hier und da daneben gehauen wird, das ist menschlich und umso mehr begreiflich, als allen nur das Wohl der Partei am Herzen liegt. Kein Delegierter wird mit einem bitteren Gefühl im Herzen den Parteitag verlassen. (Sehr richtig!) Ueber den Verlauf der Debatte über die Maifeier ist zu sagen, daß die Partei, wie auch in früheren Jahren, den ersten Mai am würdigsten durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern gedenkt, um den Protest gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus am wuchtigsten zu erheben und zugleich dem Kriegsmoloch ein Halt in seinem völkerverwüstenden Treiben zuzurufen. Wir wissen recht wohl, daß die Arbeiter einer Nation allein nicht stark genug sind, um mit Erfolg jenem kulturmörderischen Unheil ein Ende zu bereiten. Aber die Zeit naht immer mehr heran, wo das gesamte Proletariat aller Länder stark genug sein wird, Kriege zwischen Kulturländern unmöglich zu machen. Dazu soll und wird die Maifeier dienen. Das hat uns auch ganz besonders das Referat über den Internationalen Kongreß in Kopenhagen gezeigt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und der Wille der Proletarier aller Länder wird das vollbringen, was Ideologen im bürgerlichen Lager bislang als schönen Traum angesehen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Auch der parlamentarische Bericht hat große und erhebende Momente gehabt, und die daran sich anschließende Diskussion zeigte uns die Uebel und die Schwächen unserer innerpolitischen und wirtschaftlichen Lage, als deren Pole sich der Imperialismus im deutschen Tibet mit seiner verzückten Himmelsfreudigkeit und die kaum zu ertragende Not von Millionen Volksgenossen erwies. Dort das Erdenentrücktsein, hier irdische Not und Leiden und Vergewaltigung in höchster Potenz, aber auch zugleich die feste Entschlossenheit unsrer Partei, als Vertreter der Armen und Elenden, dem tollen Zustand ein Ende zu bereiten. Und das Volk wird uns in diesem Kampfe treu zur Seite stehen. (Bravo!) Als ein weiteres gutes Zeichen unsrer Entwicklung ist auch der freundliche Standpunkt unsrer Partei zu der Konsumvereinsbewegung anzusehen. Wenn nicht alles täuscht, wird diese Bewegung imstande sein, den Arbeitern eine starke Stütze zu bilden im Kampfe gegen Auswucherung und Uebervorteilung im täglichen Leben und dabei eine große erzieherische Wirkung ausüben. (Bravo!)

Das ist um so notwendiger, als wir sehen, wie in der sozialen Reform, trotz des Trommelgerassels der Offiziellen und Offiziösen eine Art Versteinerung eingetreten ist. Die große Vorlage, die den Reichstag zurzeit beschäftigt, ist eigentlich nichts weiter, als eine rein mechanische Zusammenlegung der Versicherungsgesetze, bei der neben manchem Besseren aber auch die Beschneidung der Selbstverwaltung der Kassen, besonders der Rechte der Arbeitnehmer steht. Noch bei keinem Gesetz zuvor ist seitens der Parteileitung, der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages eine so gründliche und umfassende Sichtung und Bearbeitung des Materials erfolgt, wie gerade bei dieser Vorlage. Hoffen wir, daß diese Riesenarbeit wenigstens den Erfolg haben möge, daß die Arbeiter nicht schlechter gestellt werden als bisher. (Bravo!)

Nun noch einige Worte zu der badischen Budgetbewilligung, die ihre Schatten in der Literatur und in Versammlungen vorauswarf. Gewiß, die Angelegenheit war auch für uns keine angenehme, aber sie ist erledigt, wie sie unter Parteigenossen erledigt werden muß. (Sehr wahr!) Harte Worte links und rechts, dann aber, als der Streit sein parlamentarisches Ende fand, die erhebenden, von richtigem parteigenössischen Gefühl getragenen Erklärungen der vier süddeutschen Fraktionen am Freitag mittag. Ich habe manches Auge naß werden sehen, — das war keine Sentimentalität, sondern Freude über die wirklich vollzogene Einigung zwischen Nord und Süd unsres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen, der alte Liebknecht hat einmal das Wort ausgesprochen: Die geballte Faust dem Gegner, den Genossen, auch den strauchelnden, die hilfreiche Bruderhand. (Sehr gut!) Sie wissen, was ich damit meine. Ich möchte dazu noch sagen, damit die andere Seite auch ihr Teil erhält (Heiterkeit), daß wir, bildlich gesprochen, als Partei mit einem großen Hause zu vergleichen sind, das viele Wohnungen hat, Wohnungen für alle, denn wir möchten alle haben, die den Kampf gegen das Unrecht führen wollen, aber auch in den Temperamenten sehr verschieden sind. Das kann der Hausbesitzer ertragen; ohne das Aufeinanderplatzen der Meinungen kommt die Wahrheit nicht an den Tag. Aber eins kann er verlangen: die Hausordnung müssen alle ohne Unterschied respektieren. (Lebhafter Beifall.)

Hierbei haben wir auch die große Freude gehabt, unseren alten Führer Bebel in geistiger Frische und Kraft wieder unter uns zu sehen, was uns alle miteinander sehr gefreut hat. Es ist zweifellos der Wunsch der Delegierten hier im Saale und der Parteigenossen im ganzen Reich und weit darüber hinaus, daß seine gute Gesundheit andauern möge, damit er das Werk, das er begonnen hat, fortsetzen kann. (Stürmischer Beifall.)

Und damit komme ich zum Schluß. Das, was uns alle bewegt und die Partei vor schwere Aufgaben stellt, ist der Wahlrechtskampf in Preußen; der muß zu einem glücklichen Ende geführt werden, und wenn man Ihre entschlossenen, kampflustigen Gesichter sieht, so ist an dem Ausgang gar nicht zu zweifeln.

Wenn die Liberalen uns zu diesem Kampf als offizielle Bundesgenossen haben wollen, so sehen sie den Wald vor Bäumen nicht. Es existiert keine ernstliche liberale Forderung, die nicht von unserer Partei leidenschaftlich vertreten wird, mit einer Leidenschaft, von der bei den Liberalen äußerst wenig zu merken ist. (Sehr richtig!) Von einem Handel zwischen uns und den Liberalen kann nicht die Rede sein, wohl aber von einer Hilfe dort, wo die Liberalen einem Reaktionär gegenüber zu schwach sind. Wo es uns selbst nicht gelingt, aus eigener Kraft den Reaktionär zu besiegen, hauen wir den Liberalen als das kleinere Uebel heraus. So war es immer, selbst mit einem Disziplinbruch (Heiterkeit), so wird es auch fernerhin bleiben. Also bitte, mögen sie gegebenenfalls das Gleiche tun. So, aber auch nur so, ist eine Bundesgenossenschaft denkbar. Wir sind schon zu häufig geleimt worden, um uns Illusionen hinzugeben. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn der Parteitag geschlossen sein wird, treten die Delegierten in ihrer Heimat wieder in den Kampf ein, der heißer als je werden wird. Sie treten nach dem Zusammenarbeiten mit den Parteifreunden aus allen Gauen Deutschlands in dem erhebenden Gefühl wieder in die Schlachtreihen des Proletariats, daß die Partei einiger wie je ist. Das stolze Bewußtsein, daß ihr der endliche Sieg werden muß, beseelt sie und feuert sie an. Groß sind die Mühen, aber groß und gewaltig ist auch das gesteckte Ziel. Als seinerzeit das Wort gelassen ausgesprochen wurde, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liegt, fiel dabei auch die schöne Bezeichnung für die deutschen Arbeiter, daß sie vaterlandslose Gesellen seien. Das hat uns ein mitleidiges Lächeln entlockt, und das war noch zu viel. (Sehr gut.) Wissen wir doch, daß Deutschlands Zukunft in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung liegt, und daß die wahre Kultur nirgends sicherer ruht und getragen wird, als in den Köpfen und Herzen der Arbeiter — eine Kultur, die den Frieden auf Erden will, auf daß sie den Menschen ein Wohlgefallen sei. (Lebhafter Beifall.)

Bekräftigen wir das Gelöbnis, daß wir unerschütterlich von allem Bösen unseren Kampf weiterführen wollen bis zum endlichen Sieg, mit einem dreifachen Hoch auf die sozialdemokratische Bewegung aller Länder: Die Sozialdemokratie lebe hoch, hoch, hoch!

Die Delegierten haben sich während der letzten Worte erhoben, sie stimmen begeistert in den Hochruf ein und singen stehend die ersten beiden Strophen der Arbeitermarseillaise.

Vorsitzender Dietz: Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 1¼ Uhr.

Aus der Partei.

Etwas „Objektives“. Wir erhalten folgende Zuschrift:

Magdeburg, den 22. September 1910.

Werte Parteigenossen!

Nachstehend übersenden wir Ihnen eine objektive Darstellung der Vorgänge in der gestrigen Parteitagssitzung und der Gründe, die die Minderheit zum Verlassen der Sitzung bestimmt haben. Wir bitten Sie, zur Information Ihrer Leser um gefälligen Abdruck dieser Erklärung.

E. Auer-München. Geiß-Mannheim.

* * *

Durch das Verhalten der Mehrheit des Parteitages hat sich eine Anzahl von Delegierten und Abgeordneten genötigt gesehen, ihre Teilnahme an der Verhandlung über den Antrag Zubeil und Genossen Nr. 97 abzulehnen, weil die Mehrheit die einfachsten Forderungen der Kameradschaftlichkeit und Loyalität verletzt hat.

Dieser Antrag Zubeil und Genossen war sachlich und parlamentarisch völlig unzulässig.

Der erste Antrag Zubeil Nr. 93 war zurückgezogen worden, nachdem Genosse Bebel in einer jeden Widerspruch ausschließenden Weise dargelegt hatte, daß er mit dem Organisationsstatut unvereinbar sei.

Als die Debatte über die Budgetfrage schon geschlossen war und die Abstimmung vorgenommen werden sollte, hat die Mehrheit die Verhandlungen des Parteitages eine Stunde lang unterbrechen lassen, um unter sich in getrennter Sitzung dem Antrag die neue Fassung zu geben. Darauf hat sie ihn wieder eingebracht, obgleich er zu diesem Zeitpunkt weder beraten noch zur Abstimmung gestellt werden konnte.

Es ist zum mindesten unloyal, nach ordnungsmäßiger Erledigung eines Punktes der Tagesordnung ihn von neuem in die Debatte zu ziehen, sei es auch nur unter der Maske eines neuen Antrages.

Vermittlungsversuche, die bis zum letzten Moment von Mitgliedern des Parteivorstandes unternommen wurden, und denen die Minderheit bereitwillig entgegenkam, hat die Mehrheit abgelehnt.

Die Mehrheit hat darauf nach Annahme der Vorstandsresolution die Beratung des Antrags Nr. 97 erzwungen, obgleich der Vorsitzende sie bat, davon abzustehen, und obgleich zu der vorgeschrittenen Nachtstunde eine gründliche Verhandlung ausgeschlossen war.

Daß der neue Antrag Zubeil nichts ist, als eine in andre Form gekleidete Wiederholung des Antrags Nr. 93, und daß er mit diesem sachlich identisch sein soll, hat Genosse Haase ausdrücklich erklärt.

Der Antrag will feststellen, daß jede künftige Zuwiderhandlung gegen die Resolution des Parteitages über die Budgetbewilligung den Fall des Ausschlusses aus der Partei bedeutet. Nach § 23 des Organisationsstatuts aber ist selbst bei beharrlicher Zuwiderhandlung gegen Parteitagsbeschlüsse der Ausschluß nicht vorgeschrieben, sondern nur für zulässig erklärt und auch nur für den Fall, daß diese Zuwiderhandlung eine Schädigung der Interessen der Partei bedeutet. Ob dieser Fall vorliegt, kann nur nach Prüfung der besonderen Umstände und nur durch die Organe festgestellt werden, denen das Statut die unabhängige, unbeeinflußte Entscheidung anvertraut, ob sie den Ausschluß für berechtigt und angemessen halten. Nicht aber darf der Parteitag für alle Zeit und für alle Fälle, deren Umstände noch gar nicht übersehbar sind, den Ausschluß vorschreiben. Darin liegt eine grobe Verletzung der grundlegenden Verfassung der Partei.

Obgleich die Minderheit aus diesem Grunde gegen die Verhandlung des Antrags protestiert hat, und obgleich der Vorsitzende sich außerstande erklärt hat, den Antrag, der nicht einmal in zweifelsfreier Form vorlag, zur Abstimmung zu bringen, hat die Mehrheit ihre Absicht zu erkennen gegeben, den Antrag ohne ernsthafte Beratung durchzupeitschen.

Dies hätte zu Erörterungen und Auftritten führen müssen, die die Minderheit angesichts der allgemeinen politischen Lage im Interesse der Partei vermeiden wollte. Deshalb blieb nichts übrig, als der Mehrheit die Verhandlung ihres Antrages und die Verantwortung für die Folgen zu überlassen.

Magdeburg, 22. September 1910.

E. Auer-München. Geiß-Mannheim.

*

Wenn das die Methode sein soll, nach der man in München und Mannheim die Parteigenossen über die Vorgänge in Magdeburg aufklären will, dann kann es in der Tat schön werden.

Zunächst ist bezeichnend, daß die Genossen Auer und Geiß mit keinem Worte die aller „Kameradschaftlichkeit und Loyalität“ ins Gesicht schlagende Tatsache erwähnen, daß Dr. Frank sein Schlußwort zu der skandalösesten Verhöhnung und Provozierung der Mehrheit mißbrauchte. Erst hierdurch wurde die Majorität gezwungen, wollte sie nicht zwei Tage umsonst gearbeitet haben und als die blamierten Europäer dastehen, den Antrag Zubeil in veränderter Form wieder einzubringen. Daß der ursprüngliche Antrag Zubeil sachlich und parlamentarisch völlig korrekt war, hat Genosse Haase, der von diesen Dingen wohl auch etwas versteht, in einer jeden Widerspruch ausschließenden Weise dargelegt. Er führte dabei aus — wir zitieren nach dem unkorrigierten Stenogramm —:

Es ist unwahr, und ich glaube das empfindet Frank als Jurist und alter Parteigenosse sehr gut, wenn behauptet oder die Meinung verbreitet wurde, als ob unser Antrag juristisch und technisch gegen das Organisationsstatut verstoßen würde. In unserm Antrage stand nicht, daß jemand ausgeschlossen werden soll, unter Umgehung der Bestimmungen des Statuts; er war der Ausspruch einer moralischen Verurteilung, er fordert keinen Ausschluß. Wir haben, wie manchmal schon verschiedene Parteien, und wie noch zuletzt die Nationalliberalen in Sachsen, erklärt, und zwar in aller Oeffentlichkeit: Wenn Ihr Parteitagsbeschlüsse nicht achten wollt, dann könnt Ihr Euch selbst nicht mehr als Parteigenossen betrachten, nicht wir schließen Euch aus, das ist ja das große Unglück, daß wir eine so große Anzahl Leute haben — ich meine hier nicht unsre badischen Freunde —, die immer noch Parteimitglieder bleiben, obgleich sie Anschauungen zur Freude der Gegner propagieren, die alles eher, als sozialdemokratisch sind. (Demonstrativer Beifall. Lebhaftes Händeklatschen.)

Das ist wohl deutlich genug!

Daß die Minderheit Vermittlungsversuche bereitwillig entgegengekommen sei, ist eine so köstliche Behauptung, daß sie nur mit Heiterkeit beantwortet werden kann. Die Mehrheit verlangte gar kein Entgegenkommen, sie verlangte nur, was sich für organisierte Genossen eigentlich von selbst versteht, die Anerkennung der Parteitagsbeschlüsse. Und diese Anerkennung wurde von Frank glatt abgelehnt. So sieht das Entgegenkommen aus.

Diese Darstellung der Vorgänge durch die Genossen Auer und Geiß bedeutet alles, bloß keine „objektive“ Wahrheit. Sie ist im Gegenteil nur der Versuch, die zermalmende Niederlage, die der Revisionismus in Magdeburg erlitten hat, zu bemänteln.

Die Minorität und am allerwenigsten die badischen Vertreter haben irgendwelchen Grund, sich über Vergewaltigung zu beklagen. Im Gegenteil: man könnte der Majorität höchstens daraus einen Vorwurf machen, daß sie die Teilnahme der badischen Budgetbewilliger an der Abstimmung über die Vorstandsresolution ruhig geschehen ließ. Hier urteilten diese Genossen in eigener Sache. Sie waren Angeklagte und Richter in einer Person. Von ihnen kann man weder ein objektives Urteil noch eine objektive Darstellung der Vorgänge auf dem Parteitage erwarten, da sie nicht einmal so objektiv waren, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, sich der Abstimmung zu enthalten.

Im übrigen veröffentlicht Genosse Haase im Auftrag der Unterzeichner des Antrags Zubeil zu der Darstellung durch Auer und Geiß folgende Erklärung:

„Die Genossen Auer und Geiß haben über die Vorgänge in der Parteitagssitzung vom 21. September 1910 in der Parteipresse eine Darstellung veröffentlicht, die verwirrend wirken muß. Die Behauptung, daß die Mehrheit die Absicht gehabt habe, ihren nach der Schlußrede des Genossen Frank gestellten Antrag „ohne ernsthafte Beratung durchzupeitschen“, entbehrt jeder Grundlage. Dieser Antrag ist, wie auch die Genossen Auer und Geiß nicht bestreiten, sachlich identisch mit dem von 212 Delegierten unterzeichneten Antrag Zubeil Nr. 93; er war also bereits **in einer gründlichen zweitägigen Verhandlung** nach allen Seiten erörtert worden. Er enthielt sachlich nichts Neues, sondern bezweckte **nur eine förmliche Beschlußfassung** über die Erklärung, die der Genosse Bebel namens des Parteivorstands ohne jeden Widerspruch abgegeben hatte und die dadurch als Willenskundgebung des Parteitags schon festgestellt war.

Daß der Antrag nicht eine „Verletzung der grundlegenden Verfassung der Partei“ enthält, ergibt sich schon daraus, daß er sich die Erklärung des Parteivorstands zu eigen macht, die gerade dem Bestreben entsprungen ist, eine dem Organisationsstatut entsprechende unbezweifelbare Formulierung des ursprünglichen Vorschlags zu geben. Freilich war dies nicht erforderlich, da auch jener Antrag, wie sein Wortlaut beweist und die von den verschiedenen Rednern gegebenen Erläuterungen klarstellten, durchaus **im Einklang mit dem Statut steht**, da auch er die Frage, ob der Ausschluß eines Parteigenossen geboten sei, der Entscheidung der im Statut festgesetzten Organe anvertrauen wollte.

Lediglich aus einem Akt kameradschaftlichen Entgegenkommens wurde der Antrag zurückgenommen. Die Antwort auf dies Entgegenkommen war die **stärkste Provokation** der Mehrheit des Parteitags durch den Genossen Frank, dessen Ausführungen als Mißachtung der Parteitagsbeschlüsse und als eine Verhöhnung des Parteiwillens empfunden wurden, zumal als er erklärte, daß die Budgetabstimmung in den nächsten Jahren **eine Frage der Verhältnisse sei.**

Dazu Stellung zu nehmen, war der Parteitag verpflichtet, um von vornherein die Deutung auszuschließen, als ob er durch sein Stillschweigen den Standpunkt des Genossen Frank sanktioniert habe. In dieser Situation habe ich, um jede Uebereilung zu verhüten und eine ruhige Erwägung zu ermöglichen, im Namen der Mehrheit der Parteitagsdelegierten **die Vertagung der Verhandlungen auf den nächsten Tag beantragt.** Der Vorsitzende, Genosse Dietz, bat mit Unterstützung des Genossen Bebel um Zurückziehung des Vertagungsantrags und um endgültige Erledigung der Budgetverhandlungen an demselben Abend. Er schlug deshalb eine Unterbrechung der Verhandlungen für kurze Zeit vor, worauf die Mehrheit einging. Als kurz nach 8 Uhr die Verhandlung wieder aufgenommen wurde, wurde der neu formulierte Antrag sofort dem Vorsitzenden überreicht und von diesem verlesen. Die Minderheit hatte dann während dreier namentlicher Abstimmungen reichlich Zeit, sich über den Antrag schlüssig zu machen; und die Mehrheit war gern bereit, auf Wunsch auch in eine weitere Unterbrechung der Sitzung zu diesem Zweck zu willigen. Was sie dagegen jetzt verlangen mußte, war eine klare Entschließung des Parteitags über den Antrag im Anschluß an die Abstimmung über die Resolution des Parteivorstands.

Die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des Antrags kann um so weniger bezweifelt werden, als der Parteitag sogar die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu beschließen in der Lage war. Die Abstimmung konnte nur dadurch vermieden werden, daß Genosse Frank eine unzweideutige Erklärung darüber abgab, daß er und seine Freunde bei aller Freiheit in der Meinungsäußerung doch im Handeln mit der Gesamtpartei sich in Uebereinstimmung setzen würden. Da eine solche Erklärung nicht erfolgte, hat die Mehrheit gerade zu dem Zweck, um für den Parteifrieden eine feste Grundlage zu schaffen, die Abstimmung herbeigeführt.

Weil, wie von allen Seiten anerkannt wurde, die Mehrheit trotz der inneren Leidenschaft doch bis zum Schluß in sachlicher parlamentarischer Weise verhandelt hat, und da nicht anzunehmen ist, daß die Minderheit, wenn sie im Saal geblieben wäre, zu einer andern Art der Verhandlung übergegangen wäre, so ist die Besorgnis unliebsamer „Auftritte und Erörterungen“ durchaus am Platze gewesen. Illoyalität und Mangel an Kameradschaftlichkeit ist auf seiten der Mehrheit sicherlich nicht hervorgetreten.

Haase-Königsberg.
im Auftrag der Unterzeichner des Antrags Zubeil.“

Die Budgetbewilliger und der internationale Kongreß. Aus Magdeburg wird gemeldet:

Genosse Dr. Frank erklärte dem Genossen Fischer vom Brüsseler Peuple, der ihn offiziell interviewte: Wir werden dem Parteitagsbeschluß Folge leisten, die Frage aber, ob die Budgetbewilligung eine Frage des Prinzips oder der Taktik ist, dem internationalen Kongreß unterbreiten. Sollte dieser unsern Standpunkt nicht teilen, so wäre allerdings das letzte Mittel erschöpft.

Das wollen wir in Ruhe abwarten. Zunächst heißt es den Parteitagsbeschluß anerkennen.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Sauerkraut mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt II (Töpfergasse 1): Kartoffelstückchen und Stöckern mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt III (Münzgasse): Kohlrüben mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt IV (Ziegelstraße): Saure Kartoffelstückchen mit Kalbaunen.
Speiseanstalt V (Wurzner Str. 55): Linsen mit Wiener Würstchen.
Speiseanstalt VI (Reuh. Hallische Str.): Nudeln mit Rindfleisch.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/14 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 223

Die Insel.

Erzählungen und Skizzen aus den Stockholmer Schären.
Von Gustav Janson.

August Karlssons kurze Ehe.

3] Nachdruck verboten.

Spät abends kehrte der Hochzeitszug wohlbehalten, aber ermattet zurück. Kristina jammerte laut und wurde halb getragen, halb geführt, die Anhöhe hinauf geschafft. Auf der Treppe des Hauses fiel sie um und gebar mit einem gellenden Schrei, der sich über ganz Djupnäs hören ließ, das Kind, die unschuldige Ursache so vieler Ueberstürzung. Die Angst und Unruhe des Tages hatten die Niederkunft beschleunigt, aber der Knabe war gesund und wohlgestaltet. Die Gattin, an ihrem Hochzeitstage Mutter geworden, wurde hineingetragen, zu Bett gebracht und der Fürsorge der beiden Frauen überlassen.

Verlegen und zweifelnd versammelten sich die Geladenen im Wohnzimmer. Karlsson, der seit der Trauung des Sohnes glaubte opponieren zu dürfen, begann das Wort zu ergreifen und seine Meinung zu sagen, als Andersson allen Einwürfen zuvorkam.

„Seht ihr nun, daß ich recht hatte, es war wahrhaftig die höchste Zeit."

Während der Fahrt hatte er eine Energie entwickelt, die alle zu blindem Gehorsam zwang. Da Karlsson und sein Sohn nachließen, schob er allein das Boot vorwärts, und als das Eis barst, schwang er sich mit jugendlicher Gewandtheit in das Boot. Der alte Karlsson gelangte von der andern Seite glücklich ebenfalls hinein, während August bis an die Knie einsank Er schrie laut vor Angst, und der Vater, der ihn hinaufzog, errötete vor Scham über die Feigheit des Sohnes. Andersson schien dagegen in keiner Weise aufgebracht, sondern murmelte wohlwollend, daß der Herr dem einen ein größeres Pfund verliehen habe als dem andern, und wenn August auch das allergeringste erhalten hätte, würde er ihn deshalb nicht über die Achsel ansehen.

„Du bist, wie du bist, August," schloß er mit freundlichem Kopfnicken.

Der Vater war froh, aber auch gleichzeitig unzufrieden mit der Bemerkung, tröstete sich jedoch bei dem Gedanken an das künftige Erbe, das dem Sohne zufallen würde.

So hatte man sich den Weg durchs Eis gebahnt und war dann weitergerudert. In der Nähe der Kirche stieß man abermals auf festes Eis und mußte das Boot hinüberschaffen. Während der Trauung wurde Kristina von den Wehen überfallen, so daß der Prediger so schnell als möglich die Zeremonie beendigte und die Brautleute bis an den Strand begleitete Unheimlich gestaltete sich die Rückkehr bei der jetzt eingetretenen Dunkelheit, aber Anderssons Energie, sowie Kristinas lautes Stöhnen trieb die Männer zu den äußersten Kraftanstrengungen, so daß sie trotz der Kälte, in Schweiß gebadet, das Heim erreichten, noch ehe das Kind das Licht der Welt erblickt hatte.

Anderssons Erklärung, daß es die höchste Zeit gewesen sei, ließ alle Einwendungen verstummen. Seine zielbewußte Willenskraft imponierte der phlegmatischen Umgebung, so daß die Gäste ihm völlig beipflichteten. Der Opposition der Familie Karlsson begegnete man mit Stillschweigen und geringschätzigem Achselzucken. Trotz der vielen Streitigkeiten hatten die Bewohner von Djupnäs vielerlei gemeinsam, und sie empfanden, daß sie gegenüber diesen Fremden aus dem Innern der Insel zusammenhalten müßten.

Den Gästen wurde nichts als Kaffee, Wasser und Saft gereicht. Das Enthaltsamkeitsgelübde des Bauern, vielleicht auch sein Geiz, hielt ihn von jedem Uebermaß im Alkoholgenuß zurück. Das war den Nachbarn wohl bekannt, aber die Brüder des Bräutigams knurrten. Ueberhaupt war ihr Mißfallen erregt und sie wollten zeigen, daß sie sich nicht behandeln ließen, wie es der Bauer für gut fand.

Mit väterlich wohlwollendem Lächeln hörte ihnen Andersson eine Weile zu und wandte sich dann fragend an die andern, die ihrer Mißbilligung Ausdruck gaben. Einer solchen Einigkeit gegenüber mußte sich die Familie Karlsson fügen. Nach einer kleinen Pause schlug Andersson mit der geballten Faust auf den Tisch, und da alle aufhorchten, wandte er sich an August:

„Da siehst du, mein Junge; man muß eine Sache nur wollen, dann führt man sie auch durch."

August ahnte, daß die Worte einen verborgenen Sinn enthielten, weshalb er fragend den Kreis musterte. Er begegnete aber nur kalten, finsteren Blicken und kroch mit schuldbewußter Miene in sich zusammen. Sein Vater räusperte sich, um ihm zu Hilfe zu kommen, wurde aber sofort von Andersson unterbrochen:

„Sag lieber nichts, denn so ists."

Darauf schwiegen alle. Die Männer tranken ihren Kaffee und lauschten nach der Kammertür hinüber, hinter der sich Kristina befand. Als man nach einiger Zeit benachrichtigt wurde, daß Mutter und Kind sich wohl befänden, rüstete man sich zum Aufbruch. Die Bewohner von Djupnäs reichten der Reihe nach allen die Hand und gingen. August und seine Brüder begleiteten „Oestermans Jungs" bis vor das Haus, in der Hoffnung, von ihnen zu einem Schnaps eingeladen zu werden, was jene jedoch nicht zu verstehen schienen. So trennte man sich mit offenbarer Kälte auf beiden Seiten.

Indessen wartete Andersson im Wohnzimmer.

Sobald der Schwiegersohn eintrat, begann er: „In meinem Hause gibts keinen Branntwein, und ich weiß keinen andern Rat, als den, sich dergleichen abzugewöhnen."

August biß sich auf die Lippe, sein Vater schnaufte gekränkt, während die Brüder husteten.

Mit mildem, nachsichtigem Lächeln fügte Andersson hinzu:

„Auch liebe ich nicht, daß in meinem Zimmer geraucht oder gespuckt wird, also legen wir auch das künftig ab."

August war im Begriff, eine heftige Antwort zu geben, aber die Mutter winkte ihm hinter dem Rücken des Bauern zu schweigen.

„Und da nun alles ist, wie sichs gehört, müssen wir wohl dran denken, uns für diesmal adieu zu sagen," fuhr Andersson mit unerbittlicher Ruhe fort. „Wir haben dieser Hochzeit wegen mehrere Arbeitstage versäumt, die nun eingeholt werden müssen. Ich habe noch kein Holz gehauen, das wird deine erste Arbeit, lieber August. Sonst hatte ich gedacht, einen Knecht ins Haus zu nehmen, da ich nun aber statt dessen einen Schwiegersohn bekam, brauche ich wohl nicht Lohn und Kost wegzuwerfen und mich arm essen zu lassen. Viel hab ich nicht zurücklegen können und . . ."

„Man hat sich wohl nicht als Knecht verdungen," unterbrach ihn August, der nicht länger schweigen konnte.

„Ob es Knecht oder Schwiegersohn genannt wird, kommt auf eins heraus," belehrte ihn der Bauer mit einer Nachgiebigkeit, die nichts Gutes verhieß. „Es stehet geschrieben, daß der Mensch im Schweiße seines Angesichts sein Brot essen soll, das weißt du doch, also handle danach. Ja, nun sagen wir schönen Dank und adieu für heute."

Dieser deutlichen Aufforderung vermochte sich niemand zu entziehen. Mutter Karlsson dankte mit süßsaurer Miene, während der Bauer ihr freundlich auf die Schulter klopfte. Dann drückte er den übrigen die Hände und gab jedem einen kurzen Bibelspruch mit auf den Weg, den sie mit mürrischem Schweigen anhörten. Die Art und Weise, wie Andersson verstehen ließ, daß er der Hausherr war, hatte nicht verfehlt, den beabsichtigten Eindruck zu machen. Als die Mutter weinend von August Abschied nahm, flüsterte sie:

„Wollen sehen, wies geht, mein Junge. Ich komme bald und sehe, wies steht."

„Danke schön!" war Andersson ein. „Uebrigens werd ich schon August lehren, was er zu wissen braucht. Aber Hilfe und guten Rat kann einer nie zu viel haben.

Endlich ging die Familie Karlsson, und von der Treppe sandte Andersson noch einen Bibelspruch in die Nacht hinaus.

Niemand antwortete, aber in gehöriger Entfernung vom Haus stieß Mutter Karlsson hervor:

„Man weiß nicht, soll man weinen oder lachen!"

Indessen war der Hausherr ins Wohnzimmer zurückgekehrt, wo August die Unannehmlichkeiten des Tages mit einer Tasse Kaffee hinunterspülte.

„Das ist recht, August," sagte der Schwiegervater, „deck ab, da Kristina nun einmal verhindert ist."

„Meint er, daß ich Magddienste verrichten soll?" fragte August, in dem Verwunderung mit Verdruß kämpften.

„Nichts ist zu gering für den, der mit demütigem Sinn ans Werk geht."

Erstaunt blickte August den Schwiegervater an, er hatte eine Antwort der Frage entsprechend erwartet, aber diese Nachgiebigkeit entwaffnete ihn.

Halb besiegt warf er hin: „Ich kann auch die Tassen in die Küche tragen."

„Dann spülst du sie wohl auch gleich?"

„Nein, meiner Seel . . ."

„Der, welcher oft flucht, sündigt oft. Hüte dich davor, August! Aber kannst du nicht aufwaschen, werd ich dichs lehren."

Schweigend trug der junge Ehemann Gläser und Tassen hinaus und machte einen schwachen Versuch, sie in einem Eimer abzuspülen.

„Die können wohl solange stehen bleiben," meinte er, als er nach einer Weile ins Zimmer zurückkehrte.

„Schiebe nie bis morgen auf, was du heute tun kannst," ermahnte ihn Andersson mit freundlichem Lächeln. „Du willst ja Holz hauen, denke ich, und mußt früh an die Arbeit. Wann willst du dann aufwaschen?"

Unentschlossen schluckte August etliche Male, bevor er schließlich ausrief:

„Nein, nu leg ich mich nieder."

„Tu, wie du willst. Dann will ich mich daran machen und selbst etwas aufwaschen." Damit verließ der Bauer das Zimmer, und August hörte gleich darauf das Klirren der Tassen in der Küche. Aus der Kammer nebenan ließ sich das gleichmäßige Schnarchen der Hebamme vernehmen. August kroch auf dem Sofa zusammen, wickelte sich in seinen Ueberrock und schlief ein, nachdem er die nassen Stiefeln ausgezogen und die Socken in eine Ecke geschleudert hatte.

Sobald Andersson zurückkehrte, nahm er die Lampe und beleuchtete das Gesicht des Schlafenden, als wolle er sich jeden Zug genau einprägen. Das nichtssagende Gesicht des Schwiegersohns zeigte jetzt eine mißmutige Falte, die der Beschauer mit zufriedenem Lächeln gewahrte.

(Fortsetzung folgt.)

Theobalds Großvater.

1.

Der Absolutismus des heute herrschenden Kaisertums hebt das bißchen deutsche Verfassung auch darin auf, daß er dem einzigen formell verantwortlichen Beamten des Reichs nicht gestattet, eine Persönlichkeit zu sein. Deutschland wird gegenwärtig von einem Reichskanzler regiert, von dessen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft man nicht das mindeste weiß. Weil man den sogar dem Konversationslexikon erst seit den Supplement-Bänden von 1910 bekannt gewordenen Herrn von Bethmann-Hollweg ebensowenig kennt wie die Philosophie, hält man ihn selbst für einen Philosophen; und weil er unfähig ist, sich im Wogenprall der Oeffentlichkeit zu behaupten, wird er für vornehm erklärt. Die kaiserliche Persönlichkeit heischt, allein zu reden und zu wirken; deshalb muß sein Kanzler schweigen und sich jeden menschlichen Wesens entleeren. So ist der deutsche Reichskanzler schon vor der Mitwelt ein wesenloser Mythus, und wem daran liegt, zu erforschen, was für ein Kern in der Hülle stecken möge, der muß schon den Umweg geschichtlicher Forschung wählen.

Der heutige Bethmann gibt kein Material zu seiner Ergründung. Erst das biologische Gesetz der Vererbung läßt von dem Toten auf den Lebenden schließen. Für die Vererbung des Wesens vom Großvater auf den Enkel bietet der heutige Bethmann ein prächtiges Beispiel. Der unfaßbare, verschwimmende Enkel wird körperlich, wenn man seinen Großvater studiert Der Kanzler Wilhelms II. ist ein Beispiel zugleich der Vererbung und der Erschöpfung großväterlicher Eigenschaften. Inhalt und Form ist geblieben, aber was bei dem Vorfahren noch eine gewisse Kraft und Frische, Zielwillen und Festigkeit besaß, ist bei dem kümmerlichen Nachkommen schattenhaft, ängstlich, verblaßt und zur Karikatur einer Karikatur geworden.

Aus den Unbestimmtheiten des heutigen Kanzlers setzt sich schnell der einzige bestimmte Eindruck zusammen: kein Staatsmann und auch kein Mensch, sondern nur ein „Professor des Königs"! Aber ein Professor des Königs ohne Wissenschaft, selbst ohne Gelehrsamkeit. Bethmann-Hollweg, der Enkel, schillert nur, was sein Großvater war; er ist nur ein altgewordener Privatdozent des Königs, den man wegen seiner Mittel und wegen seiner Familie zugelassen hat, dagegen war sein Großvater ein wirklicher Professor; zwar von jener verstockten, dumpfen, stickigen Art des preußischen Hofgelehrten, ein übler Scholastiker der besonderen preußischen Dialektik, doch immerhin ein Gelehrter von Wissen und Kaliber und ein Politiker von einem gewissen pedantischen Eigensinn, der dem Oberflächlichen fast wie Charakter erscheinen konnte. Im übrigen ist es ein nicht unlustiges Spiel, in den verwischten Zügen des Enkels eine fast lächerliche Aehnlichkeit mit jenem Moritz August von Bethmann-Hollweg aufzuspüren, der in der Zeit der preußischen Gegenrevolution die Fahne der „gesunden Reaktion" schwang; der sich umsonst bemühte, das Königtum Friedrich Wilhelms IV. vor der feudalen Wut der Gerlach-Kamarilla zu retten; und der vielleicht seinen Enkel gerade dadurch dem Großneffen seines Königs empfahl, daß er ein Gegner Bismarcks gewesen und als letzte politische Kundgebung im Juli 1860 Wilhelm I. schrieb, er müsse zur Gewinnung öffentlichen Vertrauens Bismarck entlassen.

Moritz August v. Bethmann war als Schüler Savignys ein Lehrer jener „historischen Rechtsschule", die in ihrer gelehrten Andacht vor der Rechtsschöpfungskraft der Vergangenheit und der Leugnung zeitgenössischer Jurispotenz von allen afterwissenschaftlichen Formeln losgelöst, nichts weiter bedeutet als die dogmatisch verkleidete Gegenrevolution, die jede Aenderung des Bestehenden, von elendem Flickwerk abgesehen, bekämpft. Als die Stürme des Jahres 1848 über seinen historisch denkenden Kopf fegten, ergab er sich „liberaler" Frömmelei im Geiste seines Freundes, des preußischen Kultusministers Eichhorn, der nach den Märztagen den Trostspruch niederschrieb: „Es wird ein andrer Geist kommen . . ., nicht menschlichen, sondern göttlichen Ursprungs, wird er die in Selbstsucht Versunkenen wieder aufrichten, die Gedanken des Ewigen wieder in ihnen erwecken und im segnenden Walten neues Leben zur Blüte und Frucht fördern. Ich kann sagen, daß ich mitten im Brausen der Gegenwart das Wehen dieses Geistes schon fühle." — Das Wehen dieses Geistes hieß — Wrangel!

Bethmann tröstete sich 1840 durch Einberufung einer Kirchenversammlung nach Wittenberg und durch Einrichtung der „innern Mission". In der Ersten Kammer stand er anfangs auf der äußersten Rechten, nächst Stahl, dem Philosophie- und Systemjuden des preußischen Junkertums. Dann kam es zum Bruch mit den Männern der Kreuzzeitung, mit den Gerlach, Bismarck, Westfalen (dem Schwager von Karl Marx). Er wurde in die Zweite Kammer gewählt, als Führer der neuen Partei Bethmann-Hollweg, deren Organ das Preußische Wochenblatt war. 1855 verlor er sein Mandat und verschwand aus dem politischen Leben; gerade in dieser Zeit fand sein Sohn den Mut, Theobald zu zeugen, der im Herbst 1856 auf die Welt kam. Erst mit der Regentschaft Wilhelm I. taucht er wieder auf. Im November 1858 wird er Kultusminister und bleibt es bis zum Ministerium Bismarck 1862. Er war der Minister der „neuen Aera", die darum ewig neu war, weil sie wieder einmal alle liberalen Illusionen zerstörte. Als Minister strebte er nach „Befestigung des christlichen Charakters der Volksschule". Sein einziger fruchtbarer Versuch eines Fortschritts, die Einführung der fakultativen Zivilehe, scheiterte am Widerstand des Herrenhauses. Seine politische Bedeutung aber beruht ausschließlich in den früheren Kämpfen mit der Feudalkamarilla Friedrich Wilhelms IV., deren Geschichte unlängst Dr. Walter Schmidt geschrieben hat (Die Partei Bethmann-Hollweg und die Reaktion in Preußen 1850 bis 1858. Berlin, Alexander Duncker).

Schon im Jahre 1845 wurde Bethmann-Hollweg als Nachfolger Eichhorns im Kultusministerium genannt: „Auch ein Serviler, ein Frömmler, ein Duckmäuser", schrieb bei dieser Nachricht Varnhagen v. Ense. Zu der Wittenberger Tagung, im Herbst 1848, bemerkte derselbe Varnhagen, daß diese protestantischen Fanatiker und Jesuiten in jetziger Zeit weniger gefährlich seien, „doch muß man auf Schelmenstreiche gefaßt sein und die Burschen im Auge behalten". In der Reaktionszeit warb Bethmann mit heißem Bemühen um das Vertrauen des Königs, das immer wieder von der Kamarilla unterwühlt wurde. Aber er bewährte schon in dieser Zeit die Fähigkeit, ein preußisches Ministergeschlecht zu erzeugen, durch die Geduld, sich stumm von Potentaten anschreien zu lassen. Von dieser Kunst erzählt Varnhagen unter dem 30. November 1851: „Der König hat am Freitag die sämtlichen Kammermitglieder zur Wirtstafel eingeladen; er schrie wütend den Herrn v. Bethmann-Hollweg an, sprach von seiner Gnade, die man erwerben solle, von seiner Ungnade, die man verdiene. Bethmann-Hollweg sah den König an und erwiderte nichts." Ein paar Tage darauf heißt es in den Tagebüchern Varnhagens: „Bethmann-Hollweg und seine Genossen haben dem König ihre Unterwürfigkeit, ihre guten Gesinnungen dargelegt; er hat sie zu Gnaden angenommen; wenn es so gemeint sei, so habe er nichts wider sie, sie möchten nur fortfahren, gute Untertanen zu sein." Bisweilen tauchen bei Varnhagen für den Kämpfer gegen die Kamarilla leise Sympathien auf, aber er sieht doch immer wieder auf den Grund seines Charakters. Zu einer Kammerrede bemerkt er am 27. April 1854: „Bethmann-Hollweg geht jämmerlich zurück, und glaubt gegen die Scheußlichkeit des Straßenunfugs im Jahre 1848 zu Berlin reden zu müssen." Und ein Jahr später findet er die glänzend charakterisierende Wendung, die förmlich den Enkel erzeugt: „Ein schüchternen Intrigant!"

Ein ihm wohlwollender Franzose Adolphe de Circourt, der im Jahre 1848 im Auftrage der französischen Regierung Deutschland bereiste — seine Aufzeichnungen sind im vorigen Jahre veröffentlicht worden —, fällte das Urteil: „In der Politik stießen die Neigungen Bethmann-Hollwegs, die weniger vernünftig waren als seine Meinungen, ihn von der Erbaristokratie zurück, und hielten ihn in unermeßlichem Abstand von der kämpfenden Demagogie." Er habe für den preußischen Staat etwas Aehnliches wie die englische Verfassung erreichen wollen. Niemals habe er einen so grundsätzlichen Gegner des römisch-katholischen Systems gesehen: „Er betrachtete die Päpste vom achten bis zum achtzehnten Jahrhundert als die Verkörperung des schlechten Geistes Deutschlands." Das ist die Entwicklung vom Großvater zum Enkel; mit seinem gespreizten Tiefsinn, seiner gelehrten Tünche, seinem Widerwillen gegen die „Demagogie" hat der schüchterne Intrigant von heute, der sicher schweigend aufzublicken versteht, wenn er von oben angeschrien wird, den Weg zurückgefunden zur Erbaristokratie und zum Ultramontanismus. Theobald ist der Großvater der ersten Periode, da dieser mit den Gerlachs zusammen am 18. Januar 1850 Friedrich Wilhelm IV. die von der Junkerfronde unterzeichnete Petition überreichte, die sich gegen die Einführung der Budgetbewilligung durch die Kammer wandte. Aus den Kampfjahren des Großvaters hat er nur den monarchistischen Knechtssinn und die Doktrin der „gesunden Reaktion" übernommen; und wenn Theobald wie Moritz August alles für einen liberal gemäßigten Konservatismus zu sammeln sucht, so tut er das nicht im Kampfe gegen Junkertum und Ultramontanismus, sondern im Verein mit diesen Mächten und zu ihrer Stärkung.

Die radikale Urwählerzeitung hat 1852 witzig treffend die Partei Bethmann-Hollweg mit den Meilenzeigern an den alten Wegen verglichen, auf denen niemand mehr geht. Die heftige und leidenschaftliche Opposition, in die der ehemalige Bundesgenosse der Feudalreaktionäre geriet, war in der Tat nur das Erzeugnis einer andern gelehrten reaktionären Marotte. Die persönliche Heftigkeit des Tons, in dem die Auseinandersetzungen der alten Freunde vor sich gingen, die wüsten gegenseitigen Beschimpfungen, die Verfolgungen des Preußischen Wochenblatts, das sehr häufig konfisziert und dessen Redakteur gelegentlich eingesperrt wurde, können nicht über den kaum weniger reaktionären Geist der Partei Bethmann-Hollweg täuschen. Der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/15 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Unterschied der Gerlach-Bismarckschen Kamarilla und der Partei Bethmann-Hollweg lag wesentlich darin, daß diese sich durch das erzielte Maß der konterrevolutionären Staatsstreiche gesättigt fühlte, während jene auch die letzten Errungenschaften der Revolution wieder vernichten wollte, bis zur Wiedereinführung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und Steuerfreiheit. Die Reaktion des preußischen Junkertums zielte auf die ständische unumschränkte Herrschaft der Rittergüter ab, deren bloßes Instrument der Monarch sein sollte. Dagegen war Bethmann-Hollweg bemüht, die Macht der Krone und deren Bureaukratie zu stärken. Es ist der Gegensatz der Reaktion westlich und östlich der Elbe. Die konservativ-monarchische Staatsauffassung Bethmanns, die die ständische Gliederung dem Staatsganzen unterwerfen wollte, geriet in Widerspruch zu jenem märkisch-preußischen Junkertum, das im tiefsten Grunde unfähig und unlustig zur Staatsbildung ist. Das Wesen des Junkertums wurzelt in der Anarchie der in sich abgesonderten ländlichen Häuptlingschaften, der gutsbezirklichen Privatsultanate. Daher die mangelnde Fähigkeit, fremde Volksteile aufzunehmen. Nur niederschlagen, nicht versöhnen, ist seine Politik. So wurden unter der Junkerherrschaft die polnischen Gebiete immer mehr polonisiert, die Dänen der preußischen Nordmark zu immer stärkeren Sympathien für Dänemark getrieben, und im Elsaß wird heute mehr französisch gesprochen als unter französischer Herrschaft.

(Schluß folgt.)

82. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

Am Freitag fand die zweite Allgemeine Versammlung der Tagung statt, in der vor einem größeren Publikum — alle naturwissenschaftlich Interessierten haben Zutritt zu den Versammlungen, notabene wenn sie 20 Mk. bezahlen — Fragen von allgemeinem Interesse behandelt werden sollten. Der erste Vortrag der von Prof. v. Monakow (Zürich) gehalten wurde, lautete: **Die Lokalisation der Hirnfunktionen.** In der Medizin herrscht die Vorstellung, daß eine bestimmte Stelle des Gehirns resp. der Hirnrinde eine bestimmte Aufgabe hat; diese Anschauung stützt sich darauf, daß man am Tierexperiment sowie am Krankenbett beobachten konnte, daß bei Verletzung bestimmter Hirnpartien stets bestimmte Folgeerscheinungen, wie Sprachstörungen und Lähmungen bestimmter Glieder, eintreten. Der Vortragende wendet sich gegen die unbedingte Berechtigung dieses Schlusses und verweist auf die stammesgeschichtliche Entwicklung des Zentral-Nervensystems; mit der Entwicklung der höheren Tiere ist auch eine fortschreitende Differenzierung und Spezialisierung der einzelnen Partien des Gehirns und Rückenmarks eingetreten; wenn bei einem hoch entwickelten Wesen eine bestimmte Partie zerstört wird, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Teile, die bei den entwicklungsgeschichtlich vorhergehenden Arten die entsprechende Aufgabe zu erfüllen hatten, sie auch wieder übernimmt. Selbst die einfachsten Lebensvorgänge sind so komplizierter Natur, daß die bisherige naive Auffassung von der Lokalisation nicht uneingeschränkt berechtigt ist, namentlich muß der zeitliche Ablauf des Geschehens berücksichtigt werden, das zeitliche Moment überwiegt um so mehr, je höher ein Organismus entwickelt und je höher und komplizierter seine Leistungen sind.

Es folgte ein Vortrag von Prof. Planck (Berlin) über: **Die Stellung der neueren Physik zur mechanischen Naturanschauung.** Dieser Vortrag bildete wohl den Höhepunkt der diesjährigen Tagung der Naturforschergesellschaft; er zeichnete mit knappen Strichen ein Bild von der gewaltigen Bewegung, die sich seit einer Reihe von Jahren in der theoretischen Zusammenfassung der physikalischen Erscheinungen vollzieht. Die mechanische Naturanschauung, die alle physikalischen Vorgänge in der Welt als mechanische auffaßt, als Bewegungen kleinster Massenteilchen, der Atome, hat jahrhundertelang der Physik die unschätzbarsten Dienste geleistet und sich in glänzender Weise als Arbeitshypothese bewährt — kein Wunder, daß man sie vielfach zu einem höheren Rang erheben wollte und die mechanische Begreifbarkeit vielfach als unbedingtes Postulat (Forderung), als selbstverständliche Voraussetzung für das Begreifen eines physikalischen Vorgangs überhaupt aufstellte. Und doch gibt es eine große Gruppe physikalischer Erscheinungen, deren Gesetze außerordentlich genau bekannt sind, und die doch aller mechanischen Erklärungs- und Auffassungsversuche spotten: das sind die Erscheinungen des Lichts und alle andern, die in unsrer Vorstellung an den sogen. Aether gebunden sind. Daher ist eine andre Fragestellung wohl nicht unberechtigt. Auch die Herstellung eines Perpetuum mobile spottete aller Versuche. Durch die berühmte Fragestellung von Helmholtz: „Welche Beziehungen müssen zwischen den Naturkräften bestehen, wenn ein Perpetuum mobile überhaupt unmöglich sein soll?", wurde man zu dem Grundgesetz von der Erhaltung der Energie geführt; vielleicht ist es jetzt auch berechtigt, zu fragen, welche Konsequenzen würden für die Physik entstehen, wenn die Bemühungen, an dem Lichtäther irgendwelche stofflichen Eigenschaften zu entdecken, gar keinen physikalischen Sinn hätten, wenn also das Licht, ohne überhaupt an einem materiellen Träger zu haften, sich durch den Raum fortpflanzt. Auf der Beantwortung dieser Frage beruht das sogen. „Prinzip der Relativität", das zu einer geradezu revolutionären Auffassung des Begriffs der Zeit führt, indem eine Zeitangabe erst dann einen physikalischen Sinn erhält, wenn der Geschwindigkeitszustand des Beobachters, für den sie gelten soll, in Rücksicht gezogen wird. Für das gewöhnliche Anschauungsvermögen klingt diese Folgerung ganz ungeheuerlich und unannehmbar — aber doch vielleicht nicht unannehmbarer, als vor 500 Jahren die Behauptung geklungen haben mag, daß die Richtung, die wir die vertikale nennen, nicht absolut unveränderlich ist, sondern binnen 24 Stunden im Raume einen Kegel beschreibt — und vielleicht wird in wieder 500 Jahren jeder verlacht, der an der Relativität der Zeit zweifelt. Der Maßstab für die Beurteilung einer neuen Theorie liegt nicht in ihrer Anschaulichkeit, sondern in ihrer Leistungsfähigkeit, und das Experiment hat schließlich zu entscheiden; hier aber scheint sich das Zünglein der Wage zugunsten der neuen Anschauung zu neigen — glücklicherweise ist es heute ausgeschlossen, daß die Verkünder der neuen Lehre, die „Modernisten", an Leib und Leben bedroht werden. Wie die Entscheidung durch das Experiment auch ausfallen möge, ob wir wirklich an der Schwelle einer ganz neuen Naturanschauung stehen, oder ob auch dieser Vorstoß nicht aus dem Dunkel herauszuführen vermag — Klarheit muß unter allen Umständen geschaffen werden, dafür ist kein Preis zu hoch. Auch eine Enttäuschung, wenn sie nur endgültig ist, bedeutet einen Schritt vorwärts, und der Weg der Wissenschaft heißt: „Vorwärts! dem Licht der Wahrheit entgegen!" (Rauschender Beifall.) — Es folgte noch ein Vortrag von Prof. Tornquist (Königsberg) über die Geologie des Samlands (ostpreußisches Küstenland), dann wurde die Tagung geschlossen.

Kunstchronik.

Das Schauspielhaus bemüht sich in dieser Woche, in der der Steinsche Schwank: Das Leutnantsmündel den Spielplan beherrscht, das Publikum, das es noch hat, zur größten Bescheidenheit zu erziehen. Es leitet seine Getreuen dazu an, wieder wie die unschuldigen Backfischlein zu werden und ihren Geist auf den gemütlichen Ton der Puppenstube abzustimmen. Zwei preußische Leutnants kriegen nette reiche Frauen. Der eine bekommt, ohne sich weiter zu bemühen, eine ostpreußische Gutsbesitzertochter, 10 bis 3 Uhr erhält die in der Landwirtschaft ungewöhnlich tüchtig ist, über einen durchaus agrarischen Wortschatz verfügt und ihren Liebsten Schaf und Hammel tituliert. Der andre kriegt eine Peruanerin, die ihm ein Freund aus Lima vertrauensvoll zuschickt und seiner Obhut anvertraut, wie das ja in der Welt der unbegrenzten Schwankmöglichkeiten so Sitte ist und weiter nicht auffällt. Es fällt auch gar nicht auf, daß der Leutnant über die ihm zugeschickte Dame so wenig orientiert ist, daß er sie für ein kleines Mädchen hält. Auch das fällt nicht auf, daß der Leutnant erst der Hilfe eines Onkels bedarf, um den übersandten Goldfisch zu kapern, daß er erst den Mut, sich zu erklären findet, als er meint, die Dame hätte ihr Vermögen verloren. Es fällt in diesem Kinderstubenstück überhaupt nichts auf, da alles gleich wahr und wahrscheinlich und weltrichtig ist. Herr Stein spielt eben mit Schwankfiguren wie ein spieliger Knabe mit Zinnsoldaten und entwaffnet alle Einwände durch seine kindliche Freude an preußischen Leutnants und ihrer Moserschen Unwiderstehlichkeit. Und das Publikum ist gnädig und sieht mit Vergnügen, daß Elly Förster, die endlich einmal eine tragende Rolle spielen darf, das leutnantslüsterne peruanische Gänschen munter plappern läßt, konstatiert, daß Herr Bergen zu mauscheln versteht, daß, solange die Herren Ostwaldt, Wildenhain und Wolfram existieren, die deutsche Armee nicht in Verlegenheit zu kommen braucht, falls sie an Schwankoffizieren Mangel haben sollte, und geht getröstet und zufrieden heim: es ist doch gut, daß unsre Theater noch nicht ganz aufgehört haben, Heimstätten für den Humor der Einfältigkeit zu sein. gm.

•

Neues Theater (Gespenster). — Das Gastspiel des Herrn Feldhammer als Oswald Alving bestätigte den ersten Eindruck, daß wir in dem Gast einen technisch schon erstaunlich reifen jungen Schauspieler vor uns haben, der weniger von der Dichtung als von schauspielerischen Vorbildern angeregt wird. Als selbständige geistige Leistung war Feldhammers Oswald nicht anzusprechen. Sie ging durchaus im alten Trott, wenn auch die „Aufmachung" hochmodern war. Sie kultivierte den Unfug weiter, den Oswald in erster Linie als Kranken anzufassen, nicht als Sohn seiner Mutter. Das ist eine Auffassung, die die Figur uninteressant im tiefern Sinne macht. Wenn ein Schauspieler sich müht, für den Oswald Alving irgendeinen jüdischen jungen kranken Mann auszugeben, der bald in sich zusammensinkt, bald in die Höhe fährt, bald säuselt, bald schreit, bald schleicht, bald rennt, bald süß ist, bald Fratzen schneidet, so mögen Psychiater darüber entscheiden, ob dies Gestikulieren, Reden und Gehen in richtiger Folge geschieht, und es mag diese für den Laien unkontrollierbare Folge von Lebensäußerungen eines kranken Menschen dem und jenem imponieren. Aber von innerer Wahrhaftigkeit ist darin keine Spur. Wenn Herr Feldhammer als Oswald da säuselte, wo er jetzt schreit, und da schrie, wo er jetzt säuselte, seine Leistung bliebe ebenso wichtig und bedeutend, wie sie jetzt ist. Denn sie bewiese für die Hauptsache genau so wenig wie jetzt. Sie stellte ebensowenig das notwendige künstlerische Gegenstück zur Gestalt der Mutter dar, von der wir übrigens wohl alle inzwischen eingesehen haben, daß sie keine Bierbrauerswitwe ist, die Baßtöne aus der Kehle herauskratzt. Die Hauptsache ist nicht, daß ein Kranker nach Rosenvold kommt, sondern ein kranker Sohn, der in letzter, äußerster Not zur Mutter fliehl, daß ein Sohn seine Mutter bang umschleicht, von der er die letzte Hilfe erwartet, und daß dieser Sohn eine seelische Entwicklung durchmacht, daß seine Liebe zur Mutter unter dem Einfluß seiner Krankheit modifiziert wird, daß diese Liebe eines feinen Künstlermenschen mit dem Krankenegoismus kämpft, der sich immer wieder vordrängt, bis sie schließlich unterliegt und der Krankenegoismus brutal die Mutter vergewaltigt, bevor endlich die Katastrophe eintritt. Das zu zeigen, ist die Aufgabe des Oswalddarstellers. Zeigt er das auf, dann gibt er ein Seelengemälde, wie das z. B. Bassermann vermag, der hier ein für allemal Wandel geschaffen und von der Bühne die widerliche Paralytikerfatzkerei vertrieben haben sollte, die das geistig unfruchtbare Virtuosentum kultiviert und kultivieren muß, da es an der Oberfläche haftet und von Ibsen soviel Ahnung hat wie die grüne literarische Kritik, die von des Meisters klinischen Dramen plappert.

Da Herr Feldhammer auf Engagement spielte und inzwischen auch engagiert worden ist, so läßt sich die Frage nicht vermeiden, ob dieser geborene Gastspieler und Virtuos für den Spielplan der städtischen Bühne einen Gewinn bedeuten wird. Ich glaube nein. Sobald man ihn ein-, zweimal sieht, interessiert seine frühreife, fremde Art, die sich resolut in den Vordergrund drängt. Wenn man ihn aber öfter sieht, dürfte sich die Frage aufzwingen, ob denn alle junge Männer und Jünglinge, die in sein Fach gehören — wir haben ja kein Spezialitätentheater und können Herrn Feldhammer zuliebe nicht den Spielplan noch mehr einschränken — sich als junge Burschen von dürftiger Erziehung spielen lassen. Es ist schon schlimm, wenn wir den feinen, etwa 30 Jahre alten Oswald Alving als 16jährigen Jungen von schlechten Manieren hinnehmen müssen. Wie aber, wenn gar der Max Piccolomini oder der Hamlet oder der Hans Rudorff, um bei Rollen seines Vorgängers zu bleiben, von ähnlichen Manieren sind? Und die beiden Gastspiele haben gezeigt, daß sie es jetzt sein werden. Wir müssen also hoffen, daß der kleine Virtuos sich sehr rasch entwickeln wird, um in unserm Provinztheaterbetrieb am Platze zu sein, und wir denken dann mit Schrecken daran, wie wenig ihm dabei die Leipziger Regie helfen dürfte. Und eines dürfen wir wohl auch bedenken, was man nur sehr ungern erwähnt; ich meine das noch sehr stark semitische Gebärdenspiel des Herrn Feldhammer, das hierzulande auf die Dauer doch wohl weniger leicht hingenommen werden wird als in Berlin. Im Grunde genommen war dieser ausgesprochen jüdische Oswald doch eine sehr starke Kühnheit, über die man wohl bei einem gelegentlichen Gastspiel hinwegsieht, weil man sein ganzes Fühlen eben darauf einstellt, daß man für einen Abend etwas Fremdartiges ansieht, das morgen verschwunden ist; aber diese ausgeprägt semitische Gebärdensprache immer und immer wieder vorgesetzt zu erhalten — wenn nicht etwa der Künstler sich rapid entwickelt und sein Wesen kultiviert —, das dürfte man doch vielleicht sehr bald satt bekommen. — Herr Feldhammer wird sein Leipziger Engagement im Januar antreten. gm.

•

Neues Theater. Dienstag: Die Fledermaus. Mittwoch, ½7 Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg. Donnerstag: Die Nibelungen (Der gehörnte Siegfried; Siegfrieds Tod). Freitag: Fidelio. Sonnabend: Nanon, die Wirtin vom Goldnen Lamm. Sonntag, 6 Uhr: Lohengrin (zum Besten des Richard-Wagner-Denkmalfonds bei aufgehobenem Abonnement und erhöhten Preisen). Montag, 3. Oktober: Wenn der junge Wein blüht. — **Altes Theater.** Dienstag: Fuhrmann Henschel (halbe Preise). Mittwoch: Die geschiedne Frau. Donnerstag: Der Graf von Luxemburg. Freitag: Die kleine Königin. Sonnabend: Der Skandal (Erstaufführung). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Rastelbinder (halbe Preise), abends ½8 Uhr: Der Skandal. Montag, 3. Oktober: Der Rodelzigeuner.

Direktor Volkner hat soeben Humperdincks Märchenoper: Königskinder, deren deutsche Uraufführung Anfang Januar 1911 in Berlin stattfindet, für Leipzig erworben. — Julius Bittners neue Oper: Der Musikant ist ebenfalls für Leipzig angekauft worden.

Am Donnerstag gelangt im Neuen Theater der I. und II. Teil von Hebbels Tragödie Die Nibelungen (Der gehörnte Siegfried und Siegfrieds Tod) zur Aufführung. Donnerstag, 6. Oktober, folgt der III. Teil des Werks (Kriemhilds Rache.) Für diese beiden Abende zusammen werden Billetts zu ermäßigten Preisen aufgelegt, deren Ausgabe noch morgen, Dienstag, von

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um ½8 Uhr, im Alten Theater um 8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Dienstag, Mittwoch: Das Leutnantsmündel. Donnerstag: Maria Stuart (halbe Preise). Freitag: Das Leutnantsmündel. Sonnabend: Taifun (Erstaufführung). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerkverein H.-D. (Eine Frau ohne Bedeutung), abends ½8 Uhr: Taifun. Montag, 3. Oktober: Das Leutnantsmündel. — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomasring). Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Reiche Mädchen. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Verein Gutenberg (Reiche Mädchen), abends ½8 Uhr: Reiche Mädchen. Montag, 3. Oktober: Reiche Mädchen.

Die Vorstellungen beginnen, wenn nichts andres angegeben, im Schauspielhaus ½8 Uhr, im Neuen Operettentheater 8 Uhr.

Battenberg-Theater. Dienstag: Aus der Art geschlagen. Mittwoch: Flotte Weiber. Donnerstag: Aus der Art geschlagen. Freitag: Der selige Toupinel. Sonnabend: Aus der Art geschlagen. Sonntag: Der selige Toupinel.

•

Leipziger Kunstverein. Drei neue plastische Werke von Karl Seffner sind jetzt in der Ausstellung des Kunstvereins zu sehen. Zu der für die Thomaskirche bestimmten Marmorbüste des Geheimen Kirchenrats Dr. Pank ist in den letzten Tagen die Bronzebüste des Geheimen Sanitätsrats Dr. Goetz, sowie ein großes Bronzerelief mit dem Bildnis des Oberbaurats Schäfer, des Erneuerers des Meißner Doms, hinzugekommen. Dieses Relief ist eine Widmung des Meißner Dombauvereins und soll im Dom zu Meißen eine bleibende Stätte finden. — Der zu Beginn des neuen Vereinsjahres veranstalteten Sonderausstellung des künstlerischen Nachlasses von Otto Reiniger, des bekannten Stuttgarter Landschaftsmalers, und von Paul Höcker, sowie der Kollektion von William Straube in Koblenz und Alfred Lüdke in München ist bereits mehrfach gedacht worden. Ihre Ausstellung wird bis zum 9. Oktober dauern, da alsdann die Vorbereitungen für die große französische Ausstellung getroffen werden müssen, die am Sonntag, 16. Oktober, eröffnet werden soll. —

•

Konzert des Yorkshire Chorus (The Sheffield Musical Union). Das Programm des am Donnerstag abend ½8 Uhr in der Alberthalle stattfindenden Konzerts der Sheffield Musical Union (Dirigent: Dr. Henry Coward) lautet: 1. Händel, zwei Chöre, Rezitativ und Arie aus dem Messias (Alt-Solo: Miß Phyllis Lett). 2. Brahms, drei Lieder für Tenor (Webster Millar). 3. Zwei sechsstimmige Chöre von Elgar und Bantock. 4. Lieder für Baß (Rob. Charlesworth). 5. Joh. Seb. Bach, Motette Singet dem Herrn. 6. Altenglische Madrigale von Morley und Edwards. 7. Deutsche Lieder für Alt (Miß Phyllis Lett). 8. Madrigale und Glees von G. A. Macfarren und St. Knyvett. 9. Saint-Saëns, Terzett aus Samson und Dalila. 10. Elgar, Zwei Chöre aus dem Zyklus Aus dem bayrischen Hochland. — Karten bei C. A. Klemm, Neumarkt 28, und Fr. Jost, Petersteinweg 1.

•

Rudolf Dellinger, der Operettenkomponist, dessen Don Cäsar einst einen großen Erfolg hatte, ist in der Pierjonschen Heilanstalt in Coswig gestorben. Der 1857 zu Graslitz in Böhmen geborene Künstler war seit einem Jahre schwer nervenkrank. —

Naturwissenschaftliche Literatur.

Dr. Kurt Floericke, Säugetiere fremder Länder. Kosmosveröffentlichung. Stuttgart, Verlag der Franckhschen Verlagshandlung. Preis 1 Mk. — Unsre Zeit ist schon oft das Zeitalter der Naturwissenschaften genannt worden, und wenn man damit die allgemeine Anteilnahme aller Stände an naturwissenschaftlichen Fragen bezeichnen will, so hat der Name seine Berechtigung. Das Interesse der Laien zeigt sich vor allem in dem Verlangen nach billigen, populärwissenschaftlichen Büchern. Hauptsache dabei ist, daß das Buch billig, illustriert und leicht zu lesen ist. Diesen drei Forderungen entspricht auch Floerickes neustes Kosmosheft, aber auch nur diesen Ansprüchen. Ein moderner Leser verlangt aber mehr als verwässerten Brehm! Vor allem Sachlichkeit, Gründlichkeit will man haben und kann sie auch verlangen. Wie ein Vorgang sich abspielt, nicht wie ihn der Verfasser sich denkt, will der Leser wissen. Ein Beispiel: Floericke spricht von den Walen und gibt zu, daß wir laut Kükenthal nur wissen, daß Wale anhängliche Gatten und treue Mütter sind, während sonst von ihrem Liebesleben herzlich wenig (müßte gar nichts heißen) bekannt ist." Einen großartigen Anblick muß es darbieten, wenn der ungefüge Freier seine Reize vor dem auserkorenen Weibchen entfaltet, erregt durch die Fluten plätschert, den Riesenleib über das Wasser emporschnellt, sich wohl gar auf den Kopf stellt und mit Donnergetöse wieder zurückfallen läßt, oder wenn zwei eifersüchtige Walbullen im wogenden Meere ihren Gigantenkampf ausfechten." Also vom Liebesleben wissen wir wenig, aber wenn man eine gesunde Zoologenphantasie hat, dann kann man auch im Studierzimmer geile Wale auf dem Meeresboden kopfstehen sehen, damit das Weibchen alle Reize in üppiger Entfaltung betrachten kann. — Ein häufiger Gast unsrer Zoologischen Gärten ist das Wasserschwein (Hydrochoerus capybara). Wenn das Tier an einem Zweige knappert, dann sieht nicht nur der Zoologe, daß es ein Nagetier ist, das verblüffend einem vergrößerten Meerschweinchen ähnelt. Aber Floericke kümmert sich um die „starre Systematik" wenig, ein Wasserschwein ist eben ein Schwein, sonst wäre ja der Name nicht erklärlich. So muß sich das arme Nagetier in die nächste Verwandtschaft von Warzenschwein und Pinselschwein pressen lassen! — In Tierpsychologie war Floericke immer besonders weit, auch seine Säugetiere fremder Länder zeigen mitunter sonderbare Züge des Seelenlebens. Der Grislybär Nordamerikas vergräbt wie viele andre Raubtiere auch die Reste seines Fraßes. Kehrt er „dann in der nächsten Nacht zu seinem Lunch zurück, so muß er nicht selten die Entdeckung machen, daß sich in der Zwischenzeit Wolf, Fuchs, Skunk und Stachelschwein (??) daran satt gefressen haben. Die reichliche Mahlzeit würde er dem Gesindel vielleicht noch gönnen, aber die schmähliche Art und Weise, in der sie seine schönen Vorräte mißhandelt haben, ist ihm in tiefster Seele zuwider (verhaßt, sagt Gretchen), und angeekelt kehrt er gewöhnlich dem Platze den Rücken." Na sicher brummt er heimwärts über die Sünde und Schande vom Janhagel, das gute Fressen so zu verderben.

Doch warum noch mehr Einzelheiten berichten? Sonst ist nicht viel zu sagen. Das Buch ist ein großer Schwall munter fließender Worte mit erstaunlich wenig Tatsachen dazwischen, und von denen wird auch wieder eine Anzahl von niemand mit einem Diensteid beschworen. Das Beste an dem Büchlein sind die Abbildungen, sie sind wenigstens viel besser als der Text. A-x.

Notizen.

Acht neue Schildkrötenarten. Die Erdschichten im westlichen Teil der Vereinigten Staaten, aus denen schon sehr viel Wunderbares an Resten ausgestorbener Tiere zutage gekommen ist — man braucht sich nur an die riesigen Reptilien wie den Diplodocus zu erinnern —, bringen noch immer neue Ueberraschungen. Während des vorigen Sommers sind dort Reste von ausgestorbenen Schildkröten gefunden worden, die nach der jetzt vollendeten Bearbeitung zu acht verschiedenen Arten gehören. Diese waren der Wissenschaft bisher völlig unbekannt. —

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100926/16 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG